

Editorial

Diese Zeitschrift hat es sich seit Jahrzehnten zur Aufgabe gemacht, die deutsche Gesellschaft in die klärende Auseinandersetzung zu zwingen, also Diskurse zu führen, Steine ins Wasser zu werfen, Kontroversen anzuzetteln. Am besten gelungen ist das mit dem Streit um die sogenannten Löwenthal-Thesen Anfang der 80er Jahre. Damals ging es um die Frage, ob die SPD zu den GRÜNEN und neuen sozialen Bewegungen geöffnet werden sollte oder nicht. In dieser Juni-Nummer führen wir ein vergleichbares Projekt fort. Wir stellen Gerhard Schröders bei uns publizierten programmatischen Essay zur zivilen Bürgergesellschaft zur Diskussion. Öffnet er die SPD zur technischen Intelligenz, zur Start-up-Kultur, zu den Infineon-Aktionären, zu den risikofreudigen Aufsteigermilieus der Mittelschichten?

Schon die erste Serie der Diskussionsbeiträge zeigt, dass in der Sozialdemokratie eine neue Programmdebatte beginnt. Sie wird vor allem um eine Neudeinition des Gerechtigkeitsbegriffs, eine Abgrenzung von (bildungs-politisch definierter) Chancengleichheit, Gleichheit der Lebenschancen und Ergebnis-Gleichheit, um Philip Rosenthals alte Formel von der »Beteiligung am Sagen und Haben« gehen. Die spannendste Frage wird sein: Wird sich in dieser Debatte die Respektierung unterschiedlicher Lebensführungskonzepte durchsetzen oder versteift sich die Mehrheit auf eine »Philosophie«, eine Lebenstechnik, eine Grundhaltung?

Worum es gehen wird, zeigen vor allem die Beiträge von Johano Strasser und Michael Müller, zwei (mit allen Wassern gewaschenen und sensiblen) Alt-68ern. Sie wittern die Herausforderungen des digitalen Kapitalismus, reagieren aber defensiv. Strasser attackiert

die »uferlose (!) Flexibilisierung« der Arbeitszeiten, die »ständig steigenden Mobilitätsanforderungen«, Müller, die »Zwänge der global entfesselten Ökonomie«. Wird die linke Volkspartei auch Platz lassen für Schumpester'sche Jungunternehmer, lustvoll beschleunigende Software-Milieus und die Angehörigen der globalen Elite? Oder wird sie sich einseitig auf die Seite der Entschleunigung, des Down-Shifting, der Beschwörung von Heimat werfen? Respektiert man divergierende Lebensformen oder legt man sich auf eine fest?

Was propagiert übrigens Alexander Gauland, ein hellhöriger Konservativer? Unter anderem »Entschleunigung«, »Subsidiarität in der EU« und »den Kampf gegen die Ökonomisierung aller Lebensbereiche«. Oh hintsinnige Frage, was heute rechts und links sei.

Wolfgang Clement bleibt Ministerpräsident des größten deutschen Bundeslandes. Auch das eine Nachricht, die für die Programmdebatte der SPD Bedeutung hat. Ein wichtiger Modernisierer hat in der Führung seiner Partei an Gewicht gewonnen. Er will einen »Ruck« von Godesberger Format, einen Umbau der Industriestruktur, eine strikt an der Schaffung von Arbeitsplätzen orientierte Wirtschaftspolitik. Wird er diese Ziele mit den GRÜNEN oder der FDP anstreben? Zieht er die Liberalen nach links? Keine Programmfrage. Aber ein herausragendes Problem der politischen Taktik.

PETER GLOTZ

Inhalt

Editorial

Aktuelles

Foto: Regina Schmeklen

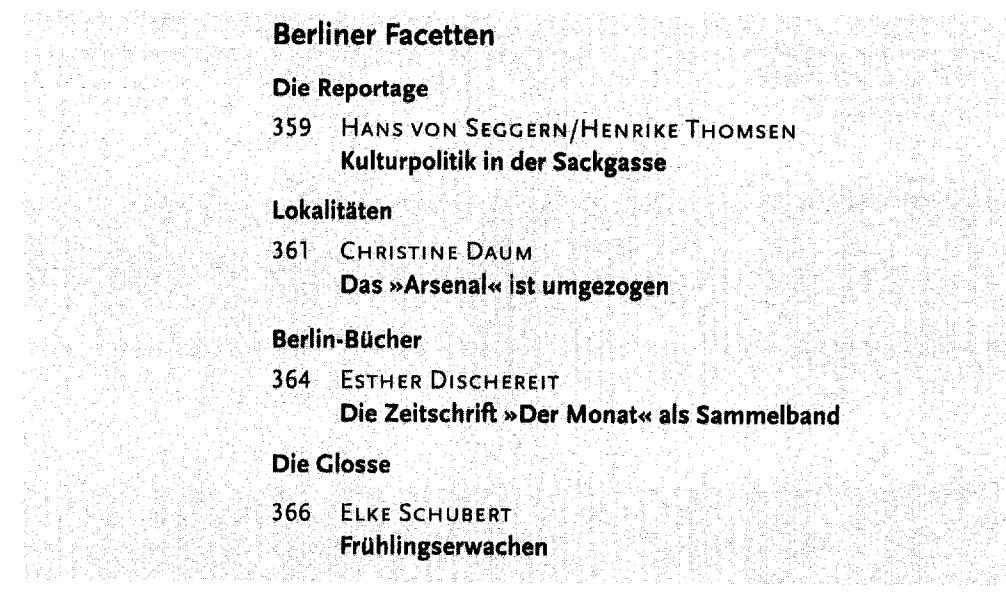


**Aufbruch mit Angela
Merkel?** Alexander
Gauland diskutiert die
Chancen der CDU.

- 325 ALEXANDER GAULAND
Die CDU nach dem Essener Parteitag
- 328 JOCHEN THIES
Die Europäische Union vor der Osterweiterung
- 332 KLAUS HARPPRECHT
**Die Glosse:
Oskar in die Produktion!**

Das Thema: **Die zivile Bürgergesellschaft (Die Schröder-Debatte)**

- 335 GESPRÄCH MIT ANTHONY GIDDENS
**»Es wird ziemlich schwer,
öffentlichen Raum zurück zu gewinnen«**
- 340 JOHANO STRASSER
Die Aktivierung der Bürgergesellschaft
- 343 PETER GLOTZ
Kulturpessimismus ist nicht am Platz
- 348 MICHAEL MÜLLER
Societa civile oder neuer Feudalismus
- 352 WOLFGANG MICHAL
Wir wollen ein rot-grünes Bürgertum!
- 355 DOKUMENTATION
Die Schröder-Debatte



Berliner Facetten

Die Reportage

- 359 HANS VON SEGGERN/HENRIKE THOMSEN
Kulturpolitik in der Sackgasse

Lokalitäten

- 361 CHRISTINE DAUM
Das »Arsenal« ist umgezogen

Berlin-Bücher

- 364 ESTHER DISCHEREIT
Die Zeitschrift »Der Monat« als Sammelband

Die Glosse

- 366 ELKE SCHUBERT
Frühlingserwachen

Kultur

Foto: AKG Berlin



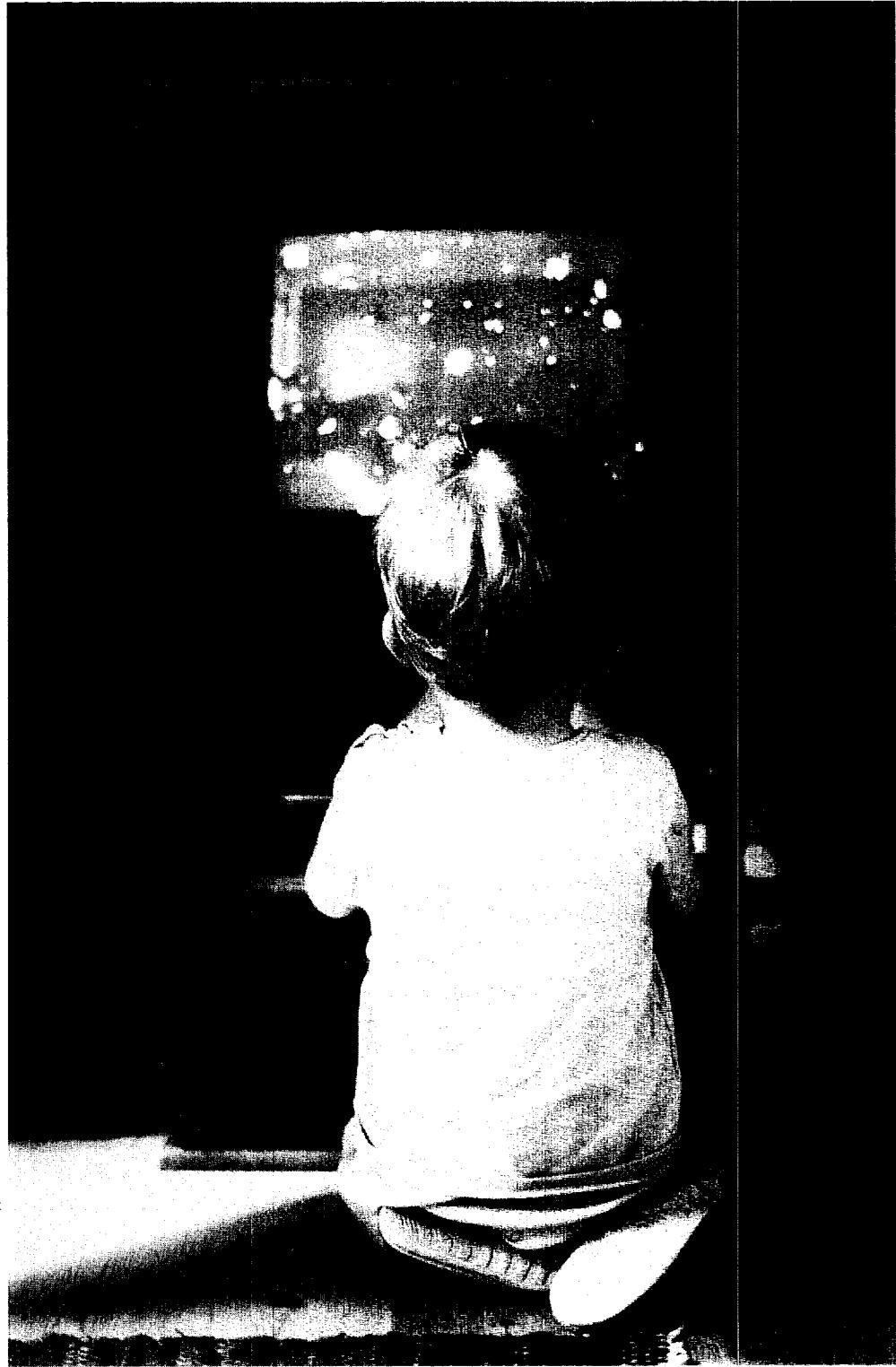
Starb 91jährig in Paris:
die Fotografin
Gisèle Freund

- 367 KATHARINA LEHMANN
**Eine Freundschaft im Exil:
Gisèle Freund und Walter Benjamin**
- 370 KLAUS HARPPRECHT
**Maxim Billers Amoklauf gegen die
»Schlappschwanz-Literatur«**
- 372 WIELAND FREUND
**Literaturforum:
Texte in der Volkssprache**

Politisches Buch

- 374 NORBERT SEITZ
**Wie sich Friedbert Pflüger
im System Kohl verhedderte**
- 377 WOLFGANG THIERSE
**Klaus Harpprechts späte
Brandt-Tagebücher**
- 380 TANJA BUSSE
**Franz Walter und Tobias Dürr
über die »Heimatlosigkeit der Macht«**
- 383 ZU DEN AUTORINNEN UND AUTOREN
- 384 IMPRESSUM

Titelfoto: Regina Schmekens



**Der fernsehfreie Sonntag Helmut Schmidts ist längst in weite Ferne gerückt.
Kompetentes Zapping will schon früh gelernt sein.**

ALEXANDER GAULAND Noch ohne ein neues Gleichgewicht der Werte Die CDU nach dem Essener Parteitag

Es war der Parteitag Angelas Merkels. Sie setzte mit ihrer Rede erste vorsichtige inhaltliche Zeichen und bekam dafür sogar den Segen des Altrechten Hans Filbinger. Wie selten zuvor war die Union in der Mitte vereint. Im neuen Führungsgremium dominiert Schröders »neue Mitte« von Hildegard Müller bis Peter Müller, von Polenz bis Schipanski. Überraschend war auch das verhältnismäßig schlechte Abschneiden möglicher Konkurrenten für Frau Merkel. Mag das im Fall Rühe noch verständlich sein, da sein Politikstil immer wieder verbrannte Erde hinterlässt, die Zahlen für Rüttgers hätten besser sein müssen, nimmt man das Ergebnis für die stellvertretende Vorsitzende Schavan zum Maßstab. Die Union wirkt versöhnt und neu beseelt, die Spaltungsgefahr hat sich verzogen, der Essener Parteitag hat sie endgültig abgewendet. Die Union ist jünger, weiblicher, protestantischer und östlicher geworden, aber auf eine andere Weise, als dies einst Lothar de Maizière vorausgesagt hat. Die neue Führung steht nicht im Gegensatz zum Erbe der alten Bundesrepublik, sondern sie wirkt, als wolle sie dieses Erbe gerade in der neuen kalten Luft der Globalisierung bewahren.

Ironie der Geschichte: Die protestantische Pfarrerstochter aus Hamburg und Mecklenburg als Hüterin des rheinischen Konsensmodells. Und etwas anderes ist auch richtig: Gegen Angela Merkel wirken Rühe und Rüttgers, aber auch Figuren wie Pflüger, Wulff und Koch plötzlich alt und überständig. Ob dieser Eindruck stimmt, wird die Zukunft zeigen. Denn noch ist es erst ein

Anfang, der Form mehr als des Inhalts. An den Funktionären vorbei hat die Basis die Ära Kohl beendet und ihr Herz auf Angela Merkel geworfen. Dies ist das erste Mal in der Geschichte der CDU. Alle bisherigen Wechsel waren das Werk von Spitzenpolitikern. So wurden Erhard, Kiesinger, Barzel und Kohl gekürt. Zwar gab es auch in diesen Fällen Unzufriedenheit an der Basis, doch der Machtwechsel selbst vollzog sich ohne die direkte Einflussnahme der einfachen Mitglieder. Hier wird deutlich, welch großer Einschnitt das Ende der Ära Kohl bedeutet.

Doch noch ist der Neubeginn ein zartes Pflänzchen, das wieder verkümmern kann. Gefahren lauern überall. Das beginnt mit dem noch nicht ausgetrockneten Sumpf der Affäre selbst. Zu viel ist noch offen. Gab es ein Zusammenspiel zwischen Kohl, Schreiber und Frau Baumeister, dem Schäuble zum Opfer fiel – kriminelle Machenschaften sind ein hartes Wort und Schäuble muss wissen, was er da gesagt hat. Welcher Sinn steckt hinter der plötzlichen Sinnesänderung der früheren Schatzmeisterin und ihrer merkwürdigen, nicht passenden Geschichte von den 100.000 DM, die angeblich erst durch sie an Schäuble kamen und dann zurückgingen? Gibt es da vielleicht weitere 100.000 DM und private Nebengeschäfte mit einem Thyssen-Manager? Und was ist mit den verschwundenen Akten? Geld ist offensichtlich geflossen; an Treuhandmitarbeiter? an Politiker? Es liegt noch vieles vergraben. Auch wenn der Untersuchungsausschuss kaum viel zu Tage fördern dürfte, findige Journalisten und Kommissar Zufall könnten schnell eine neue Krise heraufbeschwören, die Angela Merkels Unberührbarkeit versengt.

Dann ist da Helmut Kohl selbst. Sie ist nicht seine Wahl. Er hat sie akzeptiert und wird sich zurückhalten, so lange er angegeschlagen und verletzbar ist. Doch sobald sie



**Essener CDU-Parteitag im April:
Mit Merkel und Merz will die skandalgebeutelte Union die »neue Mitte« zurückerobern.**

Schwäche zeigt, Erfolge ausbleiben und die Schatten der Affäre weichen, wird Helmut Kohl sich zurückmelden, Einfluss nehmen, Politik machen, zumindest bis zum Ende der Legislaturperiode. Seine Verbindungen sind noch da, warum sollte er sie nicht nutzen, falls es ihm wichtig erscheint. Und auch die jetzt unterlegenen Konkurrenten haben noch nicht aufgegeben. Das gilt ganz besonders für Roland Koch, der heute Parteivorsitzender wäre, hätte die Affäre nicht auch ihn versengt. Er hat den Traum der Kanzlerschaft nicht aufgegeben und wird jede Schwäche der neuen Vorsitzenden zu nutzen wissen, wenn er selbst über den Berg ist.

Das liberale und konservative Element driften auseinander

Angela Merkel muss Erfolge haben, d.h. Wahlen gewinnen, wenn ihre Amtszeit keine Episode bleiben soll. Und damit beginnt der schwierigste Teil ihrer Wegstrecke – die inhaltliche Positionsbestimmung. Die CDU, so bewahrt es das Selbstverständnis, ist ein Zusammenschluss konservativer, liberaler und sozialer Kräfte aus der Mitte des Volkes

zu einer Union, die zwar keine christliche Politik macht, aber Politik aus christlichen Vorstellungen entwickelt.

Die Gründung der CDU nach 1945 war eine Absage an alle vorindustriellen Werteshaltungen und Strukturen. Sie war der endgültige Durchbruch der demokratischen Industriegesellschaft in Deutschland und damit eher ein Neubeginn als eine Wiederaufnahme verschütteter Traditionen. Die CDU hatte Teil an der weltweiten Modernisierung auf marktwirtschaftlicher Basis. »Konservativ sein, heißt an der Spitze des Fortschritts marschieren«, so die griffige Formel von Franz Josef Strauß. Konservativ ist die CDU nur insofern, als sie die nach 1949 im Westen Deutschlands entstandene Ordnung bewahren will. Damit war der Antikommunismus der natürliche Kitt eines verschwommenen *middle-of-the-road*-Konservatismus, der mit Arnold Gehlen oder Ernst Jünger nur wenig zu tun hatte. Mit dem Zusammenbruch der kommunistischen Welt sind diese Gewissheiten dahin. Denn was die gemeinsame Feindschaft zum Kommunismus überdeckt hatte, bricht nun von neuem auf: der Gegen-

satz von globaler Modernisierung und christlich-konservativen Werten wie Nationalstaat, Heimat, Gemeinschaft, Familie und soziale Gerechtigkeit.

Das liberale und das konservative Element driften auseinander und die wirtschaftlichen Schwierigkeiten entwerten auch die soziale Kompetenz des rheinischen Kapitalismus. Die CDU muss also Prioritäten setzen oder zumindest ein neues bewusstes Gleichgewicht dieser Werte herstellen. Der große weltweite Gegner der konservativen Werte ist nicht mehr der Kommunismus, sondern der alles egalisierende Turbokapitalismus und die damit einhergehende digitale Revolution. Auf diese Herausforderung passen die alten Antworten nicht mehr und beide Volksparteien befinden sich in einem schwierigen Anpassungsprozess. Alle Diskussionen zu wirtschaftlicher Modernisierung, Einwanderung, *Green Card*, Europa, Renten- und Steuerreform werden entlang dieser neuen Bruchlinie geführt und folglich hilft das »Weiter so« keiner Partei.

Nachdem sich die SPD unter Schröder mit ihrem wirtschaftsfreundlichen Kurs auf diesen neuen Fortschritt eingelassen hat, um aus der Ecke der Gewerkschaftspartei herauszukommen und mehrheitsfähig zu werden, versuchen Teile der CDU, die Angst des »kleinen Mannes« vor statusmindernden Veränderungen aufzunehmen und in Politik umzusetzen. So ist die Parole *Kinder statt Inder* nicht rassistisch, sondern Ausdruck der Sorge, dass wieder einmal wirtschaftliche Notwendigkeiten über kulturelle Möglichkeiten triumphieren.

Es wird also darauf ankommen, nicht nur ein neues Rentensystem zu präsentieren und sich mit der Koalition über eine Steuerreform zu einigen, sondern es muss hinter diesen pragmatischen Entscheidungen auch eine gesellschaftliche Vision sichtbar werden, aus der eine Hierarchie der Werte ablesbar ist. Und da in unserer Mediengesellschaft der Statements von 1.30 Inhalte fast nur noch über Personen transportiert werden können,

kommt vieles auf die alten und neuen Mitspieler von Frau Merkel an. Doch der Union fehlen die Symbolfiguren. Schon seit Jahren liegt die wirtschaftliche Kompetenz brach. Der alte Ordo-Liberalismus von Erhard, Müller-Armack, Eucken, Röpke und Rüstow wird schon lange von niemandem mehr symbolisiert, aber auch dem globalen Neoliberalismus fehlt das politische Profil.

Mit dem politischen Ende von Dregger und Kanther hat der alte Nationalkonservatismus seine Repräsentanten verloren und neue sind bisher nicht in Sicht. Jörg Schönbohm setzt auf preußische Tugenden, Pflichterfüllung und protestantische Askese, ohne im engen Sinne nationalkonservativ zu sein, als Nachwuchshoffnung ist der 63-Jährige dennoch nicht zu bezeichnen. Auch für Norbert Blüm gibt es bisher keinen Ersatz. Peter Müller aus dem Saarland versucht in dessen Schuhe zu steigen, nachdem sich Eppelmann als Fehlbesetzung erwiesen hat, doch ein saarländischer Ministerpräsident ist eben kein gestandener Sozialpolitiker.

Hier birgt die Zusammensetzung der neuen Führung Gefahren. Zwar ist Mitte nach einem alten strategischen Satz die Mehrheit, doch sie ist auch diffus, verwaschen, badet im *mainstream* und ermangelt der Kantigkeit. Die neue Führung muss daher Inhalte und Personen zusammenbringen, ein schwieriges Unterfangen. Denn die Liberalität der »neuen Mitte«, für die viele der Führungsspitzen stehen, hat im Populismus Gerhard Schröders Konkurrenz erhalten, die eine Profilierung schwer macht. Statt wie im Hase-und-Igel-Rennen das »Ick bin all hier« abzuwarten, sollten Themen wie Entschleunigung, Subsidiarität in der EU, Abwehr eines falschen Multikulturalismus, christliches Abendland und der Kampf gegen die Ökonomisierung aller Lebensbereiche in den Vordergrund gerückt werden.

Eine neue »Achsenzeit«?

Doch davor dürften sich Politiker wie Wulff, Beust und Pflüger fürchten, da dies nicht

»modern« im Sinne des Politikverständnisses der alten Bundesrepublik ist. Hier müssen Tabus zerbrochen und die mit Blick auf die deutsche Geschichte verständlichen Berührungsängste gegenüber konservativen Themen abgebaut werden. Rüttgers gilt hierfür als zu wendig, Rühe ist Außenpolitiker, Frau Schavan Bildungspolitikerin, Koch zu belastet und die neuen sind zu wenig profiliert. Wenn es der Union aber nicht gelingt, die Ängste vor Arbeitsplatzverlust durch Überfremdung aufzunehmen und zu zivilisieren, überlässt sie das von Peter Glotz vorhergesagte Drittel der Modernisierungsverlierer sich selbst und damit der Gefahr einer Politik des Ressentiments.

Natürlich sind 20.000 indische Computerspezialisten keine Gefahr für eine einigermaßen tolerante Gesellschaft, 200.000 Ingenieure aus allen Ländern der Welt aber fördern genau jene Fremdenfeindlichkeit, die so oft lautstark beklagt wird. Dass die Türkei nicht zu Europa gehört, ist nicht nur geographisch richtig, sondern eben auch kulturell und politisch, was entscheidend ist für die ablehnende Haltung vieler Menschen. Man kann Toleranz und Multikulturalität nicht erzwingen und die Dekretierung – Deutschland ist ein Einwanderungsland – schafft nicht die entsprechende Schmelzriegel-Mentalität.

Angela Merkel und die neue Mannschaft werden sich diesen Fragen stellen müssen und zugleich die demographische Überalterung für Renten und Sozialabgaben nicht aus den Augen verlieren dürfen. In der Zukunft wird es nicht mehr möglich sein, Widersprüche mit finanziellen Überschüssen zuzudecken und allen alles recht zu machen. Hundts Reaktion auf Rüttgers Wahlkampfthema zeigt, dass die Verbindung von Union und Wirtschaft trotz Spenden und schwarzer Kassen nicht unauflöslich ist und dass ihre Nützlichkeit immer von neuem am Bild einer einigermaßen toleranten und sozial gerechten Gesellschaft überprüft werden muss. Hier liegen die zukünftigen Konflikte und hier ist Angela Merkel gefordert.

Doch anders als Roland Koch, der zugleich gnadenloser Modernisierer und Recht- und Ordnungs-Konservativer sein möchte und den darin liegenden Widerspruch nicht sieht, könnte Frau Merkel jenseits der politischen Gräben in der alten Bundesrepublik auf neue Herausforderungen auch neue Antworten geben. Sollte ihr das gelingen, wäre die Ära Merkel nicht nur Übergang, sondern »Achsenzeit« und damit inhaltlicher, d.h. echter Neubeginn für die CDU.

JOCHEM THIES
Die Europäische Union
vor der Osterweiterung

Das europäische Projekt nach dem Zweiten Weltkrieg hat als Wirtschaftsgemeinschaft begonnen. Dies sollte bei der Diskussion um die bevorstehende Osterweiterung der Europäischen Union (EU) nie in Vergessenheit geraten. Auch in den folgenden 40 Jahren ist es immer wieder um Vertiefungen und Erweiterungen einer Gemeinschaft gegangen, die mit einer Kerngruppe von sechs Ländern ihre Arbeit aufnahm. Dennoch wird man nicht umhinkommen, die anstehende Osterweiterung als säkularen Einschnitt zu bezeichnen, mit allen Chancen und Risiken für das supranationale Projekt.

Es steht außer Zweifel, dass die Osterweiterung der EU aufs engste mit dem Epochengang 1989 zusammenhängt, der friedlichen Revolution in Osteuropa. Sie brachte den Deutschen die Einheit, beendete die Herrschaft der Sowjetunion über Osteuropa und führte am Ende auch zum Zusammenbruch des sowjetischen Imperiums. Von daher steckt eine Logik und eine Notwendigkeit hinter der deutschen EU-Politik, nicht nur den Osten des eigenen Landes, die ehemalige DDR, sondern auch Ostmitteleuropa zu einem festen Bestandteil der EU zu machen und treibende Kraft bei diesem Prozess zu sein. Dabei dreht sich natürlich fast

alles um den Beitritt Polens und die Lösung von zwei Fragen, die die europäische Politik der letzten 200 Jahre geprägt haben: die Einbindung des großen, halbhegemonialen Deutschlands in die Staatenwelt Westeuropas, das Vermeiden einer diffusen Mittellage des Kolosses zwischen West und Ost und eine Bestandsgarantie für Polen bei gleichzeitiger Anbindung an den Westen. Alle anderen Aspekte der Osterweiterung stellen lediglich eine Garnierung für diesen doppelten Kraftakt dar.

Zur historischen Wahrheit und zum Verständnis mancher Entwicklungen während der letzten zehn Jahre gehört allerdings auch, dass der überraschende Fall der Berliner Mauer die Rangfolge der Themen und Prioritäten in Europa durcheinander gebracht hat. In fast allen europäischen Staatskanzleien gehörte zu den Grundannahmen, dass der politische Zusammenschluss der Westeuropäer früher kommen werde als eine wie auch immer geartete deutsche (Neu-)Vereinigung, Grenzen, so die griffige Formel während der 80er Jahre, würden dann weniger wichtig werden.

Bis heute hat die EU nicht gewagt, die Konsequenzen eines Szenarios, das 1988 nur noch wenige Außenseiter unter den Analytikern für möglich hielten, zu durchdringen. Denn es steht außer Frage, dass die deutsche Wiedervereinigung der Rolle des Nationalstaats zu Beginn eines neuen Jahrtausends neuen und unerwarteten Auftrieb gegeben hat. Die deutsche und die europäische Politik haben jedoch so getan, als wenn sich an den Prämissen der 80er Jahre nichts geändert hätte. Die EU perfektionierte ihre Zielvorstellungen für Westeuropa, die unter völlig anderen Bedingungen erdacht worden waren, anstatt sich für Osteuropa zu interessieren und zu öffnen. Lediglich die DDR schlüpfte per Beitritt zum Grundgesetz auch in die Gemeinschaft hinein.

Vordergründig war diese Politik von Erfolg gekrönt. Es gelang Bundeskanzler Helmut Kohl mit Hilfe der SPD-Opposition und

der politischen Klasse, Deutschland ohne große Eruptionen zum Eintritt in einen europäischen Währungsverbund zu bewegen. Viele sagen, dies sei der Preis für die Zustimmung der Westeuropäer zur deutschen Wiedervereinigung gewesen. Eine offene Debatte über den überraschend wieder entstandenen Nationalstaat Deutschland und sein denkbares Aufgehen in einer immer enger werdenden europäischen Gemeinschaft fand jedoch nie statt. Dies könnte sich eines Tages noch rächen.

Zur Diskussion um die Osterweiterung der EU hat sich im Laufe des letzten Jahres ein weiteres Problem hinzugesellt, das alle bisherigen Berechnungen und Ansichten über den Haufen stürzt: der Kosovo-Krieg. Dieser Region, also dem Balkan und ganz Südosteuropa hatte die Gemeinschaft nach 1989/90 zunächst nur wenig Aufmerksamkeit geschenkt. Unter strategischen Gesichtspunkten muss die Osterweiterung der EU aber nun noch konsequenter und noch umfassender angegangen werden, weil sich das reiche Westeuropa eine riesige Zone der politischen und wirtschaftlichen Instabilität, die südlich von Slowenien beginnt und bis nach Griechenland reicht, nicht leisten kann. Infolge der neuen Lage verdient auch der wieder ins Spiel gebrachte EU-Beitritt der Türkei eine unbefangene Betrachtungsweise, ja eine Neubewertung der Rolle des NATO-Partners.

Die EU wird aber zunächst nur mit sechs Staaten während der kommenden Jahre über einen konkreten Beitrittstermin verhandeln: mit Polen, Tschechien, Ungarn, Slowenien, Estland und Zypern.

Zu ihnen werden sich auf Grund der jüngsten politischen Entwicklungen Lettland, Litauen und die Slowakei, vielleicht auch Kroatien hinzugesellen. Die Rede ist ferner von Malta. Auch mit Rumänien und Bulgarien stehen konkrete Verhandlungen an, übrigens auch um die geographische Balance der Gemeinschaft zu erhalten und sie nicht zu »nördlich« werden zu lassen. Man kann also insgesamt von einem runden Dut-

zend von Beitrittskandidaten ausgehen und nicht länger von sechs Staaten. Als die EU im März 1999 in Berlin ihr Reformpaket Agenda 2000 verabschiedete, hatte sie diese Entwicklung noch nicht vor Augen. Schon lebt das alte Bild vom Europa der konzentrischen Kreise wieder auf mit den jetzigen EU-Mitgliedern als Kernzone, den reiferen Neulinigen aus Ostmitteleuropa darum herum und als drittem Ring den *have-nots* auf dem Balkan.

Es steht somit ein gewaltiger politischer Kraftakt an, der vor allem auf deutscher Seite größtes diplomatisches Geschick verlangen wird, die historische Notwendigkeit dieses Prozesses und eine neue Sicht Europas den westeuropäischen Partnern, vor allem Franzosen, Spaniern, Portugiesen und Griechen zu vermitteln. Denn gerade die Länder, die während der 80er Jahre EU-Mitglieder wurden, konnten fest damit rechnen, dank der großen Kohäsionsfonds der Gemeinschaft konkurrenzlos an die EU herangeführt zu werden. Ähnlich wie Deutschland wurde die iberische Halbinsel von den Vorgängen im Jahre 1989 überrascht. 1995 verschob sich das Gravitationszentrum der EU infolge des Beitritts von Österreich, Schweden und Finnland noch weiter nach Nordosten. Sorgen vor einer erneuten Dominanz des osteuropäischen Raumes durch Deutschland müssen also zerstreut werden. Denn nur eine koordinierte, von allen Partnern getragene Operation kann die Osterweiterung zu einem Erfolg werden lassen.

Polens Beitritt sozial und wirtschaftlich verkraftbar?

Wahrscheinlich wird die Osterweiterung der EU mit dem Beitritt Polens im Jahre 2003, also in drei Jahren, beginnen. Aber selbst in Deutschland, dem wichtigsten Anwalt Polens bei dessen Beitrittsgesuch, sind die Sorgen gewachsen, dass die Mitgliedschaft des bevölkerungsstarken östlichen Nachbarlandes wegen der wirtschaftlichen und sozialen Konsequenzen kaum verkraftbar ist. Dabei geht

es vorrangig um den Agrarbereich, den freien Kapitalverkehr, die Umwelt und den Arbeitsmarkt.

Nach den jetzigen Plänen wird die EU 22 Milliarden Euro an Vorbeitritshilfen und 54 Milliarden Euro für erweiterungsbedingte Kosten nach dem Beitritt der ersten sechs Staaten bereitstellen. Niemand weiß, ob diese Beträge ausreichen werden. Polen gehört zu den großen Agrarländern in Osteuropa. Schon heute verschlingt der Agrarmarkt der Gemeinschaft die Hälfte des EU-Budgets. Beim freien Kapitalverkehr verlangen die Beitrittskandidaten Übergangsfristen, was Deutschland und die EU insgesamt ablehnen. Die Gemeinschaft besteht ihrerseits auf Übergangsfristen beim Umweltschutz und beim Personenverkehr, dem vermutlich heißesten Eisen der EU-Osterweiterung. Deutschland schweben hier Übergangsfristen von etwa 20 Jahren vor, während Polen am liebsten morgen seine arbeitslos gewordenen Industrie- und Landarbeiter nach Westen schicken würde.

Die Sorgen der Deutschen sind nicht unbegründet. Hunderttausende von Polen kamen am Ende des 19. Jahrhunderts im Zuge der Industrialisierung nach Deutschland, vor allem ins Ruhrgebiet. Wenn der Personenverkehr rasch liberalisiert würde, käme es vermutlich zu einer neuen großen Wanderungsbewegung, denn die wirklichen Instabilitäten beginnen an der polnischen Ostgrenze, die Innenminister Schily unlängst inspizierte. Vor allem Deutschland und Österreich wären von diesen neuen Wanderungsbewegungen betroffen, da der Balkan neben Osteuropa die zweite große Zone der Instabilität, verbunden mit hoher Wanderungsbereitschaft, darstellt.

Aus deutscher Sicht ist schließlich auch das Umweltproblem wichtig und hier vor allem die Sicherung von Atommeilern russischer Bauart in Litauen, Bulgarien und in der Slowakei. Berlin verlangt, dass acht Atommeiler in diesen Ländern zusätzlich gesichert werden, bevor konkrete Beitritts-

verhandlungen beginnen können. Fachleute in der Bundesrepublik rechnen damit, dass 120 Milliarden Euro in Osteuropa investiert werden müssen, um EU-Umweltstandards zu erreichen.

Auch unter den Experten ist mittlerweile umstritten, was die Osterweiterung der Gemeinschaft auf absehbare Zeit ökonomisch bringen wird. Den es gibt, empirisch gesehen, keine Korrelation zwischen der Größe eines Wirtschaftsraumes und seinen Wachstumschancen. Der erweiterte Raum erlaubt zwar eine gezieltere Spezialisierung und größere *economies of scale*, die zu höherer Produktivität und mehr Wohlstand führen. Aber die globalen Tendenzen der Weltwirtschaft machen Prognosen unmöglich, wie sie noch im Jahre 1988 der optimistische »Cecchini-Report« – die Wachstumsfibel der Gemeinschaft – enthielt. Es wird angenommen, dass per Saldo Alt- und Neumitglieder in der EU von der Erweiterung profitieren werden, dass der relative Netto-Gewinn der neuen Mitglieder aber jenen der bisherigen EU-Mitglieder deutlich übertreffen wird. Wegen ihres vergleichsweise geringen Bruttoinlandsproduktes werden vermutlich alle osteuropäischen Staaten Nettotransfer-Empfänger werden. Bei günstigem Verlauf könnte dieses Manko durch die zu erwartende Wachstumsbeschleunigung im Osten und eine verstärkte Nachfrage nach Importen aus der EU aufgewogen werden. Schätzungen zufolge werden die Nettogewinne der jetzigen EU-Mitglieder lediglich bei Größenordnungen von Bruchteilen eines Prozentpunktes des Bruttoinlandsproduktes liegen.

Vom Handel mit Osteuropa werden kurzfristig nur Deutschland, Österreich und Finnland profitieren, weil diese Staaten schon heute enge Wirtschaftsbeziehungen zu den osteuropäischen Transformationsländern unterhalten. Als günstiger Indikator für alle alten EU-Mitglieder wird jedoch angesehen, dass die EU-Exporte in die Beitrittsländer stärker als die Importe aus diesen Ländern während der letzten Jahre gestiegen sind. Und

welche Chancen sich auf den Märkten Osteuropas eröffnen könnten, mag schließlich daraus hervorgehen, dass die zwölf Beitrittsländer rund ein Drittel der Bevölkerung der 15 EU-Mitgliedsländer stellen, aber nur 4,2 Prozent des zu laufenden Preisen erwirtschafteten beziehungsweise 11,1 Prozent des kaufkraftbereinigten Bruttoinlandsproduktes. Schon heute wickeln die Kandidaten 40–70 Prozent ihres Außenhandels mit der EU ab. Dagegen macht der Osthandel für die EU-Staaten nur ganze drei Prozent ihrer Auslandsumsätze aus. Selbst bei vorsichtigem Optimismus wird damit deutlich, dass die Chancen der Osterweiterung bei weitem größer sind als die Risiken, jedenfalls mittelfristig.

Lernen aus deutschen Erfahrungen

Die Osterweiterung der EU ist aus deutscher und aus westeuropäischer Sicht auch deswegen geboten, weil die entstehende Stabilitätszone in Ostmitteleuropa, hoffentlich bald auch in Südosteuropa, auf den unruhigen Bereich der Nachfolgestaaten der früheren Sowjetunion abstrahlen könnte. Zu den interessantesten Nachrichten in diesem Bereich gehörte unlängst die Meldung, dass alle Staaten Osteuropas im laufenden Jahr 2000 zum ersten Mal seit dem Fall der Berliner Mauer positive Wachstumsraten erzielen werden. Fachleute schätzen, dass die ehemaligen kommunistischen Volkswirtschaften um durchschnittlich 3,2 Prozent wachsen werden. Dies sind noch keine asiatischen Wachstumsziffern, aber sie lassen hoffen. Joint Ventures und weitere Megafusionen in Westeuropa werden sicherlich dazu beitragen, die enormen Risiken auf den Märkten Osteuropas abzumildern.

Man wird hier von deutschen Erfahrungen während der letzten zehn Jahre lernen können. Auf der einen Seite gelang es der Automobilbranche, Nahrungsmittel- und Pressekonzerne rasch, in Ostdeutschland und in den osteuropäischen Reformstaaten Fuß zu fassen. Auf der anderen Seite stellte

sich ebenso schnell heraus, dass es mit einer leichten Kapazitätserweiterung an den bestehenden Standorten möglich war, die neuen Märkte im Osten zu bedienen. Zu den Risiken beim künftigen Ostengagement wird beispielsweise gehören, dass niemand weiß, wie sich die Lohn- und Lohnnebenkosten entwickeln werden. In Ostdeutschland sind viele Unternehmen während der letzten Jahre gescheitert, weil die Produktivität mit der Lohnentwicklung nicht Schritt halten konnte bzw. den Vorsprung nicht aufholen konnte, der im Zuge der überhasteten Einführung der DM im Osten bei den Einkommen entstanden war.

Was in Deutschland auf Grund des enormen finanziellen Transfers von West nach Ost im Großen und Ganzen während der letzten zehn Jahre gelang, muss nun im europäischen Maßstab bei der EU-Osterweiterung versucht werden. Die kleine Wohlstandszone Westeuropa wird sich infolge der jüngsten Entwicklungen auf dem Balkan, der instabilen Lage in Russland sowie am südlichen Rand des Mittelmeerbeckens nicht auf Dauer von negativen Einflüssen abschotten können.

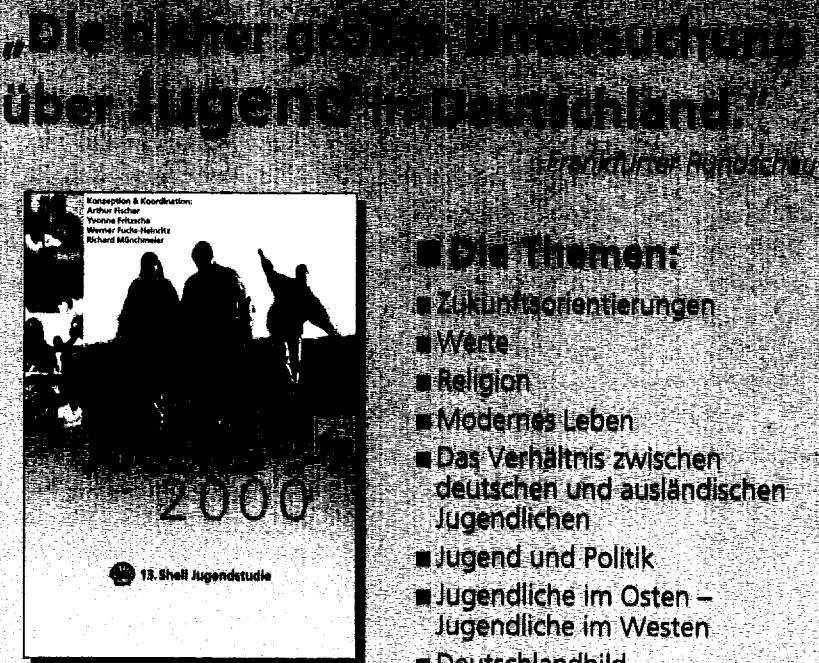
Ziel europäischer Politik muss es daher sein, diese Zone der Prosperität aus Gründen der historischen Gerechtigkeit für alle Völker Osteuropas – nicht nur für die Ostdeutschen – und des wohlverstandenen eigenen Interesses intelligent und umsichtig zu erweitern. Das schafft Wohlstand für alle und letzten Endes auch Sicherheit. Nach Jahrzehnten eines beengten Lebens in Diktaturen steckt in den osteuropäischen Gesellschaften viel Vitalität und Kreativität. Auch der demographische Aspekt angesichts einer schrumpfenden west-europäischen Bevölkerung sollte als Argument für eine EU-Osterweiterung nicht unterschätzt werden. Der Prozess, der mit dem Entstehen der Gewerkschaft Solidarnosc in Polen begann, der sich durch das Loch im ungarischen Zaun verschärfe und zum Fall der Berliner Mauer und zur friedlichen Revolution in ganz Osteuropa führte, wird erst mit der Osterweiterung der EU zu seinem guten Ende kommen.

KLAUS HARPPRECHT
Die Glosse:
Oskar in die Produktion!

Man kann es wohl verstehen, dass er sich langweilt. Das Söhnchen ist – obschon ein Quell spätväterlicher Entzückung – kein tagesfüllendes Programm. Die Frau kann, wie sie gezeigt hat, ihre Bücher selber schreiben. Einen roten Gourmet-Führer zu verfassen – *Die linke Lust an Leib und Leben* –, wie ihm kürzlich ein agiler Verleger antrug; dazu konnte er sich, nach einem Blick in den Spiegel, am Ende doch nicht entschließen. Der Bauch wölbt sich ohnedies, die Wangen werden runder und rosiger (und umso spitzer sticht die Nase aus dem Gesicht). Kürzlich, bei Frau Christiansen, saß er wie ein Buddha – in mittelstädtisch-deutscher Version – auf dem Podest (nur die Spitznase störte): mit sich zufrieden, wenn auch nicht mit der Welt, ein wenig müde (obschon er, der langen Ferien wegen, taufrisch sein müsste), eher still und bescheiden, weil er – um dies nicht zu verschweigen – zu den Problemen der neuen Technologie-Gesellschaft nicht viel zu sagen hatte. Man betrachtete ihn nicht ohne Mitgefühl. Oskar im besten Mannesalter – und ohne Job. Vielleicht sollte er für die Kollegen von der IG-METALL eine kleine Denkschrift über die psychische Mühsal des Frührentner-Daseins zu Papier bringen.

Inzwischen klopft er, man weiß es, bei den alten Genossen im Saarland an die Tür, um bei ihrem Parteitag ein Wörtchen mitzureden. Er war nicht allen von Herzen willkommen, ja, selbst sein getreuer Erbe mag mit gemischten Gefühlen beobachtet haben, dass ihm sein politischer Ziehvater – der im vergangenen Jahr so plötzlich zum verlorenen Sohn wurde – die schöne Show stahl: Natürlich waren alle Kameras, Mikrophone und die Bleistifte der schreibenden Zunft auf Oskar gerichtet. Und auf das Söhnchen, das er mitgebracht hatte. Und auf die Frau.

Vorn am Rednerpult entschuldigte er sich – in aller Form – für seine Flucht aus



Jugendwerk der Deutschen Shell (Hrsg.) Jugend 2000

Die 13. Shell Jugendstudie
2000. 891 Seiten, Kart.
Zwei Bände. Zusammen im Schuber
29,80 DM/27,50 SFr/218 ÖS
ISBN 3-8100-2579-8

Die Autorinnen und Autoren:
Arthur Fischer, Yvonne Fritzsche,
Werner Fuchs-Heinritz,
Richard Münchmeier

Renate Blank, Wolfgang Bauer,
Alexandra von Streit

■ Die Themen:

- Zukunftsorientierungen
- Werte
- Religion
- Modernes Leben
- Das Verhältnis zwischen
deutschen und ausländischen
Jugendlichen
- Jugend und Politik
- Jugendliche im Osten –
Jugendliche im Westen
- Deutschlandbild
- Europa
- Mädchen und Jungen

Erste Reaktionen der Presse:

„(...) Leitfaden durch die komplexe
Wirklichkeit dieser Generation 2000 (...).
Die inzwischen 13. Shell-Studie (...) bie-
tet einen einzigartigen Schatz von Daten
aus der Welt der 15-24-Jährigen.“

Der SPIEGEL

„.... sind diese fast 900 Seiten nicht nur
der aufwendigste, sondern auch auf-
schlussreichste Jugendreport.“

Reinhard Kahl, die tageszeitung



.....
www.leske-budrich.de
Leske + Budrich · Gerhart-Hauptmann-Str. 27 · 51379 Leverkusen
Tel.: 02171/4907-0 · Fax: 02171/4907-11 · E-Mail: lesbudpubl@aol.com

den Ämtern, der Politik, der Verantwortung, weil sie die Genossen an der Saar und anderswo um den (ohnedies gefährdeten) Sieg in den Landtagswahlen geprellt hat. Doch kein Zweifel: er meldete sich in der Partei zurück. Er gab klar zu erkennen, dass er auch künftig seine Stimme zu erheben gedenke. Freilich deutete er nicht an, in welcher Funktion er seine Präsenz sichtbar machen könnte. Strebt er ein Mandat an? Im Bundestag? Den Vorsitz einer Kommission, in der man sich die Köpfe über die sogenannten Zukunftsfragen oder über eine neue Ordnung der Weltökonomie oder über die Zähmung des Turbokapitalismus zerbricht? Möchte er zuletzt doch wieder einen Rang in der Partei erobern? Oder will er nur den einstigen Männerfreund Schröder wissen lassen: »Vergiss nicht, Gerd, dass es mich gibt!« – als Chef einer latenten Opposition.

Nein, er dachte nicht einen Augenblick lang daran, zur PDS überzulaufen – jetzt erst recht nicht, nach dem Rückzug von Gysi und Bisky, den einzigen, die vielleicht in der Lage gewesen wären, jene Mesalliance von Radikal-Spinnern im Westen und abgetakelten SED-Bonzen im Osten in eine demokratisch halbwegs glaubwürdige Partei zu verwandeln. Das wäre, Oskar täuschte sich darüber nie, eine fatale Verirrung.

Aber gibt es für ihn, bei genauer Betrachtung, ein *come back* in die Politik? Die Sozialdemokraten neigen dazu, nachtragend zu sein. Sie verzeihen so rasch nicht, dass der Vorsitzende und prominenteste unter den Ministern allen Pflichten jäh entsagt hat, sich um die Partei den Teufel scherend. Er könne ohne Loyalität nicht arbeiten, rechtfertigte sich der Sünder in Saarbrücken, die Augen auf den regierenden Obergenossen gerichtet. Aber Loyalität ist keine Einbahnstraße. Überdies fragt man sich, warum Lafontaine, der gewiefte, nicht von Beginn an begriffen hat, dass der Kanzler nicht nur die Richtlinien der Politik bestimmt, sondern das Zentrum der Macht ist: Es kann, nach dem Bonn-Berliner System, keine Neben-Regierung geben.

Auch nicht durch den Parteichef (Brandt war zu klug, den Nachfolger Schmidt aus der Baracke lenken zu wollen). Lafontaine hat, nicht nur in den Anfängen der rot-grünen Koalition, einen erstaunlichen Mangel an politischem Instinkt bewiesen. Er sollte sich damit abfinden, dass seine Karriere in der Partei, im Parlament oder, Gott behüte, in einem Regierungsamt beendet ist.

Um seine Versorgung braucht man sich nicht zu grämen. Die Pension wird gut sein, und im Medien-Kapitalismus findet er sich mit der gebotenen Mischung von Härte und Wendigkeit zurecht.

Aber wie entrinnt er der Langeweile, die eine bedrückende Heimsuchung ist? Mit Büchern wird er sich, auf die Dauer, nicht zufrieden geben. Auch ist nicht ausgemacht, dass er genug zu sagen hat, um eine stetige Produktion zu gewähren. Wie wäre es darum, wenn er sich ein Beispiel am Ex-Kollegen Lothar Späth nehmen würde, der in Jena demonstriert hat, dass er nicht nur zum cleveren Politiker und betriebsamen Provinzfürsten taugte, sondern über das Talent zu einem brillanten Manager verfügt. Der Weltwirtschafts-Theoretiker und Weltfinanz-Denker Lafontaine: er könnte in der Führung eines notleidenden Klein-, Mittel-, womöglich auch Großbetriebes nachweisen, dass er die Konfrontation mit den ökonomischen Realitäten nicht zu scheuen braucht. Er leistete – nachträglich – die Bewährungsprobe, die man den Berliner Damen und Herren, gleichviel welcher Couleur, wünschen möchte, ehe sie flott die politische Verantwortung schlütern.

COUNT DOWN



Jeden Tag sterben ca. 160 Arten aus. Artenschutz heute bedeutet unser aller Überleben morgen, doch die Zeit läuft. Sorgen Sie mit dafür, daß sie uns nicht wegläuft!

Gegen DM 6,- in Briefmarken erhalten Sie unsere Broschüre zum Artenschutz

Spendenkonto: 100 100 - BFS Köln | BLZ 370 205 00

NABU Postfach 30 10 54
53190 Bonn



Das Thema: Die zivile Bürgergesellschaft

**GESPRÄCH MIT
ANTHONY GIDDENS**

»Es wird ziemlich schwer, öffentlichen Raum zurück zu gewinnen«

NG/FH: Bundeskanzler Schröder hat in unserer Zeitschrift seine Ideen für eine Zivilgesellschaft und einen aktivierenden Staat entwickelt. Er betrachtet den Staat auf der einen Seite als klassischen Garanten der Regeln staatlichen Zusammenlebens, auf der anderen Seite als einen modernen Initiator und Überwacher bürgerschaftlicher Vereinbarungen, von Vereinbarungen zwischen Interessengruppen. Welche Bedeutung hat Ihrer Meinung nach der Staat in einer globalisierten Welt?

Anthony Giddens: Der Nationalstaat bleibt immer noch sehr wichtig, denn er ist sehr viel mächtiger als die weltweit operierenden Firmen. Menschen behaupten beispielsweise, es gebe gigantische Firmen, und sie regierten die Welt, aber das stimmt nicht. Nationalstaaten haben weitaus mehr Macht, weil sie Territorium kontrollieren, sie kontrollieren den Zugang zum Gesetz und – ob individuell oder kollektiv – sie kontrollieren den Zugang zu militärischer Macht. Deshalb brauchen wir eine gute, starke Regierung. Dieses Papier (*von Gerhard Schröder, die Red.*) ist mir sehr sympathisch, weil es eine meiner Meinung nach richtige Annahme enthält, nämlich dass »Big Government« nicht das gleiche ist wie eine starke Regierung. Eines der Themen der heutigen Politik ist die Art der Regierung, wie man sie effektiv macht, schneller, demokratischer. Um das zu erreichen, müssen wir Regierung ausbalancieren mit einer aktiveren Zivilgesellschaft.

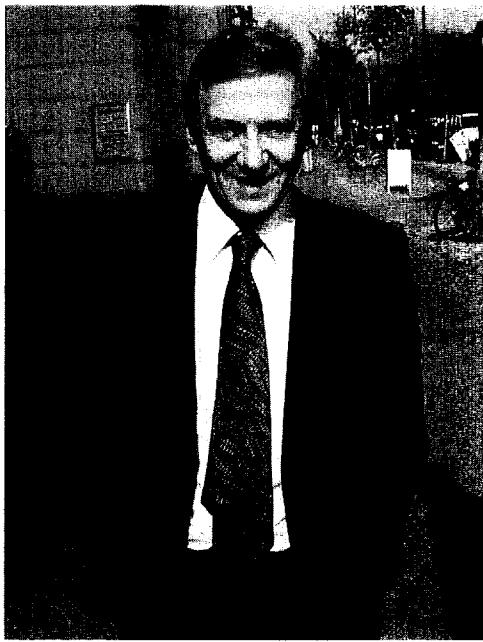
NG/FH: Gerhard Schröder fordert einen starken und glaubwürdigen Staat. Woher

nimmt ein Staat seine Macht, wenn die Bedeutung seiner Grenzen schwindet?

Giddens: Es gibt nur eine wirkliche Grundlage staatlicher Macht, und das ist Legitimität. Um gute staatliche Macht, um als Regierung Einfluss zu erlangen, braucht man die Unterstützung der Bevölkerung. Viele Studien, die sich mit politischer Macht beschäftigen, zeigen, dass es heutzutage schwierig ist, die Legitimität einer Regierung aufrechtzuerhalten. Viele Leute zeigen wenig Vertrauen in und wenig Interesse an Politik. Wie Sie wissen, geht ein großer Teil der jungen Generation in vielen europäischen Ländern überhaupt nicht wählen. Der Umbau von Regierung, die Expansion von Demokratie, der Kampf gegen Korruption -- das sind meiner Ansicht nach wichtige Mittel zur Wiederherstellung von Legitimität. All das ist nötig, wenn wir eine effektive, aktive Regierung wollen. Das ist ein Kernpunkt laufender sozialdemokratischer Diskussionen auf der ganzen Welt.

NG/FH: Muss ein legitimierter Staat ein Wohlfahrtsstaat sein?

Giddens: Wir brauchen einen Wohlfahrtsstaat als Voraussetzung für gesellschaftliche Solidarität, weil er die verschiedenen Interessengruppen in einer Gesellschaft verbindet. Und wir müssen bereit sein, ihn zu bezahlen. Wir brauchen zumindest ein anständiges Steuerniveau, um Wohlfahrtsinstitutionen unterstützen zu können. Das heißt nicht, dass das Steuersystem nicht reformiert werden darf, denn wir wissen, dass ein Wohlfahrtsstaat sowohl Solidarität als auch Spannungen erzeugen kann. Denken Sie zum Beispiel an die Rentensituation in Deutschland: eine unerträgliche Situation, wie wir wissen. In diesem Fall neigt der Wohlfahrtsstaat eher dazu, Spannungen zu erzeugen statt Solidarität, weil eine kleine jüngere Generation



Anthony Giddens, Vordenker des »Dritten Wegs«, in Berlin am Rande des »Gerechtigkeits«-Kongresses der SPD.

vermutlich irgendwie die ältere Generation mit äußerst großen Leistungen unterstützen muss.

NG/FH: Halten Sie es für sinnvoll, vom »Primat des Politischen« zu sprechen?

Giddens: Nein, denn ich denke, der Kernpunkt des Papiers, den ich unterstütze, ist ein anderer: dass man für eine anständige Gesellschaft drei Bereiche braucht, die gleich gewichtet werden müssen. Man benötigt eine gute aktive Regierung. Aber zu viel Regierung wird schnell bürokratisch. Man braucht weiterhin eine anständige Marktwirtschaft. Aber durch einen zu starken Markt wird alles kommerzialisiert, und das ist nicht wünschenswert. Schließlich braucht man noch eine starke Zivilgesellschaft. Aber falls diese zu stark wird, artet sie in eine Art von Anarchie aus, wie man sie zum Beispiel in Nordirland beobachten kann. Eine gute Gesellschaft hält diese drei Bereiche im Gleichgewicht.

Einer der besten Analysten dieses Gedankens ist Claus Offe. Von seinen Schriften habe ich viel darüber gelernt, warum man eine Balance zwischen diesen drei Bereichen benötigt. Und ich denke, dies gilt für die lokale Ebene ebenso wie für die nationale und die

globale. Eines der Probleme mit der globalen Ordnung ist, dass es zu wenig politische und zivile Gesellschaft auf dieser Ebene gibt, um den Markt auszubalancieren. Deshalb müssen wir zusehen, dass wir dieses Gleichgewicht herstellen.

NG/FH: In Ihrem Buch *Der Dritte Weg* sprechen Sie häufig von »Gleichheit«. Wie steht es mit der »Gerechtigkeit«?

Giddens: In gewisser Weise geht es in dem gesamten Buch um soziale Gerechtigkeit und darum, was soziale Gerechtigkeit in der heutigen Gesellschaft bedeuten kann. Ich argumentiere in meinem Buch dafür, dass man die klassischen Werte der Linken im Wandel erhalten muss, denn die Welt befindet sich gerade mitten in einem großen Veränderungsprozess. Wir müssen neue Mittel in der Politik finden, die wir der Ungleichheit entgegensezten können und mit denen wir die klassischen Ziele sozialer Gerechtigkeit erreichen. Einige der alten Mittel, mit denen Menschen das zu erreichen suchten, erweisen sich heute als hinderlich. Sie müssen sich nur einmal die Arbeitslosensituation in Deutschland ansehen. Sie können keine sozial gerechte Gesellschaft mit gleichzeitiger Massenarbeitslosigkeit haben. Das ist ein unerreichbares Ziel. Also brauchen wir Wege in der Politik, über die wir Veränderungen erreichen.

NG/FH: In seinem Text über die Zivilgesellschaft ersetzt Gerhard Schröder den Begriff »Chancengleichheit« durch den der »Chancengerechtigkeit«. Glauben Sie an eine »Chancengerechtigkeit« ohne »Chancengleichheit«?

Giddens: Ich verstehe den Unterschied nicht. Meiner Meinung nach benötigt man sowohl »Chancengleichheit« als auch »Verteilungsgerechtigkeit«, weil es ohne eine Umverteilung von Einkommen und Reich-

tum keine Chancengleichheit geben kann. Es muss ein gewisses Mindestmaß an Umverteilung geben, sonst ist die Chancengleichheit einer Generation die Ergebnisungleichheit der nächsten. Ein Beispiel: Sie haben einen bestimmten Betrag an Geld. Okay, das ist möglicherweise akzeptabel, aber es darf sich nicht über die Generationen hinweg konsolidieren, denn dann hätten andere Menschen nicht mehr die gleichen Chancen. Wenn das bedeutet, dass man eine Verbindung zwischen »Chancengleichheit« und »Ergebnisgleichheit« braucht, dann ist das korrekt. Deshalb muss Umverteilung weiter im Zentrum sozialdemokratischer Politik stehen.

NG/FH: Sie haben im Zusammenhang mit Legitimität von der Bedeutung von Werten gesprochen. Glauben Sie, dass Ideen und Werte nicht nur der neue Rohstoff einer *New Economy*, sondern auch der Rohstoff einer neuen Politik sind?

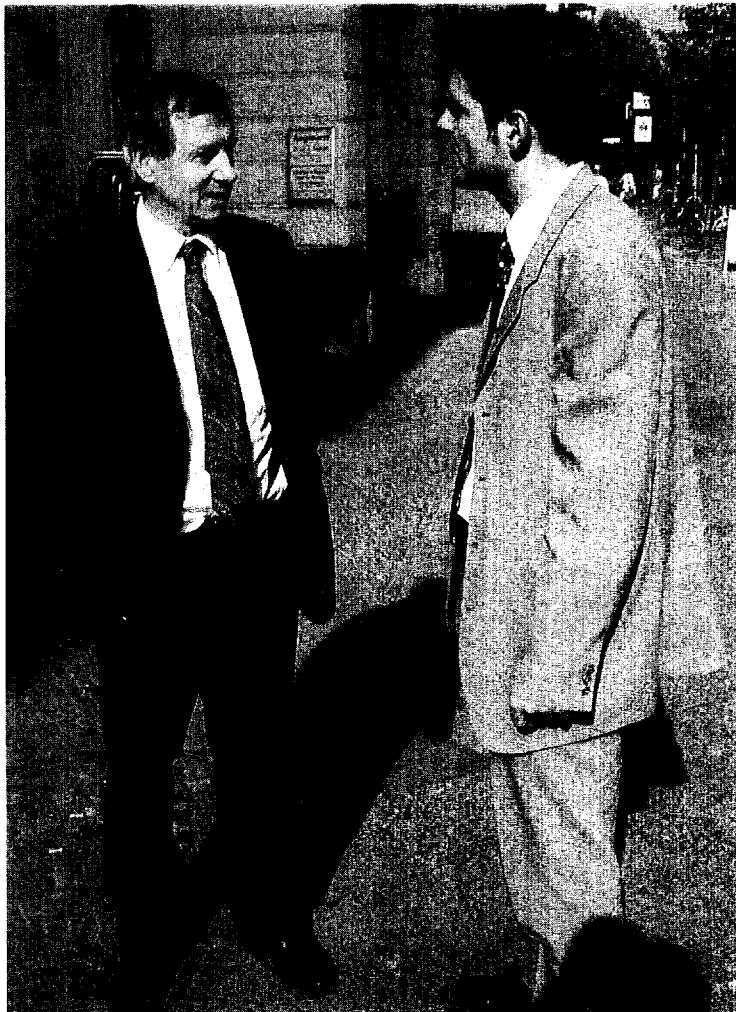
Giddens: Umverteilung hat zum einen in dem Maße mit materiellen Dingen zu tun, in dem es um Geld geht. Das muss umverteilt werden. Worum es wirklich geht, ist die Umverteilung von Aktivposten. Bei der Gleichheit muss es mehr um Aktivposten, Schulen und Bildung gehen, nicht nur um den direkten Transfer von Einkommen. In der heutigen Gesellschaft gib es unterschiedliche Ausschlussmechanismen. In allen Ländern öffnet sich diese Kluft rund um die schlechter Ausgebildeten, im Grunde Überflüssigen in einer Wirtschaft, die auf Wissen basiert. Das Wirtschaftsleben ändert sich, denn um wirtschaftlich erfolgreich zu sein, braucht man für alles, was man produziert, eine Marktnische. Es ist nicht wichtig, wie effizient man produziert. Alles kann überall produziert werden, ob ein Auto oder ein Buch. Worauf es ankommt, ist, Ideen zu haben, die man auf dem Markt verkaufen kann. Im heutigen Kapitalismus geht es viel um Design und Innovation, nicht mehr um Effektivität in der Produktion oder die Effizienz der Produktionsmittel. Hier vollzieht sich tatsächlich ein bedeutsamer Wandel.

NG/FH: Wenn Ideen und Werte so wichtig sind: Wie kann man Menschen dazu motivieren, sich für diese Werte zu engagieren und am Umbau unserer Gesellschaften mitzuwirken?

Giddens: Es kommt darauf an, von welchen Menschen Sie sprechen, denn ich denke, dass diese Gesellschaft um ein Vielfaches aktiver ist als sie es vor 20 oder 30 Jahren war. Aber diese Aktivität führt sie nicht notwendigerweise direkt in die Politik. In vielen westlichen Ländern beispielsweise nimmt diese Zivilgesellschaft heute ein viel höheres Ausmaß an als früher; es gibt zivilgesellschaftliche Organisationen, Interessengruppen, *Special-Interest-Gruppen*. Das muss nicht direkt in den politischen Raum führen. Das heißt nicht, dass es sich hierbei um eine passive Gesellschaft handelt. Das tut es nicht. Die Frage ist, wie man diese Dinge in die Politik lenkt und wie man Menschen tatsächlich befähigt, Politik zu beeinflussen, so dass man ihre Lebensbedingungen verändern kann. Ich glaube, diese Welt ist viel aktiver als früher – viele Menschen gehören global organisierten Gruppen an, nicht nur lokalen oder nationalen Organisationen.

NG/FH: Glauben Sie nicht, dass die Verantwortung für das öffentliche Interesse und das Gemeinwohl in Gefahr sind in einer Zeit, in der die Nachrichten von den Aktienmärkten bestimmt werden?

Giddens: Ich denke, dass es ziemlich schwer ist, öffentlichen Raum zurückzugewinnen und öffentliche Institutionen zu verteidigen. Wir alle kennen die Macht des globalen Marktplatzes. Aber das heißt nicht, dass es nicht zu schaffen ist. Wir brauchen diesen Umbau der Regierung, den ich bereits erwähnt habe. Außerdem muss bestimmt werden, wie viel wirtschaftliche Regulierung notwendig ist. Ich denke, die meisten Regierungen links von der Mitte haben sich auf eine weitere Regulierung der globalen Wirtschaft festgelegt. Auch wenn wir nicht wissen, wie wir uns auf die Art der Regulierung verstündigen können, gibt es doch eine all-



Im Gespräch mit Markus Pins: »Eine anständige Gesellschaft braucht eine aktive Regierung, eine funktionierende Marktwirtschaft und eine starke Zivilgesellschaft.«

gemeine Übereinstimmung, dass sie nötig ist. Hier geht es nicht nur um die Macht des Marktes, sondern um existierende Ungleichheit auf globaler Ebene. Im Moment ist man sehr motiviert, Institutionen und Programme gegen globale Armut zu finden. Deshalb ist es wichtig, darauf zu hoffen, dass zumindest in Frankreich, Deutschland, England und vielleicht den USA Parteien links der Mitte an der Macht bleiben. Sie sind um vieles motivierter, Veränderungen anzugehen als die Parteien rechts der Mitte, besonders, wenn es um die globale Wirtschaft geht.

NG/FH: Gerhard Schröder hat einige konkrete Beispiele gegeben, wo seine Ideen einer Zivilgesellschaft realisiert werden könnten.

Ein Beispiel ist das Gesundheitssystem. Noch immer wächst unsere Wirtschaft, aber gleichzeitig klagen wir über Geldmangel, besonders im Gesundheitswesen. Ist das schlicht ein Problem unterschiedlicher Geschwindigkeiten auf unterschiedlichen Gebieten – medizinischer Fortschritt ist schneller als wirtschaftliches Wachstum – oder gibt es einen komplexeren Grund?

Giddens: Die Wirtschaft ist nicht schnell gewachsen. Verglichen mit Irland, das europäischer Wachstumsführer ist, ist die deutsche Wirtschaft in den letzten Jahren nicht schnell gewachsen. Man prognostiziert ein Wachstum von unter 3 Prozent im nächsten Jahr. Vielleicht wird man amerikanische Wachs-

tumsraten erzielen. Aber ich denke nicht, dass die Probleme im Gesundheitswesen etwas mit dem Wirtschaftswachstum zu tun haben. Jede Gesellschaft steht vor einer Krise im Gesundheitswesen. In Deutschland gibt man eine Menge Geld für Gesundheit aus, und man gibt es nicht vollkommen effizient aus. Ich fürchte, niemand hat eine völlig befriedigende Antwort auf die Frage, wie ein gutes Gesundheitssystem auszusehen hat. Es sollte sicherlich Selbsthilfegruppen enthalten; das ist sinnvoll. In Deutschland gibt es eine traditionelle Beteiligung dieser Selbsthilfegruppen am Gesundheitswesen, die weiter entwickelt ist als in Großbritannien. In Großbritannien haben wir ein zentralisierteres bürokratisches Gesundheitswesen und einen zentralisierteren bürokratischen Wohlfahrtsstaat.

Durch die Bismarck'schen, christdemokratischen Wurzeln hat das deutsche Sozialsystem einen wichtigen Freiwilligensektor. Wichtig ist, diesen Sektor wirklich zu professionalisieren. Das Gesundheitswesen ist ein so komplexes Thema – es ist unmöglich, es in dieser kurzen, generalisierenden Art effektiv zu kommentieren; so viele verschiedene Bereiche spielen darin eine Rolle: viele verschiedene Technologien, eine alternde Bevölkerung. Kein Land hat eine effektive Lösung für die Probleme des Gesundheitswesens gefunden. Sie suchen alle noch.

NG/FH: Sind dies die Gründe dafür, dass LABOUR es nicht geschafft hat, eines seiner Wahlversprechen zu erfüllen, nämlich die Kürzung der Wartelisten für den NATIONAL HEALTH SERVICE?

Giddens: Nein, ich denke, das ist zum Teil ein anderes Problem. Im Falle Großbritanniens gibt es ein etabliertes Gesundheitssystem, sehr zentralisiert und schwierig zu ändern. Sie haben dieses eine Kriterium gewählt, aber kein Gesundheitssystem darf sich zu sehr auf ein Kriterium fixieren. Dieses Versprechen muss man jetzt einlösen. Man hat es bisher nicht gemacht, aber bis zur nächsten Wahl muss es erledigt sein. Ein

Weg, dieses Problem zu lösen, sind die großen Investitionen, die LABOUR in das Gesundheitswesen tätigt.

NC/FH: Sie sprechen oft von einer *Runaway World*. Dieses Bild beschreibt das ungeheure Tempo sozialer Veränderung. Gibt es irgendeine Möglichkeit, diesen Wandel im größeren Zusammenhang zu koordinieren, oder zwingt uns die Einsicht in dieses Tempo, in kleineren Einheiten zu denken – sowohl in der Wirtschaft als auch in der Politik?

Giddens: Nein. Man muss beides machen. Es muss mehr globale Regulierung geben, man muss effektivere Formen des Regierens der Welt suchen. Das trifft sowohl auf die Wirtschaft, auf ökologische Belange als auch auf die Demokratie zu. Man muss auch oberhalb der Ebene des Nationalstaates nach demokratischen Mechanismen suchen, weil viele Dinge, die unser tägliches Leben beeinflussen, ihren Ursprung nicht mehr auf der nationalen Ebene haben. Wir brauchen eine Mischung all dieser Dinge – lokale Macht plus globale Macht. Das ist natürlich nicht einfach zu verwirklichen.

NC/FH: Eine letzte Frage: Bewegen wir uns auf eine Gesellschaft zu, in der freiwilliges Engagement wie Stiftungen oder Spenden wichtiger wird als unfreiwillige Beteiligung wie das Zahlen von Steuern? Und ist dies ein verlässlicher Weg, um alle Menschen in eine Gesellschaft einzubinden?

Giddens: Wir bewegen uns ganz bestimmt auf Veränderungen zu, denn wir leben in wohlhabenden Gesellschaften, und man kann nicht alles durch die Regierung finanzieren. Zum Beispiel das Universitätsystem: Meiner Ansicht nach muss es auf jeden Fall eine Finanzierung seitens der Studierenden und eine private Finanzierung des Universitätssystems geben. Wenn vermutlich über 50 Prozent der Bevölkerung bald eine Universitätssausbildung anstreben, kann der Staat ein solches System nicht mehr unterstützen. Nehmen Sie zum Beispiel die LSE; sie bekommt momentan nur 25 Prozent

ihrer Gelder vom Staat. Aber ich würde sie immer noch als staatliche Institution bezeichnen.

Mir scheint, dass ein großer Teil der heutigen Politik links der Mitte versucht, öffentliche Institutionen und öffentliche Kriterien zu verteidigen. Das ist nicht das gleiche wie eine Finanzierung von staatlicher Seite. Es ist ein Fehler anzunehmen, die öffentliche Sphäre fiele mit der politischen Sphäre zusammen. Das führt uns wieder zurück zu dem Papier. Denn wir können zivilgesellschaftliche Organisationen dazu nutzen, unsere öffentlichen Institutionen in verschiedenen Bereichen zu fördern, ob im Gesundheitswesen oder anderswo. Ich denke, dies ist eine bedeutende Verschiebung linker Politik.

Das Gespräch führte Markus Pins.

Assistenz: Sylvia Bachmann

Übersetzung: Astrid Hackenesch

JOHANO STRASSER **Die Aktivierung** **der Bürgergesellschaft**

»Staat und Zivilgesellschaft stehen in einem Spannungsverhältnis zueinander, aber nicht in einem unversöhnlichen Gegensatz. Die Zivilgesellschaft braucht einen besseren, einen aktiven und aktivierenden Staat.« Dieser Satz ist einer der vielen richtigen Sätze in Gerhard Schröders Papier über *Die zivile Bürgergesellschaft*. Allenfalls könnte man darüber streiten, ob hier nur von Spannungs- und nicht auch von einem Bedingungsverhältnis die Rede sein sollte, zumindest wenn es sich um den demokratischen Staat handelt. Da ich mit manchem, was in letzter Zeit in Gerhard Schröders Namen veröffentlicht wurde, gar nicht einverstanden war, möchte ich in diesem Fall meine grundsätzliche Übereinstimmung betonen.

Das wird diejenigen nicht verwundern, die sich noch daran erinnern, dass ich vor mehr als zwanzig Jahren ein Buch unter dem

Titel *Grenzen des Sozialstaats?* geschrieben habe, in dem es um die Förderung der gesellschaftlichen Selbsthilfekompetenz und die entsprechende Veränderung der sozialpolitischen Konzeption ging. Und wenn man seinerzeit den Orientierungsrahmen '85 sorgfältig gelesen hätte, so hätte man darin den interessanten Gedanken entdeckt, dass es darauf ankomme, »die Fähigkeit der Bürger zur selbstverantwortlichen Lösung gesellschaftlicher Probleme in ihrem eigenen Lebens- und Arbeitsbereich zu verbessern«. Dass diese frühen Impulse von der Partei kaum aufgegriffen wurden und die SPD denselben Gedanken nun aus Großbritannien, genauer aus den Büchern von Anthony Giddens, importiert, gehört zu ironischen Sonderwegen, die der Fortschritt zuweilen geht.

Wirksame Hilfe zur Selbsthilfe

Ich möchte an dem Papier Schröders einen Punkt ein wenig vertiefen und eine – allerdings folgenreiche – Ergänzung anbringen.

Erstens: Wenn man die Menschen in stand setzen will, mehr Probleme selbstorganisiert (allein oder mit anderen) zu lösen, um auf diese Weise die reflexive Selbststabilisierung der Gesellschaft zu stärken und zugleich den Sozialstaat zu entlasten, muss man zunächst danach fragen, welches die entscheidenden Ressourcen sind, von deren Verfügbarkeit der Grad der Selbsthilfekompetenz abhängt. Diese Ressourcen sind: Geld oder andere Formen verfügbaren Einkommens, frei verfügbare Zeit, Gesundheit, Wissen, handwerkliche und sonstige Fertigkeiten, Infrastruktur im Wohnumfeld, stabile soziale Beziehungen, soziale Eigenverantwortung.

Die entscheidende Frage ist sodann, welche dieser Ressourcen im Sinne von Hilfe zur Selbsthilfe oder, wie es neuerdings heißt, »Empowerment« (sozial) politisch mit welchen Mitteln gestärkt werden können. Dabei gilt allerdings generell, dass die Möglichkeiten zur selbstorganisierten Problemlösung in einer Gesellschaft umso größer sind, je

Auch Wohngemeinschaften können »sozial höchst produktive Einheiten« sein.

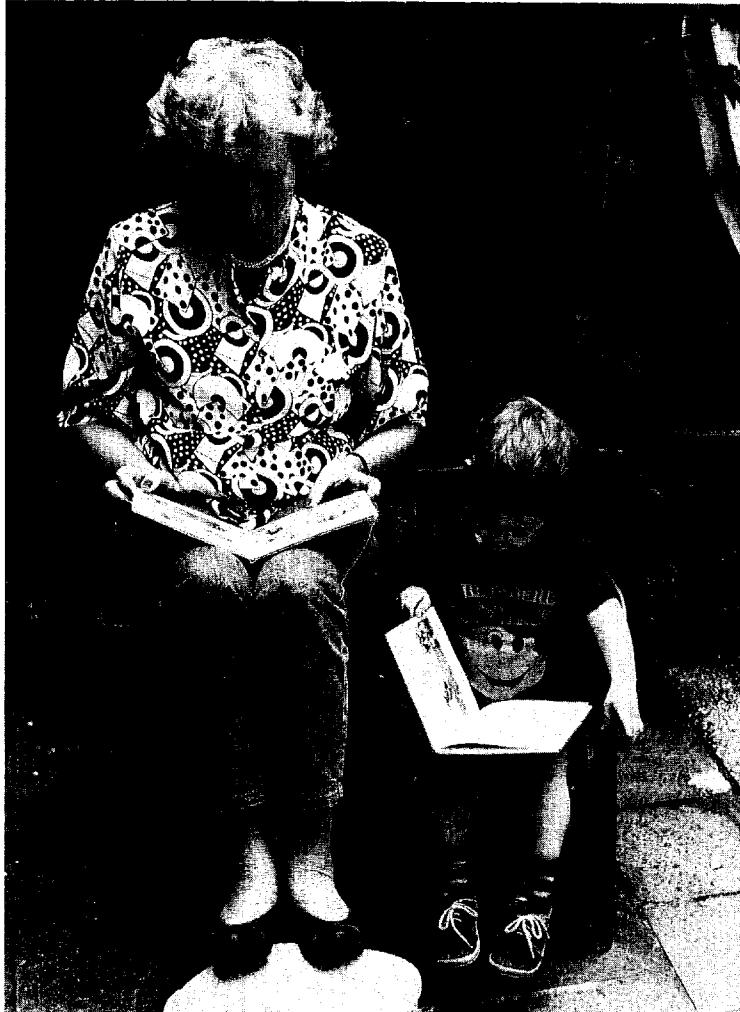


Foto: Gudrun Petersen/JOKER

egalitärer die genannten Ressourcen verteilt sind. Deswegen gehört zu einer »aktiven« oder »aktivierenden« Wohlfahrtspolitik auch, dass man alles daran setzt, die Ungleichheit der Verteilung nichts ins Kraut schießen zu lassen. Ohne Umverteilung kann die Aktivierung der Bürgergesellschaft nicht gelingen, zumal es nicht nur um die Angleichung der Startchancen, sondern umfassender um die Angleichung der Lebenschancen geht.

Eine auf die Aktivierung der Bürgergesellschaft ausgerichtete Politik sollte wirksame Hilfe zur Selbsthilfe sein. Sie sollte dafür sorgen, »dass alle Menschen ein Einkommen haben, das ihnen eine selbstständige Lebensführung erlaubt, und über ausreichend frei

gestaltbare Zeit verfügen, um sich in Eigenarbeit oder gemeinnütziger Tätigkeit zu engagieren. Auch ein gut funktionierendes Gesundheitssystem und die Vermittlung des nötigen Wissens und der entsprechenden Fertigkeiten sind Voraussetzungen für die Stärkung zivilgesellschaftlichen Engagements, die in öffentlicher Verantwortung erfolgen muss.

Von besonderer Bedeutung ist in diesem Zusammenhang das Wohnumfeld. Je nachdem, wie das Wohnumfeld gestaltet ist, kann es selbstorganisierte Problemlösung von Individuen und Gruppen erleichtern oder erschweren. Bei Planung, Instandsetzung und Neugestaltung von Wohnquartieren sollte darauf geachtet werden, dass die Kommu-

nikation unter den Bewohnern erleichtert wird, dass es in Mietshäusern Räume gibt, in denen Reparaturarbeiten durchgeführt, eine gemeinsame Kinderbetreuung oder Hausaufgabenhilfe organisiert werden kann. Öffentlich zugängliche Sportanlagen, eine Bibliothek mit benutzerfreundlichen Öffnungszeiten, in der (z.B. über Computer) Informationen aller Art abgerufen werden können) Räume für Jugendtreffs und Altencafés, für Tauschbörsen und andere Vermittlungstätigkeiten, ein auf die Bedürfnisse der Menschen abgestimmtes Verkehrssystem, das dem Fahrrad und dem Fußgänger Priorität im Nahbereich einräumt, – all das kann die Selbsthilfekompetenz stärken.

Stabile soziale Beziehungen sind wahrscheinlich eine Schlüsselressource, wenn es um die Stärkung der Selbsthilfekompetenz der Gesellschaft geht. Die Stärkung der Familie und der familienähnlichen Formen dauerhaften Zusammenlebens von Erwachsenen und Kindern spielt nach wie vor eine herausragende Rolle bei der Förderung sozialer Eigenverantwortung. Auch Wohngemeinschaften von Jugendlichen, jungen Erwachsenen oder älteren Menschen können sozial höchst produktive Einheiten sein. Solche Wohngemeinschaften in Kombination mit ambulanter Betreuung können, insbesondere bei älteren Menschen, oft die weitaus teurere Heimunterbringung ersetzen.

Absinken der Selbsthilfekompetenz

Darüber hinaus eröffnen die neuen Kommunikationstechniken auch Möglichkeiten der Vergemeinschaftung, die nicht auf räumlicher Nähe basieren. Es ist nicht auszuschließen, dass auch diese neuen Formen der Vergemeinschaftung sich als wirksame gesellschaftliche Bindemittel erweisen. Dennoch gehe ich davon aus, dass auch in Zukunft für die Herausbildung stabiler Sozialbeziehungen die Gestaltung des Nahbereichs von entscheidender Bedeutung sein wird.

Zweitens: Was in dem Papier Schröders nicht erörtert wird, ist die Frage, ob und in wel-

chem Grade die wissenschaftlich-technisch-ökonomische Entwicklung, wie sie vom globalisierten Kapitalismus zurzeit vorangetrieben wird, die hier genannten Voraussetzungen für die Aktivierung der Zivilgesellschaft beeinträchtigt oder gar zerstört. Zu den gerade in diesem Zusammenhang äußerst problematischen Erscheinungen gehören die ständig steigenden Mobilitätsanforderungen, das Anwachsen von Nacht- und Wochenendarbeit, die uferlose Flexibilisierung der Arbeitszeiten, die immer häufiger dazu führen, dass in der freien Zeit die bevorzugten Interationspartner nicht verfügbar sind, aber auch die fortschreitende Kommerzialisierung aller Lebensbereiche und Propagierung des Konsumhedonismus durch die Werbung etc.

Wer alle diese Entwicklungen als alternativlos hinnimmt (was sie nicht sind) oder sie gar bewusst politisch fordert, wird sich mit dem fortschreitenden Verfall der Familie und anderer sozialer Nahbeziehungen und damit vermutlich auch einem weiteren Absinken der Selbsthilfekompetenz der Gesellschaft abfinden müssen. In diesem Zusammenhang wäre auch die Steuer-, Abgaben-, Finanz- und Währungspolitik noch einmal zu überprüfen, die zurzeit ziemlich einseitig dem exportorientierten und global operierenden Teil der Wirtschaft zugute kommt und die Mehrheit der mittelständischen Betriebe mit ihren wohnortnahmen Arbeitsplätzen eher benachteiligt. So richtig und begrüßenswert es ist, dass die SPD als ganze jetzt offenbar daran gehen will, ihr in der Vergangenheit oft recht paternalistisch geprägtes gesellschaftspolitisches Leitbild positiv zu verändern, so darf sie, wenn sie erfolgreich sein will, dabei doch nicht einäugig sein. Nicht nur eine übermäßige Abhängigkeit von staatlichen Hilfs- und Betreuungsstrukturen ist der Freiheit und Selbständigkeit abträglich, sondern auch eine immer weiter wachsende Abhängigkeit von auf dem Markt angebotenen Fremdleistungen und von Entscheidungen, die von den Bürgern selbst nicht mehr kontrolliert werden können. Anders ausgedrückt: Es

kommt nicht nur darauf an, das Spannungsverhältnis zwischen Staat und Zivilgesellschaft genauer unter die Lupe zu nehmen. sondern auch das Spannungsverhältnis zwischen Zivilgesellschaft und den Strukturen und der Logik des globalisierten Kapitalismus.

PETER GLOTZ

Kulturpessimismus ist nicht am Platz

Die SPD muss ihre programmatischen Widersprüche überwinden

Manche sind schon wieder beruhigt. Der Dezember-Parteitag der Sozialdemokraten hat neue Zuversicht gebracht. Die Bundesregierung hat sich auf eine Steuerreform geeinigt, die mutiger ausfiel als erwartet. Die CDU versinkt in der Spendenkrise. Doch vor Kurzatmigkeit sei gewarnt. Denn die Fehler des Jahres 1999 waren nicht Verhaspelungen des Anfangs, sondern die Zeichen einer strukturellen Ambivalenz, also programmatische Widersprüche. Das Wahlprogramm versprach durch die Rücknahme von Kohl'schen Korrekturen ein trügerisches »Weiter so« und blieb dort, wo von Innovationen geredet wurde, unkongruent. Wir waren aufs Regieren nicht vorbereitet, weil wir uns über die neuartige Realität des digitalen Kapitalismus nicht Rechenschaft abgelegt hatten und haben. Die nur rückhaltlose Offenheit in der Analyse der sozialen Wirklichkeit und programmatische Entschiedenheit bei der Therapie ermöglichen aber das, was Ulrich Pfeiffer »Entwicklungsökonomie für ein entwickeltes Land« nennt: Die Überwindung des deutschen Problemstaus, die Reform des »Stillstandortes«, die Entwicklung neuer Antworten auf eine neue Situation.

I.

Wieso neue Situation? Meine Analyse der gesellschaftlichen Rahmenbedingungen des beginnenden 21. Jahrhunderts sieht folgen-

dermaßen aus: Ein neuer Technologieschub – die digitale Technologie – wird zur Ablösung des Industriekapitalismus führen.

Was ist das, die »digitale Technologie«? Nicht nur die Digitalisierung der Kommunikation, sondern auch ein ganzer Schwarm von neuen Verfahren und Instrumenten. Eine entscheidende Rolle spielte die mikroelektronische Wende Anfang der 80er Jahre, eine andere die moderne Satellitentechnik und das Glasfaserkabel. Ein ganzer Gerätepark gehört in diesen Zusammenhang: Mobiltelefon, E-book, die verschiedensten Speicher, *Pager*, *Player*, *Notebooks* und Rekorder. Dieser Technologieschub (und nicht nur eine einzelne Erfindung) wird eine neue Medienwende bringen, die durchaus mit der Durchsetzung des Buchdrucks oder dem Beginn der Ära der technischen Bilder (Fotografie-Film-Fernsehen) vergleichbar sein wird.

Diese »Medienwende« wird vor allem den Aggregatzustand der Marktwirtschaft verändern. Der Industriekapitalismus mutiert zum digitalen Kapitalismus. Charakteristisch für die neue Phase des marktförmigen Wirtschaftens werden Beschleunigung, Dematerialisierung, Dezentralisierung und Globalisierung sein. Die Zahl der Selbstbeschäftigen wird wachsen, das mittlere Management verschwindet, viele Unternehmen lösen sich durch *Out-Sourcing-Prozesse* auf oder schmelzen sich auf Kernkompetenzen ab, die Chance zur Arbitrage steigt und die internationale Beweglichkeit der Arbeit und der Unternehmen nimmt zu. Die Folge wird sein, dass in den großen alten Industriestaaten Vollbeschäftigung nicht mehr erreichbar ist. Die Führungsmacht USA mag durch ihr Weltgold (den Dollar), ihre Macht in den internationalen Finanzmärkten und Finanzinstitutionen und ihre rigoros deregulierte Arbeitsmarktpolitik da eine Ausnahme bleiben. Sie hat auch einen großen Vorsprung durch Ronald Reagans *Star-Wars-Programm*, das über die Kommunikationstechnik zu einem gewaltigen Produktivitätsschub führte. Die schwer-

fälligen korporatistischen oder auf kollektive Regelungsprozesse angewiesenen europäischen Großgesellschaften aber bekommen das Zwei-Dritt-Schnittmuster, einen von den Informationsverarbeitern, den »Symbolanalytikern« angeführten Zwei-Dritt-Block, der gut (und in den oberen Etagen sogar brillant) zu leben hat und ein »drittes Dritt« von Arbeitslosen und Beschleunigungsgegnern, in dem es karg zugehen wird.

Natürlich hängt die weitere Entwicklung von der Frage ab, wie intelligent die Politik auf die geschilderten Veränderungen reagiert. Sie ist – gegenüber den wirtschaftlichen Eliten – schwächer geworden. Macht- und bedeutungslos ist sie aber nicht. Nur kann man ökonomische Gesetzlichkeiten nicht nur durch das Aufstampfen mit dem Fuß unwirksam machen. Kluge Regierungen können den Sozialstaat entschlacken und verschlanken, die direkten auf indirekte Steuern umstellen, einen Niedriglohn-Sektor schaffen und für die Opfer struktureller Arbeitslosigkeit ein tragfähiges Netz errichten. Gelingen diese Reformen, wird sich der Zusammenprall der beiden Formationen mildern lassen. Missslingt sie allerdings, dürfte ein Kulturmampf um die richtige Lebensführung entstehen. Die Kampfbegriffe dürfen Beschleunigung und Entschleunigung heißen.

Noch ist die neue Unterkasse, das dritte Dritt, erst im Entstehen, also nicht formiert. Ihr Marx und ihr Engels sind noch nicht aufgetreten. Wir stehen noch bei den Frühsozialisten. Als neuen »Bund der Kommunisten« könnte man die »glücklichen Arbeitslosen« werten, die neuerdings immer mehr von sich reden machen. Diese Bewegung ist in Berlin entstanden, ihr Manifest soll schon hunderttausendmal nachgefragt worden sein, ihr Verbandsorgan heißt *Müßiggangster* und bezeichnet sich als »Kontemplationsblatt«. Aus diesen Texten kann man ersehen, welche kulturellen Konflikte auf die Wissensgesellschaft zukommen. Diese aktivistische Minderheit der Arbeitslosen sehnt sich nicht

nach Arbeit, sondern wendet sich gegen die Arbeit als die Sinngebung des Lebens. Im »Manifest der glücklichen Arbeitslosen« heißt es: »Noch vor 20 Jahren konnten die Arbeiter die Arbeit an sich in Frage stellen. Heute müssen sie, nur weil sie nicht arbeitslos sind, Zufriedenheit heucheln, und die Arbeitslosen müssen, nur weil sie keine Arbeit haben, Unzufriedenheit heucheln. Die Kritik der Arbeit hat sich in Wohlgefallen aufgelöst. Der glückliche Arbeitslose ist über diese infantile Erpressung erhaben.« Die »glücklichen Arbeitslosen« erklären die »Zurückeroberung der Zeit« zu ihrem Ziel. Wer aktiv sein wolle, habe keine Zeit, zu arbeiten.

Eine verrückte Splittergruppe? Heute vielleicht schon. Aber selbst heute stehen die »glücklichen« Arbeitslosen nicht allein. Von einem bekannten deutschen Politiker existiert das Verdikt: »Wir werden von einer Horde arbeitswütiger und dadurch psychisch kranker Narren regiert, die im Rausch ihrer Termine kaum noch Bezug zur Lebensrealität ihrer Mitbürger haben. Und am Rande lebt das Heer der Arbeitslosen, denen ihre Freizeit verständlicherweise sinnlos erscheint.« Und ein liberaler Journalist hat die bissige Frage gestellt: »Steckt nicht auch Entfremdung darin, dass wir uns 14 Stunden am Tag müde arbeiten ... einschlafen und andererseits dann sozusagen mit subventionierten Billigarbeitskräften unsere Kinder spazieren fahren lassen?«

Das ist eine Fundamentalkritik der Kinderaufzucht in der oberen Mittelschicht. Die neue Ideologie greift um sich wie ein Ölleck. Wer von der Arbeitswelt zurückgestoßen wird, wird begründen, warum »Arbeit« im überlieferten Sinne, Erwerbsarbeit, fragwürdig sei. Es werden Millionen darauf verfallen, dass Eltern sich viele Stunden täglich ihrem Säugling widmen müssen, dass Menschen meditieren sollen, dass ein gesunder Körper viel Pflege braucht, dass nur ein sparsamer Lebensstil ökologisch sei oder dass das Weltgericht so unmittelbar bevorstehe, dass es keinen Sinn mache, neue Teilchenbeschleu-

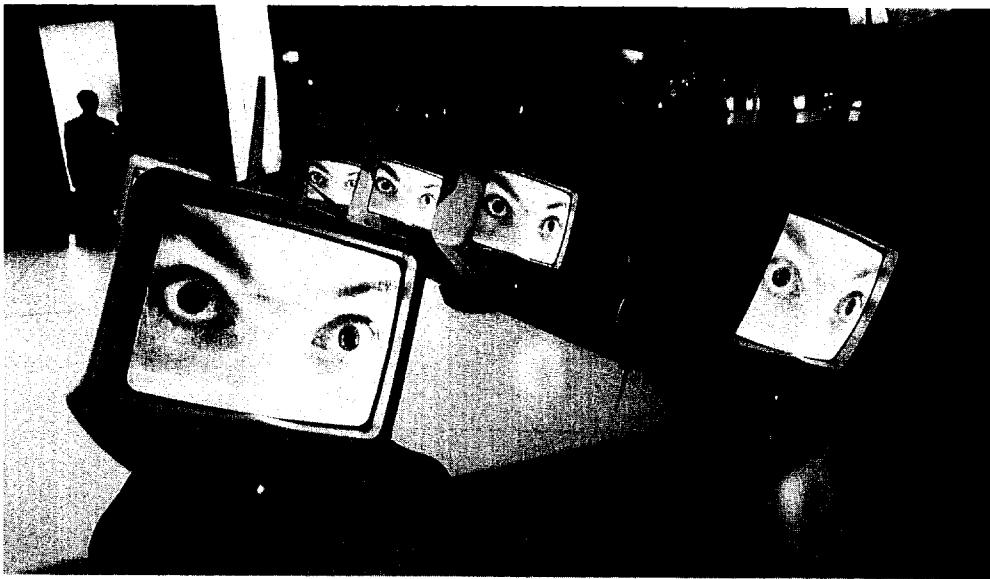


Foto: Ines Baier / JOKER

»Die Medienwende der digitalen Technologie wird vor allem den Aggregatzustand der Marktwirtschaft verändern.«

niger zu bauen oder neuartige Zahnzwischenraumbürsten zu vermarkten. Zur Blüte kommen werden kommunitäre Kindergärten und Schulen, neuartige Freikirchen, Fitness-Center, Kulturinstitutionen und Festivals aller Art sowie die wunderbaren und vielfältigen Abenteuer des *Cyberspace*, der Simulation und der Tourismusbranche. Eine neue Welle der antirationalistischen Kulturkritik wird aufsteigen: pathosgeladene Proteste gegen die »Vergletscherung der Seele«, neue Familienwerte, eine Dosis neuer Religiosität, aber auch politisch, mystisch oder apokalyptisch auftretende, widerständige Zirkel.

Kulturpessimismus ist nicht am Platz. Die avancierten Gesellschaften können mit dieser Entwicklung fertig werden. Ihre politischen Eliten müssen allerdings aufhören, die Realität zu leugnen und darin fortzufahren, ihre alten Redemanuskripte vorzulesen. Viele altehrwürdige Institutionen und Verfahren müssen zur Disposition gestellt werden: Die Mitbestimmung wird vom Mitbesitz, das staatliche Bildungssystem durch einen (stark mit lebenslangen Lernen internationalisierten) Bildungsmarkt, der Flächen tarifvertrag durch Betriebsvereinbarungen

ersetzt werden. Gipfelbündnisse (»Bündnis für Arbeit«) werden sich als unwirksam, allzu hohe Steuern als undurchsetzbar erweisen. Vor allem aber muss die Politik Vermittlungskompetenzen zurückgewinnen. Der Beschleunigungsimpuls, der vom digitalen Kapitalismus ausgeht, ist nicht aufzuhalten. Andererseits braucht jedes Unternehmen, jede Branche, jede Biografie auch Entschleunigungsphasen. Der Kulturmampf zwischen Beschleunigung und Entschleunigung kann im Dialog entschärft werden. Dazu gehört bei den Vermittlern – den Politikern – allerdings Sachkenntnis, Offenheit und Mut. Europa wird zuerst zum Käufermarkt und später zur Kolonie, wenn sich die ergebnislosen Streitereien zwischen Modernisierern und Traditionalisten festfressen.

2.

Bisher hat Deutschland diese Entwicklung von ein paar Gurus diskutieren lassen. Die Politik ist bei ihren alten (korporatistischen, Herz-Jesu-sozialistischen oder spätkeynesianischen) Denkmustern geblieben. »Vollbeschäftigung ist möglich«, »die Rente ist sicher«, »wir sind kein Einwanderungsland« hießen und heißen die zählebigen Formeln.

Die Folge ist eine Verkalkung und Verkarstung der deutschen Gesellschaft.

Sechs Beispiele:

- Der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit bleibt rhetorisch, dilatorisch.
- Seit 1977 lassen wir die Hochschulen volllaufen, entziehen ihnen aber von Jahr zu Jahr mehr Geld.
- Wir lassen eine Art von Einwanderung zu, die keine sein darf und gleichzeitig so, wie sie abläuft, nicht dem Interesse unserer Gesellschaft entspricht.
- Wir nehmen einen tief gehenden Geburtenrückgang hin, ohne uns auf die Folgen vorzubereiten.
- Wir haben 17 Jahre lang eine wachsende Staatsschuld akzeptiert, die jetzt erstmals durch Hans Eichel zurückgeführt wird.
- Wir registrieren ohne sichtbare Reaktion eine seit langem schwächer werdende Produktivitätsentwicklung.

Die Folgen widersprechen den deklarierten Zielen der Sozialdemokratie. Während in den Niederlanden und Großbritannien zwischen 25 und 30 % der Brutto- Inlandsinvestitionen durch ausländische Unternehmen erbracht werden, sind es bei uns 4,4 %. Schlecht für die Arbeitslosen. Wir haben uns in einer Periode günstiger Altersschichtung durch Absenken des Geburtenniveaus um 3 Billionen entlastet und gleichzeitig die Zukunftsvorsorge vernachlässigt. Schlecht für die Rentner und schlecht vor allem für die jungen Erwerbstätigen nach 2010. Ein Arbeitnehmer mit mittlerem Einkommen, der ledig ist, erhält weniger als 50 % seiner Brutto-Arbeitskosten als Netto-Einkommen. Schlecht für die Nachfrage nach Dienstleistungen, gut für die Schwarzarbeiter.

So entsteht die zementierte Zweidrittel-Gesellschaft. Die neue soziale Frage des 21. Jahrhunderts ist eine »neue unterschätzte Netzwerk-Armut der wirtschaftlich und sozial isolierten Menschen ohne ausreichende Kontakte und Beziehungen und ohne Zugang zu arbeiten, die Erfahrung vermitteln und *learning by doing* erlauben« (Ulrich Pfei-

fer). Die Verketzerung jeder neuen Beweglichkeit als »neoliberal« hält die großen Trends – Individualisierung, Dezentralisierung, Globalisierung – natürlich nicht auf. Aber sie schafft Nischen, die als Schutzräume gut gemeint sind, sich langfristig aber als Fallen erweisen werden. Was wir bräuchten, wäre ein Wirtschaftsstil, der durch mehr Risikobereitschaft, mehr Neigung zur Selbständigkeit, beständige Lernbereitschaft und striktere Kundenorientierung gekennzeichnet wäre. Was wir haben, ist das Ladenschlussgesetz, die zws, ein Staatsanteil von fast 50 %, hohe Verlustverrechnungen im Immobilien-Sektor, die nur Großverdiener zugute kommen, viele unsinnige Erhaltungssubventionen.

3.

Nehmen wir die Steuerpolitik. Die Ökonomie ist sich fast völlig einig, die Abgaben auf das Einkommen müssen runter. Wir nehmen Geringverdienern so viel weg, dass es sich für sie lohnt, sich auf Transfer-Zahlungen und Schwarzarbeit zu konzentrieren. Wir jagen Leute mit gutem Einkommen (aber ohne großes Vermögen), bis sie auf Niedrigsteuer-Länder spekulieren oder sich auf Verlustverrechnungen bei Immobilien verlegen. Aber immer, wenn eine Regierung die Steuersätze senken will, knurren bei uns die üblichen Verdächtigen, als gälte es, jeden, der 200.000 DM verdient, zu beißen. Dann wird der Begriff der »Gerechtigkeit« bemüht, aber in der Primitivform: Die Dicken sollen bluten.

Dabei stehen erstens Informationsmangel Pate. Die Bewunderer steiler Progressionsraten erkennen, dass bei uns die oberen 20 % der Einkommensbezieher *de facto* niedrigere Steuern zahlen als das nächste Fünftel, weil sie so viele (und so viele sinnlose) Abschreibungsmöglichkeiten haben. Es wäre also sinnvoller, gegen die Abschreibungsmöglichkeiten zu protestieren, als gegen die Senkung der Steuersätze.

Zweitens aber existiert programmatische Unklarheit. Unter »Gerechtigkeit« kann man zweierlei verstehen: dass die gesamte Gesellschaft unter möglichst gleichen Bedingun-

gen leben solle oder dass auch die unteren Schichten erträglich versorgt werden müssten. Die deutsche Linke hat sich nicht entschieden, welches dieser Modelle sie verfolgen will. Sie schwankt zwischen der Idee, die glücklich Herausragenden zu ducken und der anderen, es komme vor allem auf die bestmögliche Absicherung der Schwachen an.

Das erste Konzept hat die DDR bis ans bittere Ende durchgespielt. Der stärkere Teil des Bürgertums rannte davon. Die entbürgerte Gesellschaft in Ostdeutschland war ineffizient. Kein einziger deutscher Sozialdemokrat will diesen Weg. Er wäre im Zeitalter der Globalisierung und der offenen Grenzen auch ganz und gar undurchsetzbar. Aber die Gefühlskultur des fragwürdigen Grundwertes »Gleichheit« wirkt fort. Die fortwährende Beschwörung neuer Steuern wirkt als Ressentiment und verschreckt die Kernmilieus der »Neuen Mitte« Schröders.

Ohne die ungestörte und lustvoll gewinnorientierte Arbeit dieser Kernmilieus aber funktioniert das zweite Konzept – der Einschluss (die »inclusion«) des unteren Drittels – nicht. Wenn ein guter Software-Schreiber einschließlich des Solidaritätszuschlages 60 % seines Einkommens beim Fiskus abliefern muss, träumt er von Steuer-Niedrig-Ländern. Zu viele solcher Träume stören das Wachstum. Schröder weiß das und musste doch dem Affen Zucker geben. Aus dieser Zwangslage befreit ihn nur eine offensive programmatische Diskussion nach dem Muster des Godesberger Programms von 1959.

4.

Zu plädieren wäre für einen Wirtschaftsstil der neuen Beweglichkeit, der die Grundwerte der sozialdemokratischen Politik ohne scheinpragmatisches Augenzwinkern wahrt, aber die neue Realität des digitalen Kapitalismus in Rechnung stellt und alte Glaubenssätze überprüft. So wird es nötig sein, Menschen, die von Sozialhilfe leben, Anreize zu bieten, wieder zu arbeiten, auch schlecht bezahlte Arbeit anzunehmen, um sie wieder in den Prozess *learning by doing* einzuklin-

ken. So ist es falsch, es für sozial zu halten, wenn eine Krankenschwester, die niemals eine Universität von innen gesehen hat und sehen wird, dem Kind eines Oberstudienrats eine vollständig gebührenfreie Universitätsausbildung finanziert. So sind konfiskatorische Progressionsraten im Steuerrecht keineswegs automatisch gerecht. So wäre eine Grundsteuerreform viel wichtiger als der ganze soziale Wohnungsbau, der die »Begünstigten« viel zu oft in Quartiere von lämmender und passivierender Atmosphäre verbannt. So könnten wir uns eingestehen, dass wir begabte Inder oder Pakistani oder Russen dringend brauchen, dass wir derzeit aber eine ungeplante Einwanderung akzeptieren, bei der 20 % der Ausländerkinder keinen Hauptschulabschluss und nur 8,5 % das Abitur erreichen. Schon in 15 Jahren werden in den meisten unserer Großstädte die in Deutschland aufgewachsenen Ausländer eine Mehrheit unter den 20- bis 40-Jährigen stellen. Wäre es wirklich unsozial und unbegreiflich, wenn wir eine geplante Einwanderungspolitik, wie z. B. die USA versuchten, statt einer ungeplanten fortzusetzen und so zu tun, als sei das gar keine Einwanderungspolitik?

Nein, die Korrekturen an politischen Konzepten mittlerer Reichweite (also z. B. an der Einwanderungspolitik oder der Förderung des sozialen Wohnungsbaus) ist keineswegs notwendigerweise eine Abkehr von den Grundwerten oder der prinzipiellen Richtung sozialdemokratischer Politik. Man darf sie so allerdings auch nicht verkaufen. Das Schröder-Blair-Hombach-Mandelsson-Papier hat überholte Politikkonzepte gelegentlich mit Häme verabschiedet, statt Trauerarbeit zu leisten. Das war falsch.

Schließlich müssen wir aufpassen, dass den Parteien die »Aura«, wie Walter Benjamin dies nannte, ihre »Einzigkeit«, ihre Einbettung in einen Traditionszusammenhang, der Ausdruck in Kult und Ritual fand, nicht verloren geht. Die bewusste Einbindung in eine Tradition einschließlich all ihrer Fehlschläge war bindungsfähiger als die postmo-

derne Demoskopieorientierung, die uns heute schüttelt. Wer in diesen Jahren ein paar Landtagswahlen verliert, ist schnell ausgewechselt. Loser sind lächerlich. Wer im Spannungsbogen einer historischen Formation kämpfte, behielt auch im Fall des Misserfolgs eine gewisse Würde. Deshalb gilt, die alte Arbeiterbewegung ist im digitalen Kapitalismus zwar tot; man muss ihre Lieder nicht mehr singen. Wer aber die Erinnerung, den historisch-politischen Zusammenhang, die Aura preisgibt, wird zum Spielball von Zeitgeist-Surfern, Befragungs-Fuzzis und Oberpublizisten.

Ralf Dahrendorfs These, die Sozialdemokratie habe ihre Ziele erreicht und sei deshalb zum Tode verurteilt, ist falsch. Wahr aber ist, »das Betriebssystem« der Partei – um einen Begriff aus der Computersprache zu verwenden – bedarf immer wieder der Erneuerung. Willy Brandt hätte mit dem Betriebssystem August Bebels die Wahlen von 1969 und 1972 nicht gewinnen können. Genauso wenig kann Gerhard Schröder die Wahl von 2002 mit dem Betriebssystem Willy Brandts gewinnen. Die notwendige Anpassung der Konzepte mittlerer Reichweite darf aber nicht einhergehen mit der zynischen Preisgabe des historischen Auftrags.

Den Text entnehmen wir einer Rede aus Anlass des hundertjährigen Bestehens der SPD-Fraktion in Bremen.

MICHAEL MÜLLER

Societa civile oder neuer Feudalismus

I.

Gerhard Schröder fordert in seinen Anregungen zur »zivilen Bürgergesellschaft« eine Neubestimmung der Aufgaben von Staat und Gesellschaft, um neue Antworten auf die Hoffnungen und Ängste der Menschen zu finden. Denn mit der globalen Epoche verbinden sich viel Anfang und auch viel Ende – mehr als je zuvor in einer so kurzen Zeit. Grandios wurde dies bereits im Kommunis-

tischen Manifest beschrieben: Alles Heilige wird entweiht, alles Stehende verdampft. An die Stelle der lokalen und nationalen Selbstgenügsamkeit und Abgeschlossenheit tritt ein allseitiger Verkehr, eine allseitige Abhängigkeit. Die Erzeugnisse der einzelnen Länder werden Allgemeingut.

Das ökonomische und technische Umfeld, in dem wir heute leben, stellt bisherige Sicherheiten und gefestigte Biografien radikal in Frage. Wissensgesellschaft und Globalisierung eröffnen neue große Chancen für mehr Wohlstand und Freiheit, aber dafür müssen zuerst ihre Regeln geschrieben werden, um Innovationen mit Gerechtigkeit zu verbinden. So erleben wir tatsächlich einen allgemeinen Zusammenbruch sozialer und politischer Kategorien, die von der Internationalisierung einer höchst ungleichen Welt des Tauschs, nicht nur im Bereich der Produktion, sondern auch des Konsums, der Massenkommunikation und der Kultur, überrannt werden. In der Folge lösen sich soziale und kulturelle Bindungen auf. Alain Touraine spricht vom Verschwinden der Gesellschaft.

Die Globalisierung frisst die Demokratie, die an die Institutionen des Nationalstaates gebunden wurde. Mit den Prozessen der Desintegration tritt an die Stelle des sozialen und politischen Menschen der scheinbar nur noch private Mensch, der umso mehr nach Gemeinschaft und Identität sucht. Aus dem Auseinanderfallen zwischen dem globalisierten Leben und dem Verlust an gesicherter Orientierung andererseits erwächst ein problematisches Spannungsverhältnis, das zum Nährboden für Politikverdrossenheit oder für einen verantwortungslosen Populismus werden kann.

Mehr als hundert Jahre waren unsere Gesellschaften Gesellschaften der Ausbeutung, bis es nach den beiden großen Katastrophen des letzten Jahrhunderts – Weltwirtschaftskrise und Weltkriege – zu einer breiten sozialstaatlichen Verständigung kam. Jetzt fallen sie auseinander und drohen zu



Foto: David Ausserhofer/OKER

**Die Folgen der digitalen Revolution entwerten die alten industriellen Hierarchien.
Die zweite Kapitalisierung der Welt durchdringt alle Bereiche der Gesellschaft.**

Gesellschaften der Ausgrenzung zu werden. Die grundlegende Entwicklungstendenz ist nämlich auf eine internationalisierte Welt gerichtet, deren Mode, Konsum und Lebensstil, deren Ideologie, Meinungsmache und Kultur von einer oberen Mittelklasse geprägt wird, die sich an den schnellen Trends der großen Metropolen orientiert und immer stärker angleicht. In der Folge nehmen die Bindungen an die eigene Gesellschaft ab.

Dagegen ist oder fühlt sich die untere Mittelschicht von sozialem Abstieg bedroht. Sie wird anfällig für einen neuen antieuropäischen, oftmals fremdenfeindlichen Rechtspopulismus, mit dem sie sich ihrerseits von der Welt der Ausgegrenzten abzusetzen sucht. Und mit der Ausgrenzung nimmt der Unterschied zwischen *in* oder *out* zu. Dieser Gegensatz wird zu einer fundamentalen Herausforderung.

Während in den vergangenen Jahrzehnten wirtschaftliches Wachstum die Gesellschaft wie einen Fahrstuhl noch oben gehoben und der Sozialstaat allen mehr Chancen gegeben hat, kommt heute mit der ver-

schärfsten Polarisierung zwischen den Extremen XL und S, zwischen den Superreichen und einer wachsenden Zahl Ausgegrenzter, die soziale Frage in alter und neuer Form zurück. Daraus ergibt sich eine fundamentale Herausforderung, denn Desintegration erzeugt Gewalt – nach Wilhelm Heitmeyer heute härter, schneller und unkalkulierbar.

Damit spitzt sich die Frage zu, was Politik noch zu leisten vermag, um die Gesellschaft zu bewahren und alle ihre Mitglieder an den Chancen der Globalisierung teilhaben zu lassen? Allgemeiner: Wer rettet die Demokratie durch eine integrative Ordnung und ein zeitgerechtes Fortschrittskonzept?

Für die Rückkehr zur Politik muss zuerst der lärmende Widerspruch zwischen Zukunftswissen und Alltagsentscheidungen überwunden werden. Andernfalls werden nur Stimmungen bedient oder Vorurteile geschürt. Die fremdenfeindliche Kampagne der nordrhein-westfälischen CDU ist ein Beispiel für diese Anfälligkeit in schwierigen Umbruchzeiten, die antieuropäischen Paro-

len der CSU gegen die Brüsseler Bürokratie, Türkei und Osterweiterung ein anderes.

II.

Für die Sozialdemokratie ist, so auch der Bundeskanzler, wieder die Zeit, »sich den großen gesellschaftspolitischen Fragen zu stellen, wenn man so will: ein ›gesellschaftliches Projekt‹ zu entwickeln«. Was kann die Politik tun, um erneut die Ökonomie sozial zu bändigen? Schröders Antwort heißt: zivile Bürgergesellschaft, die soziale Integration ermöglicht und ein neues Bürgerbewusstsein entwickelt. Was ist darunter zu verstehen: Die »*societa civile*« im Sinne von Gramsci, die für das Prinzip der Demokratie über die Ökonomie eine kulturelle Hegemonie schafft – als neuer Dritter Weg der europäischen Sozialdemokratie? Oder verbirgt sich dahinter die verbrämte Anpassung an die Zwänge der global entfesselten Ökonomie und eine neue Variante konservativer »Entstaatlichung«?

Entscheidend für die Debatte ist, dass sozialdemokratische Politik eine zeitgerechte Antwort auf die Frage nach der Zukunft unserer Gesellschaft – und damit der sozialen Demokratie – gibt. Europas Zivilisation würde zerbrechen, wenn wir sie allein Markt und Kapital überlassen. Denn das demokratische Erbe kann nur durch soziale Qualitäten bewahrt werden. Und unser Land kann nur dann konkurrenzfähig bleiben, wenn höhere Kosten durch eine höheres Maß an Kreativität, Motivation und Produktivität kompensiert werden. Andernfalls, so fürchtet Ralf Dahrendorf, stehen wir am Beginn eines »autoritären Jahrhunderts«.

Eine düstere Vision »Berge, Meere und Giganten« des allerdings erst 23. Jahrhunderts lieferte auch Alfred Döblin: »Als die Apparate und Erfindungen sich häuften, wuchs zwar der Reichtum, aber man bedurfte immer weniger Menschen«. Und man hatte auch keinen Bedarf mehr an Demokratie: »Es verstrich kein Jahrzehnt, da hatten die Regierungen den Wirtschaftskörpern Platz gemacht. Scheinparlamente ließen neben ihnen her«. Döblin sah in seiner Zukunftsvi-

sion »Berge, Meere und Giganten« eine Rückkehr der Feudalherren heraufziehen.

Das Ende der Arbeitsgesellschaft, die Abdankung des Politischen – das geschieht schon vor unseren Augen. Der Weg vom Telefon über den Computer zum Internet beseitigt Schranken und Grenzen wie keine technische Entwicklung zuvor. Die Folgen der digitalen Revolution entwerten die alten industriellen Hierarchien. Die Zukunft von Unternehmen, Beschäftigung, sozialen Leistungen und Umweltschutz wird Erwartungen unterworfen, den Spekulationen von Analysten. Mehr noch: Die zweite Kapitalisierung der Welt durchdringt alle Bereiche der Gesellschaft und macht sie zu einer gigantischen Optionsmaschine für die globale Ökonomie.

Der virtuelle »Weltstaat« Finanzkapital unterspült die Souveränität des Nationalstaats. Fondsgesellschaften, denen Anleger aus aller Welt ihr Geld zustecken, diktieren einen Weg, auf dem Beschäftigung, soziale Leistungen und ökologische Normen nur als Ballast gesehen werden. Erstmals kommt es zu einer völligen Isolierung der Produktionsfaktoren Kapital, Management und Arbeit. Mit der Globalisierung wird die Wirtschaft anonymer – und mächtiger.

Der Umsatz der 200 größten Unternehmen übertrifft bereits ein Viertel des globalen Bruttosozialprodukts. Bei der Übernahme von Mannesmann durch Vodafone war fast so viel Geld im Spiel wie der gesamte Bundeshaushalt. Das alles gefährdet die erkämpften Möglichkeiten, wirtschaftliche Macht sozial zu bändigen und Verteilungskonflikte zu entschärfen. Das Modell des Rheinischen Kapitalismus ist vorbei. An die Stelle der hart erkämpften Verteilung der Balance zwischen Markt, Staat, Kultur und Gesellschaft tritt tendenziell eine staatenlose, eindimensionale Marktgesellschaft.

Steuert unsere Gesellschaft jetzt, wo die sozialstaatliche Harmonie zu Ende geht, auf einen Zivilisationsbruch zu? Die Vermutung wächst, dass die Zukunft mit dem, was wir als

»europäische Gesellschaft« kennen, wenig Ähnlichkeit haben wird, dass sie mit der Übernahme des angelsächsischen Modells im Spiel des weltweiten Kapitalismus eher mit einer vormodernen Ordnung vergleichbar sein wird als mit den bekannten Institutionen der Demokratie.

Die Globalisierung zeigt: Döblins Warnung vor einem neuen Feudalismus ist nicht ganz falsch. Doch es sind keine barocken Fürsten, sondern die neuen ökonomischen Feudalherren Microsoft oder Sony, Daimler-Chrysler, Time Warner oder AT & T. Und sie beschränken ihre Herrschaft nicht auf ein Gebiet, sondern sie sind überall, um räumliche Unterschiede in den sozialen und rechtlichen Standards auszunutzen und mit erwarteten Veränderungen in der Zeit zu spekulieren.

Dennoch muss die Zukunft nicht dunkel sein. Der nächste Epochenschritt setzt jedoch eine unerhörte Einsicht voraus: Dass es nicht nur eine Wirtschaft und die Einzelnen gibt, sondern dass wir eine zivilierte Gesellschaft bleiben müssen, um für alle Chancen, Freiheit und Wohlstand zu verwirklichen. Wenn wir uns darin verstehen, unsere Gesellschaft sozial und ökologisch zu bewahren, nehmen wir die zentralen Herausforderungen an die Zivilgesellschaft an.

III.

Für Antonio Gramsci ist die *societa civile* Ort und Ziel, um sich gegen die »Zwangsapparate« von Ökonomie und Bürokratie durchzusetzen. Dort muss eine kulturelle Hegemonie erkämpft werden, in den Bildungseinrichtungen und Sozialorganisationen, im Alltagsleben, in den Kirchen, den Gewerkschaften, Vereinen und den Medien, um durch Loyalität und konsensuelle Zustimmung eine Vorherrschaft zu gewinnen. Historisches Vorbild waren ihm die Jakobiner, denen es in der französischen Revolution gelungen war, ein breites anti-feudalistisches Bündnis herzustellen.

Heute wird sich der Kampf gegen die »Refeudalisierung« daran entscheiden, ob wir

gegen die Zwänge der globalen Ökonomie unsere Geschichte von Aufklärung und Fortschritt und der Gestaltung der sozialen Demokratie als unsere verteidigen und wir unser Sozialprodukt als eine kollektive Anstrengung verstehen. Das ist das Gegenteil einer »eindimensionalen Gesellschaft« (Herbert Marcuse), in der das Gewaltmonopol des Staates, die Unabhängigkeit der Wissenschaft, selbst die caritativen Hilfen der Kirchen dem Primat der Wirtschaft unterliegen. Ob nun Polizisten Bettler aus glitzernden Einkaufsmeilen entfernen, die Vervielfältigungsrechte an historischen Kunstwerken an Bill Gates übergehen oder der Chefökonom der Deutschen Bank die Wiederkehr der Familie als emotionalen Halt für Absteiger bejubelt – dies läuft immer auf eine Zementierung ökonomischer Interessen hinaus, in denen Selbstentfaltung, Gerechtigkeit oder soziale Sicherheit nicht für alle gelten.

Kulturelle Hegemonie ist dagegen ein »Prozess intellektueller und moralischer Reformen«, die zu den Veränderungen in den Einstellungen, Gebräuchen, Sitten und Gewohnheiten führen. Die Politik muss hier »führen«, um zu einem hegemonialen Bündnis zu kommen. Ihr steht im Grundsatz nicht frei, sich je nach Belieben für oder gegen Visionen zu entscheiden. Am Beginn einer neuen Epoche ist sie zur Utopie gezwungen.

Die deutsche und europäische Sozialdemokratie muss unter den Bedingungen der Globalisierung zeigen, wie das Spannungsverhältnis zwischen neuer Ökonomie, Sozialstaat und Bewahrung der natürlichen Lebensgrundlagen, zwischen Individualität und Öffentlichkeit, zwischen Gemeinwohl und Eigeninteresse neu justiert werden kann. Die neue Qualität ökonomischer Macht und ökonomischer Verwertungswände macht gesellschaftspolitische Gestaltungsprojekte notwendig. Da ist mehr verlangt als nur wenige Korrekturen. Allein die ökologischen Herausforderungen, die sich mit der realen Gefahr einer weltweiten Klimaänderung zuspitzen werden, machen eine »Natur-

schanke« für das Wachstum von Wirtschaft und Technik deutlich, an der die traditionellen Konzepte scheitern müssen. Und doch ist die Antwort darauf zuerst eine soziale Aufgabe, wie trotz der Wachstumsgrenzen Verteilungsgerechtigkeit möglich wird.

Von daher kann die zivile Bürgergesellschaft nicht der Rückzug aus der Gestaltung der Gesellschaft sein, auch nicht die Demontage der politischen Institutionen im Interesse der Wirtschaft. Im Gegenteil: Die zivile Bürgergesellschaft verlangt mehr Politik und Partizipation, mehr Transparenz und Vielfalt, mehr Chancengleichheit und Gerechtigkeit für alle. Sie macht vor allem den Ausbau von Demokratie und Teilhabe notwendig. Nicht von ungefähr sind das die Eckpunkte im Konzept der Nachhaltigkeit für eine dauerhaft sozial- und umweltverträgliche Entwicklung, die 1992 vom Erdgipfel als neues Fortschrittskonzept ausgerufen wurde.

Die Moderne ist, wie sie Walter Benjamin definierte, die Anerkennung der Freiheit. Der große Reichtum und die hohe Produktivität machen es möglich, dass diese Freiheit allen in der Gesellschaft zugute kommen kann. Die Zivilgesellschaft ist dann der Ort für eine umfassende Verwirklichung von Demokratie für die soziale und ökologische Gestaltung unserer Zukunft.

WOLFGANG MICHAL

Wir wollen ein rot-grünes Bürgertum!

Welches Gesellschaftsbild hat Schröder?

Lassen wir das neueste Produkt aus dem Hause Schröder ganz langsam auf der Zunge zergehen: Zi-vi-le Bür-ge-ge-sell-schaft. Angenehmes Bukett, fruchtig, weich, ohne besonderen Charakter, zum baldigen Abfüllen in Flaschen bestimmt – das frische Gegenbild zum herben Machtstaat: ein blass-grüner rheinischer Kabinetts-Riesling.

Mit dem milden Aroma in der Nase durchforste ich meinen Bücherschrank. Ziehe Fritz Vilmars legendäre zweibändige Luch-

terhandbibel heraus: *Strategien der Demokratisierung* – ach, war das schön! Gerhard Schröder trug noch halblange Haare, einen Rollkragenpulli unter leicht gespanntem Jackett und ein jugendliches Lächeln. Damals, in den goldenen 70ern, hätte die »zivile Bürgergesellschaft« zum Zeitgeist gepasst. Mehr Demokratie wagen! Jaja!!! Zehn Jahre später dann Fritz Vilmars *Perspektiven des Ökosozialismus*.

Es war die Zeit der Reststüfe in den alten Schläuchen der Partei. Ich selbst empfahl der SPD in Rotweinstimmung die Umwandlung der Ortsvereine in Bürgerinitiativen: Weniger Staat, mehr Gesellschaft. Das war vor der Wende. Als *small* noch *beautiful* und die »kleinen Netze« noch nicht *e-commerce*-fähig waren. Als Deutschland noch aus zwei Nischengesellschaften bestand. Zu fragen ist deshalb, ob Schröders »zivile Bürgergesellschaft« nicht eine zu spät nach Berlin verschleppte altrheinische Erfindung ist, eine westdeutsche Spätlese – mit Berliner Ambitionen und Weltmachttitäden nicht zu verschneiden. Unangenehm fällt sofort das dreifach Gemoppelte an Schröders Begrifflichkeit auf: ZIVILE BÜRGERGESELLSCHAFT.

In den Sonntagsreden der Republik sind solche Trinitäten verkraftbar. In der harten politischen Debatte nicht. Da dürfen Begriffe nicht ums Maul geschmiert werden wie Honig, dürfen neue Weine nicht geschönt werden mit Fischleim und Gelatine. »Zivile Bürgergesellschaft« ist ein klebriger, kein sozialwissenschaftlicher Begriff. Zu viel Schwefel im Saft, zu viel Most. Sauberer wäre die Forderung gewesen: Wir wollen ein neues Bürgertum. Kein wilhelminisches – ein rot-grünes! Um das zu erreichen, muss die SPD zerschlagen und von Grund auf neu gebaut werden. Das wäre diskutabel. Es entspräche Schröders faszinierender Fähigkeit zur Revolution von oben.

Penetranter Oberlehrer-Habitus mit repressiver Toleranz

Stattdessen ertränken die Ghostwriter des Kanzlers das Thema in einem ölichen, rich-



Foto: Regina Schmeklen

**Ist Schröders Gesellschaftsbild nur ein Internet-fähiges,
WAP-gebeamtes, CADCAM-gefrästes Computermodell?**

tungslos fließenden Wortungetüm. Böse Zungen werden ohnehin behaupten, es handle sich bei Schröders »Impulsreferat« um eine Creation aus dem Münchner Modehaus BECK. Um intellektuelles Studentenfutter. Frankfurter Köpfe werden Habermas' Diskursethik (mit leichtem Kork) herausschmecken, Niedersachsens Negt'schen Eigensinn. Von allem ist etwas drin, und über allem liegt ein penetranter pädagogischer Eros (»Fördern und fordern!«), der auf trainierte Oberlehrer mit Langzeiterfahrungen in Schulreformprojekten verweist.

Mitgebastelt haben auch die »Liberalsozialisten der linken Mitte«, Siegmar Mosdorf und Hubert Kleinert. Als Chefideologen der Koalition betrachten sie es als ihre vornehmste Aufgabe, des Kanzlers »Mühen der Ebene« mit einem »historischen Projekt« zu veredeln: verdichtet in der Forderung nach »Teilhabe und Teilnahme möglichst aller am Haben und Sagen«. Das ist der Kernsatz des Manifests, die zentrale Aussage. Und es versteht sich, dass Poesie von solcher Schönheit und hoher Tonlage von jedermann gern unterschrieben würde. Das klingt wie die

Präambel der amerikanischen Verfassung oder doch wenigstens des Schlaraffenlandes.

Allein – der euphorische Ton, der das Manifest durchsüßt und durchsoßt, macht misstrauisch. Ein »offener Bürgerstaat«, der seine Bürger unablässig dazu ermuntert, ihre Angelegenheiten selbst zu regeln, der permanent »vortrefflich« und »aktivierend« ist, allseits »Räume öffnet« und Tag für Tag als »Katalysator« für gute Taten wirkt, ein Staat also, der uns zu unerträglichen Musterschülern degradiert, fordert den Trotz der Pennäler der Nation geradezu heraus. In der Schule nannten wir solche Oberlehrer liberale Scheißer. Nicht, weil sie uns schwach oder manisch-depressiv erschienen: Weil sie repressiv tolerant waren. Wenn es nicht lief, wie sie wollten, konnten sie unangenehm autoritär werden (zuletzt fiel mir diese Parallele im Kosovo-Krieg auf). Ihre Überreaktion resultierte aus moralischer Enttäuschung, entscheidend aber war, dass sie mit ihrer voluntaristischen Haltung die realen Verhältnisse verschleierten – uns und sich selbst gegenüber. Schröders Vordenker tun das auch.

Was sie dem Vorsitzenden-Kanzler aufschreiben, klingt so hyper-idealistic, dass man um die Analysefähigkeit der Verfasser fürchten muss. Nachdem »die Arbeiterbewegung« als begriffliche Projektionsfläche ausgedient hat, folgt nun eine ebenso idealistische Zuneigung zum Konstrukt des neuen Bürgertums in Form der Neuen Mitte – einer so randwie reibungslosen Kategorie. In den Sozialkundebüchern meiner Schulzeit erschien diese Mitte als dicke soziologische Zwiebel, mit einer kleinen Ober- und Unterschicht – während die Linke mit Pyramiden (winzige Ober- schicht, breites Proletariat) Stimmung machte.

Welches Gesellschaftsbild hat Schröders *think-tank* im Kopf? Ein internet-fähiges, WAP-gebeamtes, CADCAM-gefrästes Computermodell? Es ist – wie könnte es anders sein – ein elektronisch erzeugtes Fernsehbild, bestehend aus den drei Primärfarben Staat, Markt und Gesellschaft, die durch ihr »Zusammenspiel« eine bunte Mischung erzeugen: jene zivilgesellschaftliche Bürgerlichkeit, deren auffallendstes Merkmal es ist, dass sie in einem völlig herrschafts- und geschichtsfreien Raum existiert.

»Helft Euch gefälligst selbst!«

Staat, Markt und Gesellschaft sind im Denken der neuen Kathedersozialisten homogene, voneinander abgeschlossene Einheiten, die »zivil«, sprich: gepflegt, miteinander umgehen. In dieser schönen Neuen Welt gibt es keine widerstreitenden Interessen; in dieser Welt verfolgt das Einzelinteresse stets das Gemeinwohl, und das Gemeinwohl dient auf unergründliche Weise dem Einzelnen. In dieser Welt wird die Kritische Theorie, die sich die SPD in den letzten 130 Jahren erarbeitet hatte, auf den Kopf gestellt. Das Willy-Brandt-Haus als Berliner Gartenlaube? Nicht einmal der Sozialkundeunterricht meiner Schulzeit hat diesen bürgergesellschaftlichen Kitsch übertroffen. Viel zu selten bricht ein Lichtstrahl Realität in die Zeilen.

Doch solche Stellen offenbaren, dass der Text ganz anders gemeint ist, als er vorgibt.

»Den Bürgern«, heißt es im Überschwang demokratischer Beteiligungsfloskeln, »wird ein Stück Subsidiarität und Selbstbestimmung zurückgegeben«. Die Begründung dafür liest sich nüchterner. Papa Staat »gewährt« Beteiligung nämlich nur, weil er überfordert ist. Um Kosten zu sparen, muss er Aufgaben »delegieren«. Auch Konzernchefs reden hierzulande gern und häufig von Mitverantwortung, wenn sie Mehrarbeit meinen. Der schlanke Staat von Schröders Prägung will nur noch für gleiche Startchancen sorgen. Den Rest sollen die Bürger unter sich ausmachen. Wenn eine Regierung derart frech zur Abnabelung von sich selbst aufruft (»Helft Euch gefälligst selbst!«), sollten die Regierten hellhörig werden. Welches Motiv steckt wohl hinter dem »freiwilligen« Rückzug des Staates?

Und wo, bitte, hat Schröders Koalition die Start-Chancengerechtigkeit realisiert?

Bei der Erhebung der Ökosteuer? Der Subventionierung von Groß-, Klein- und 630-Mark-Unternehmern? Der Demokratisierung des Aktienrechts (Stichwort INFINEON)? Der Versorgung von Staatsbeamten im Vergleich zu Arbeitern? Der betrieblichen Mitbestimmung? Haben Kleinverdiener, Kleinverbraucher, Kleinaktionäre – die ganze Palette der Kleinen Leute – in diesem Land noch eine Lobby? Oder ist es so, dass die berühmte »Teilhabe und Teilnahme möglichst aller am Haben und Sagen« immer ungenierter von einer winzigen Minderheit aus Topmanagern und Spitzopolitikern ausgeübt wird? Dazu schweigt der Kanzler. Erst am Schluss seiner »Anregungen« wird deutlich, was er meint: Dort steht, dass der Staat in den Händen der Rot-Grünen das »unverzichtbare« Instrument darstelle, »die Zivilgesellschaft an die Strukturen der modernen Ökonomie heranzuführen«. Das ist ein Armutszeugnis von entwaffnender Offenheit.

Nicht die Ökonomie soll sich der Gesellschaft, die Gesellschaft soll sich gefälligst der Ökonomie anpassen! So löst sich, mit volkspädagogischem Getöse, das ganze emanzi-

patorische Gerede von ziviler Bürgergesellschaft in Luft auf. Es geht der neuen Mitte nicht um Demokratisierung der Gesellschaft (wofür sie unser ungeteiltes »ziviles« Engagement bekäme), es geht ihr um das »Heraufenführen« der Bürger an die Härten der globalen Ökonomie. Nachdem die östlichen Erziehungsdiktaturen erfolgreich aus den Angeln gehoben sind, bemüht sich der Westen um ein paar neue! Und die demokratische Linke sieht es als wichtigste Aufgabe, dem digitalen Kapitalismus, der sich ohne demokratische Willensbildung entfaltet, gesellschaftliche Akzeptanz zu verschaffen? Das ist – mit Verlaub, Gerhard Schröder – kein emanzipatorischer, sondern ein opportunistischer Gedanke. Mithin Etikettenschwindel.

In Kalifornien, sagen die Experten, ist die Herstellung von leichten Riesling-Weinen inzwischen zu solch klinischer Perfektion getrieben, dass eine der Hauptschwierigkeiten darin besteht, zu entscheiden, welche Art von Wein für welchen Geschmack produziert werden soll. Da diese Weine mit dem Boden, auf dem sie wachsen, und dem Klima, in dem sie gedeihen, nichts mehr zu tun haben, nennt man sie Designerweine: Heute ein Hit, morgen schon out.

Der Kanzler könnte also zufrieden sein, zumal auch der Koalitionspartner ihm keine nennenswerten Schwierigkeiten macht (...)

Doch es fehlt etwas. Auf die Frage, ob die Politik der »neuen Mitte« mehr sei als eine Unterwerfung unter Sachzwänge, hat Schröder bisher noch keine überzeugende Antwort gegeben. Notwendig und heilsam ist die Ernüchterung über die Grenzen der Wirkungskraft von Staat und Politik. Überfällig ist die Rücknahme unhaltbar gewordener Versprechen des Sozialstaates. Zögernd und vorsichtig genug bewegt sich Schröder in diese Richtung (...) Was und wen aber kann Schröder für die Politik der »neuen Mitte« aktivieren?

Die Frage ist drängender geworden, seit die CDU unter dramatischen Umständen den Generationswechsel in ihrer Führung vollzogen hat. Angela Merkel zieht Aufmerksamkeit und Neugier nicht nur deswegen auf sich, weil sie auf so verblüffende Weise an die Spitze ihrer Partei gelangt ist, gegen alle Erwartungen ausgefuchster Parteistrategen. Sie macht Schröder die »neue Mitte« streitig. Und man fragt sich, ob sie diesen Ort mit mehr Leben, Farbe und positiven Emotionen füllen kann als der Kanzler, der gegen Kohl im Wahlkampf einen »Aufbruch« inszenieren konnte, jetzt aber immer öfter als einer wirkt, der nur die Geschäfte verwaltet.

Kläge es nicht unangemessen pathetisch, könnte man sagen, Schröder sei auf der Suche nach dem Geist seiner Politik, nach einer Vision. Es hat nicht an Versuchen gefehlt, das zu finden. Das Schröder-Blair-Papier war ein solcher Versuch, der Aufmerksamkeit erregte, jedoch noch in eine Zeit fiel, da der Macht- und Richtungskampf in der SPD noch nicht entschieden und keineswegs klar war, dass der Kanzler tatsächlich die Richtung der Politik bestimme. Theorie und Praxis waren zu weit voneinander entfernt, als dass Schröder glaubwürdig die Botschaft hätte vermitteln können, der Text sei tatsächlich so etwas wie ein politisches Programm.

Einen weiteren Versuch, seine Politik geistig, man könnte auch sagen: ideologisch auf-

DOKUMENTATION

Die Schröder-Debatte

Eckhard Fuhr (FAZ): Kurzatmige Versuche politischer Identitätsbildung

Gerhard Schröder spürt, dass ihm etwas fehlt. Er sitzt zwar als Kanzler fest im Sattel und die Regierungsmaschine läuft einigermaßen. Handwerkliche Pannen gibt es, doch von einem Erscheinungsbild, das als desolat zu bezeichnen wäre, ist die Regierung weit entfernt. Die SPD präsentiert sich in einer Weise als Kanzlerpartei, wie sie es unter Helmut Schmidt nie getan hat (...)

zurüsten, unternahm Schröder in Europa. Am Fall Haider sollte ein europäischer Paradigmenwechsel vollzogen werden durch die Umdeutung des alten Antifaschismus in eine neue Menschenrechtsreligion, die das christlich-abendländische Europa-Verständnis ersetzen soll. Die europäische Linke sucht so das einstige Muster der ideologischen Hegemonie nach dem Ende des Sozialismus wie der klassischen Sozialdemokratie mit neuem Inhalt zu füllen.

Anfang des Monats nun überraschte Schröder mit einem Beitrag für die Theoriezeitschrift **DIE NEUE GESELLSCHAFT/FRANKFURTER HEFTE**. Quasiregierungsmäßig versucht Schröder in diesem Aufsatz die Begriffe »zivile Bürgergesellschaft« und »Zivilgesellschaft« zu besetzen. Die Debatten, die sich damit verbinden, sind nicht neu, die Signalwirkung der Begriffe ist erprobt: gegen den »Verantwortungsimperialismus« des Staates, für mehr Selbstorganisation der Gesellschaft, Sozialpolitik als Hilfe zur Selbsthilfe. Es kommt Schröder nicht darauf an, originell zu sein. Er möchte dem ebenso harten wie unausweichlichen Geschäft der Sanierung der Staatsfinanzen und der Reform der Sozialsysteme den Glanz eines gesellschaftspolitischen Konzepts verleihen – oder es zumindest mit einem Markenzeichen, einem Logo, versehen.

Diese Versuche politischer Identitätsstiftung wirken etwas kurztatig, als ein Spiel mit Begriffen. Sie erinnern an das Geschäft der Werbeleute, »Marken« zu etablieren. Bis jetzt ist den Kommunikationsspezialisten im Kanzleramt bei der Erneuerung der Marke Schröder noch kein richtiger Durchbruch gelungen. Und auf dem politischen Markt ist mit Frau Merkel eine Konkurrenz erschienen, die zivilgesellschaftliche Erneuerung authentisch verkörpert, ohne einen besonderen Aufwand intellektueller Kosmetik betreiben zu müssen. Ihr Aufstieg war schließlich die Folge des Einsturzes eines erstarrten Machtgefüges. Sie steht, ohne das Wort benutzen zu müssen, mitten in der »neuen Mitte«. Dass er dort plötzlich Gesellschaft hat, macht Schröder nervös.

Aus: »Die Marke Schröder«, FAZ, 19.4.2000.

DER SPIEGEL: Bewegen und Ordnen

(...) Für Kanzler Schröder und seine Männer ist »Kultur« eine hoch dynamische Angelegenheit – ein permanenter Diskurs, der einen Zusammenhang schafft zwischen Kunst und Lebensgefühl, wissenschaftlichem Elan und wirtschaftlicher Prosperität, Politik und der sonstigen Elite. In einem Aufsatz der »Neuen Gesellschaft« beruft sich Schröder auf den französischen Soziologen Alain Touraine und seine Einschätzung, dass wir in einer Gesellschaft leben, »in der das Bewegen so wichtig geworden ist wie das Ordnen.«

Aus: »Mehltau auf Magic City«,

DER SPIEGEL, Nr. 15, 10. April 2000.

Werner A. Perger (DIE ZEIT):

Jetzt muss die Debatte folgen

(...) Die Mediendemokratie hat ihre eigenen Gesetze. Schröder selbst hat ihnen zu besonderer Geltung verholfen. Dem Risiko, dass Alter, Geschlecht und Herkunft im Ernstfall mehr zählen als die sachliche Leistung, kann es nur mit Politik begegnen. Dazu braucht es mehr als gute Medienarbeit und mehr als fleißige Modernisierung am Detail. Noch hat Schröder für seine Regierung die notwendige gemeinsame Botschaft nicht definiert: Was heißt für ihn »modern«? Wofür steht rot-grün? Ein einzelner Aufsatz über die *Zivile Bürgergesellschaft* ist zu wenig. Jetzt muss die Debatte folgen und der Kanzler und Parteivorsitzende sich an ihr beteiligen. Statt darin eine Gefahr zu sehen. Denn das, mit Verlaub, erinnert doch stark an Kohl. Der war immer misstrauisch und nervös. Das war die Basis für sein System.

Aus: »Angst vor Angela M.?«,

DIE ZEIT, 19. April 2000.

Christoph Schwennicke (Süddeutsche Zeitung): Zielstrebigkeit als Herzensanliegen

(...) Ein Design von Einheitlichkeit und Zielstrebigkeit ist ein Herzensanliegen des Kanzlers. Direkt nach dem Regierungswechsel konnte das nicht gelingen, weil sich aus den so grundverschiedenen Ansätzen Gerhard Schrö-

ders und Oskar Lafontaines kein stimmiges Ganzes formen ließ, auch nicht mit aller Gewalt der Kommunikation. Lafontaine ist ein Jahr weg, und ein erster öffentlicher Hinweis, dass der Kanzler die Arbeit seiner Regierung nun unter ein nachgereichtes Motto stellen will, war vor kurzem sein Aufsatz in den Frankfurter Heften »Die zivile Bürgergesellschaft«.

Aus: »Eine Regierung als Gesamtkunstwerk«, Süddeutsche Zeitung, 12. April 2000.

Briefe an die SZ: Mehr praktische Ansätze

Die Diskussion über eine »zivile Bürgergesellschaft« ist wichtig, und deshalb gebührt dem Autor, Gerhard Schröder, Dank für seine öffentlichen Anregungen. In diesem Zusammenhang ist es aber schade, dass kein Bezug auf praktische Ansätze zur Umsetzung einer »zivilen Bürgergesellschaft« hergestellt wird. Dies ist umso bedauerlicher, weil sie von dem Autor, als er noch Ministerpräsident war, in Niedersachsen mitinitiiert worden sind (...)

Ende 1997 wurde eine repräsentative Befragung unter der Wahlbevölkerung Niedersachsens zur Neubestimmung der Schnittstelle zwischen Staat und Gesellschaft durchgeführt (...) In einem zweiten Schritt wurden (...) 1999 (...) regionale Diskurse durchgeführt. (...) So wird es am ehesten gelingen, dass sich die Bürgerinnen und Bürger in einer »zivilen Gesellschaft« noch stärker engagieren werden, mit der Folge, dass sich der Staat guten Gewissens auf seine »Kernaufgaben« beschränken kann.

Thomas Böhme, Hannover

Aus: »Das Wahlvolk ist zur Mitarbeit bereit«, Süddeutsche Zeitung, 18. April 2000.

Thomas Hanke

(Financial Times Deutschland):

Der bislang geschickteste Reformversuch

Vom gnadenlosen Pragmatiker zum Visionär. Mit seinem gerade veröffentlichten Plädoyer »Die zivile Bürgergesellschaft« setzt sich Kanzler Schröder für die Erneuerung der Zivil-

gesellschaft ein – und gegen den »Verantwortungs-Imperialismus« des Staates.

Die harschen Worte sind kein Zufall: Schröders Artikel ist Teil eines systematischen Versuchs des Kanzleramts, den anstehenden Reformen der Sozialsysteme visionären Glanz zu verleihen. Doch der Kanzler droht bei seinem läblichen Vorstoß eines zu übersehen: Wer die Politik von seinen Pflichten befreien will, muss auch auf Rechte verzichten. (...)

Sein Text zur Zivilgesellschaft ist bei allen Schwächen der bislang geschickteste Versuch, eine politische Mehrheit für Reformen zusammen zu bringen.

Aus: »Schröder spielt mit vollem Risiko«, Financial Times Deutschland, 21. März 2000.

Tissy Bruns (Der Tagesspiegel): Was ist denn in Zukunft sozialdemokratisch?

(...) Im Berliner Willy-Brandt-Haus nichts Neues, befand Meinhard Miegel, ein konservativer Theoretiker des Sozialstaats (...) Denn Gerechtigkeit, pragmatisch angereichert mit einem Schuss Neoliberalismus, das ergibt noch kein neues sozialdemokratisches Programm. Eher nährt es wieder den alten Verdacht, dass die an die Macht gekommenen Sozialdemokraten nur eine jüngere, etwas schnittigere Variante der konservativen Politik verkörpern, die bis in die 90er Jahre prägend war ...

Die Gerechtigkeits-Veranstaltung mit Clement (am 26. April im Willy-Brandt-Haus, Red.) gilt als Eröffnung der SPD-Programmdebatte. Das löst nicht weniger Unbehagen aus als die Vorstellung einer jahrelang über Programme gebeugten SPD: Sie neigt dazu, kein Ende zu finden, wenn die Lust an Papieren und Theorien über sie kommt.

In diesem Fall ist schon der Anfang eine endlose Angelegenheit. Denn eröffnet ist die Diskussion ja längst. Formal durch den Parteitag im letzten Dezember. *De facto* durch den Parteivorsitzenden, der gleich zwei Anläufe genommen hat: den ersten mit dem Schröder-Blair-Papier als Provokation der SPD, so wie es eben die Art des früheren Gerhard Schröder

war. Und den zweiten auf leisen Sohlen, mit einem Aufsatz, der die SPD einlädt, über die »Zivilgesellschaft« nachzudenken, so wie es die Art des neuen Schröder ist.

Die Provokation war ein Fehlschlag, den alle am liebsten vergessen möchten. Die Zivilgesellschaft hat die SPD nicht verschreckt, aber sonderlich erwärmt fühlt sie sich offenbar auch nicht. Kein Wunder. Denn der Begriff entspringt reiner Verlegenheit. Bis in die letzte Faser spüren die sozialdemokratischen Pragmatiker, dass ihr Ansatz nicht mehr reicht. Das Über-Ideologische, die oppositionelle Neigung, Theorien über die Wirklichkeit und die Lust am Rechthaben über politisches Handeln zu stellen – das alles musste die SPD überwinden, um wieder regieren zu können. Nun heißt der Kanzler Schröder und stellt fest, dass der Mensch nicht vom Brot allein lebt.

Gerechtigkeit plus, so lautet bisher die klamme Antwort, mehr schlecht als recht. Plus Modernisierung, plus Leistung, plus Internet – und was das ir-Vokabular noch so hergeben mag. Je nach Standort betont man den alten Wert, dann gilt man als links oder Traditionalist. Oder die neue Ergänzung, dann ist man Modernisierer.

Doch das taugte wirklich nur solange, wie zwei Köpfe an der Spitze der SPD standen. Mit der Lafontaine-Schröder-Konstellation sind diese Fronten zusammengebrochen und einer allgemeinen Hilflosigkeit gewichen: Was ist denn in Zukunft sozialdemokratisch?

Aus: *Der Tagesspiegel*, 27. April 2000.

Miguel Sanches (Neue Ruhrzeitung):

Von der Sehnsucht nach Werten

(...) Schröder hat einen betont rationalen Zugang zur Politik. Praktische Lösungen für Probleme stehen bei ihm im Vordergrund. Es ist eine Ironie, von ihm geistig-moralische Führung anzumahnen; seit Kohl ist der Anspruch diskreditiert. Aber es scheint, dass der Kanzler die Aufgabe erkannt, die Herausforderung aufgenommen hat. Wer seinen

Aufsatz zur »Zivilgesellschaft« nachliest, spürt das Bemühen und vor allem – einen Stilwechsel«.

Er definiert die Vorstellungen von der künftigen Gesellschaft vom Individuum her. Mehr Eigenverantwortung wünscht er sich, die aber »zu Gemeinwohl« führt. Das wäre für seine SPD ein neuer Ansatz, nämlich weg von der Verteilungsgerechtigkeit, hin zu mehr Teilhabe, gleicher Zugang. Das kann man dann für viele Bereiche deklinieren; von »Schulen ans Netz« bis zur Beteiligung der Mitarbeiter am Produktivkapital. Findet die SPD aus dem programmatischen Schneckenhaus heraus?

Die Suche nach Orientierung röhrt aus der Arbeitswelt. Die Regel werden cher gebrochene Erwerbsbiographien, immer weniger stiftet Arbeit Identität, immer weniger kommt es in der globalisierten Weltwirtschaft auf Individuum und Heimat an. Wir werden unser Zusammenleben neu ordnen müssen – und dem entfesselten Kapitalismus Regeln vorsezten.

Aus: »Schröders Zivilgesellschaft«,
NRZ, 22. April 2000.

Associated Press:

CSU-Vize Stamm begrüßt Äußerungen von Bundeskanzler Schröder

Die stellvertretende CSU-Vorsitzende Barbara Stamm hat Äußerungen von Bundeskanzler Gerhard Schröder zur Gesundheitspolitik begrüßt. »Wenn Schröder die SPD auf seinen Kurs bringt, sind wir zu Verhandlungen bereit«, sagte die bayerische Gesundheitsministerin. In der Zeitschrift »Die neue Gesellschaft / Frankfurter Hefte« (Aprilausgabe) hatte sich der SPD-Vorsitzende für mehr Selbstbestimmung der Bürger ausgesprochen. »Ein Gesundheitswesen ohne finanzielle, geistige und in diesem Fall buchstäblich körperliche Selbstbeteiligung der Versicherten« sei nicht mehr vorstellbar. Dieser Satz könnte genauso gut von der Union stammen, sagte die CSU-Politikerin (...)

Aus: *Associated Press*, 27. April 2000.

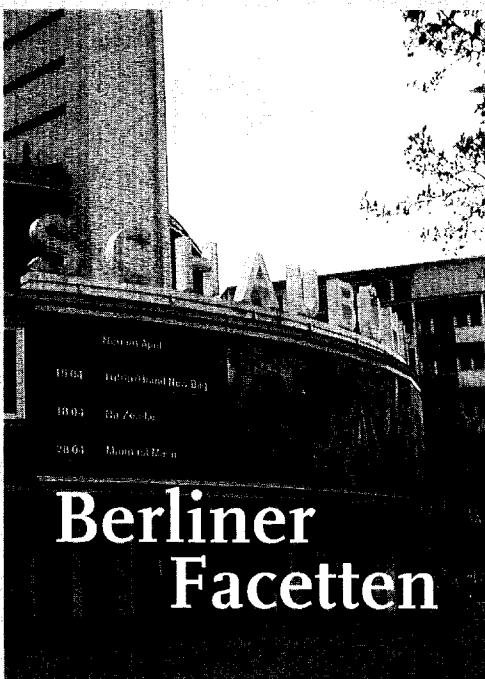
Die Reportage

HANS VON SEGGERN
UND HENRIKE THOMSEN
**Heiter die Kunst,
fröhlich die Wissenschaft**
Berliner Kulturpolitik
in der Sackgasse

Er muss entweder fahrlässig sein oder ein Mann von ungeheurem Mut, der neue Berliner Senator für Wissenschaft und Kultur. Keine Forderungen hat der frühere Direktor des DEUTSCHEN HISTORISCHEN MUSEUMS und Feuilleton-Chef der Tageszeitung DIE WELT Christoph Stölzl (früher FDP, jetzt parteilos) vor seiner Vereidigung am 13. April dieses Jahres gestellt. Dabei klafft im Berliner Kulturaushalt ein 70-Millionen-Loch, das seine Vorgängerin Christa Thoben (CDU) nach nur hundert Tagen die Flucht antreten ließ.

Im Unterschied zu Thoben ist Stölzl in der Kulturszene natürlich kein Unbekannter. Kritische Historiker bemängeln den eingeschränkten nationalen Ansatz des Kohl-Lieblings, das populistisch Konservative. Die »Unverzichtbarkeit des Nationalen« nennt es Stölzl diplomatisch. Und eine ehemalige Studentin machte ihn zur Hauptfigur eines dekuvierenden Campus-Romans.

Doch das Echo auf die Nominierung des Repräsentanten soignerter Bürgerlichkeit in Berlin ist geradezu euphorisch: Nach dem Scheitern der schmallippigen, kulturfernen Thoben komme nun jemand, der zwar auch nicht wisse, wie man das Geld zusammenhält, aber dafür umso besser, wie man es anderen Leuten für seine Zwecke aus den Taschen zieht. Stölzl als Sunnyboy, der es mit Friedrich Schiller hält und Nietzsche: Heiter sei die Kunst, fröhlich die Wissenschaft. Den Betroffenen in Forschung und Kultur freilich ist die Heiterkeit in den vielen zurückliegenden Spar-Jahren vergangen. Das Lavieren der Berliner Politik angesichts des



Berliner Facetten

Foto: Peter Uhlig

Haushaltsloches hat schon groteske Züge. Vieles spricht für eine besonders fragwürdige Rolle des Regierenden Bürgermeisters selber. Vor dem Plenum des Berliner Abgeordnetenhaus spricht Eberhard Diepgen im Affekt und offensichtlich abweichend von seinem Manuskript in despektierlichem Ton von den Intendanten der Berliner Bühnen, die er nicht mehr »durchzufüttern« bereit sei. Nicht minder erschreckend die Drohung Diepgens, man müsse sich auf weitere Theater-Schließungen gefasst machen. Und Klaus Landowsky, CDU-Fraktionsvorsitzender und seit langem Diepgens Drahtzieher, assistiert: Die schlechten Berliner Theater machten sich durch ausbleibende Besucher überflüssig. Ein absurdes Argument angesichts der Tatsache, dass die von ihm geschmähten Institutionen gegenwärtig einen ausgesprochenen Besucheransturm erleben, wie etwa der konservative focus penibel vorrechnet.

Experten fällt es ohnehin nicht schwer, Diepgen vorzuführen, dass die Berliner Theaterlandschaft keinen weiteren Kahlschlag verträgt. Drei große Bühnen wurden schon geschlossen: das SCHILLER-THEATER, DIE FREIE

VOLKSBÜHNE und das **METROPOL-THEATER**. Zwar mag es kleinere Häuser geben, die für das kulturelle Leben der Stadt entbehrlich sind, doch deren Schließung wäre nur ein Tropfen auf den heißen Stein.

In der kulturpolitischen Krise haben Dehnvokabeln Konjunktur. So gebar die Debatte des ersten Quartals dieses Jahres eine besonders bemerkenswerte Stilblüte: die »Bemühenszusage«. Das Kompositum hielt Thoben Anfang März dem langjährigen **SCHAUBÜHNEN**-Geschäftsführer Jürgen Schitthelm entgegen, der sich um das mit komplett ausgetauschtem künstlerischen Personal wieder eröffnete Haus bereits nach wenigen Monaten erneut Existenzsorgen machen muss. Die **SCHAUBÜHNE** ist von der kulturpolitischen Doppelmoral Berlins besonders bitter getroffen. Zwar setzt man in die neu eingesetzten Intendanten Thomas Ostermaier und Sasha Waltz höchste Erwartungen, aber es fehlen 2,8 Millionen Mark in ihrem Etat. Thobens Vorgänger Peter Radunski (CDU) hatte sie großspurig versprochen, nun fühlt sich das Land Berlin nicht mehr daran gebunden. Was kann Schitthelm, der die Nominierung Stölzls mit empfahl, von dem neuen Senator erwarten? Auf das unnachgiebige Fragen, was im nächsten halben Jahr auf die **SCHAUBÜHNE** zukomme, antwortet Stölzl mit einer Wette. Eine Kiste Champagner gebe er darauf, dass man Silvester in der **SCHAUBÜHNE** feiern könne: Christoph Stölzl ersetzt die »Bemühenszusage« durch eine »Lebensvermutung«.

Die Berliner Bühnen stehen im Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Doch schon rufen die Präsidenten der drei großen Berliner Universitäten Stölzl zu, er sei »nicht nur Kultursenator«. Um bei den rigiden Einschnitten in den Haushalt der Universitäten und einem ständig schrumpfenden Haushalt einen Rest von Planungssicherheit zu gewähren, wurden 1997 von Peter Radunski (CDU), Senator von 1996–1999, die sogenannten Hochschulverträge eingeführt: Die Universitäten sollten im Voraus wissen, wie

viel sie zu sparen haben. Und sie sollten nicht befürchten müssen, dass es noch schlimmer kommt. Doch seit der letzten Berliner Haushaltsdebatte ist das Papier für das Jahr 2000 schon wieder Makulatur: Das Parlament beschloss, dass in diesem Jahr zusätzlich 95 Millionen eingespart werden müssen.

Und auch in des Senators eigenem Haus, der »Senatsverwaltung für Kultur, Wissenschaft und Forschung«, wurde im Laufe der letzten fünf Jahre etwa ein Drittel der Stellen abgebaut. Dennoch stehen auch hier weitere Kürzungen und eine Reform der Verwaltung an, die spätestens durch den Rücktritt von Christa Thoben im schlechten Licht der Intransparenz und Ineffizienz steht. »Eine Reform wird zu den vordringlichen Aufgaben für Christoph Stölzl gehören«, sagt der Chef der **BERLINER FESTSPIELE**, Ulrich Eckhardt. »Wenn er das nicht schafft, ist er schon gescheitert.« Ein mahnendes Beispiel: Als Christa Thoben Anfang März ankündigte, dem **BERLINER ENSEMBLE** 2,4 Millionen Mark wegzunehmen und dem **DEUTSCHEN THEATER** zukommen zu lassen, musste sie sich von einem echauffierten Claus Peymann über die Rechtswidrigkeit ihres Vorstoßes belehren lassen. Von außen liest sich die Geschichte als ein verzweifelter Versuch, die Deckungslücken im Kulturhaushalt zu stopfen. Doch mit Blick auf die Verwaltung läuft es auf ein schlechtes Briefing heraus, das den zuständigen Referenten nicht hätte passieren dürfen. »Frau Thoben hat ganz offen gesagt, dass es Schwierigkeiten in der Kommunikation mit ihren Mitarbeitern gab«, sagt Eckhardt. »Sie fühlte sich im Stich gelassen und nicht mit der nötigen Offenheit behandelt.« Die Grüne Kulturpolitikerin Alice Ströver pflichtet bei: »Es gab Gegenwind aus der eigenen Partei, aber auch mit der Verwaltung hat es nicht gut geklappt. Frau Thoben wirkte auf ganz merkwürdige Weise eingeschüchtert. Bei dieser gestandenen Frau hat einen das schon gewundert.«

Die Senatsverwaltung für Kultur erlebte nach der Wiedervereinigung eine massive

Ausweitung ihrer Zuständigkeit. Durch die plötzlich doppelt und dreifach vorhandenen Institutionen und Szenen explodierte die Klientel. 1996 wurde das Ressort für Wissenschaft und Forschung integriert, was die Strukturen noch einmal vergröberte. Auch für Kirchen ist eine der sechs Abteilungen im Haus in der Brunnenstraße zuständig. Insgesamt gibt es 281 Mitarbeiter. Das sind 129 weniger als vor fünf Jahren, aber immer noch zu viele, sagen die Kritiker. »Ich will es nicht pauschal Wildwuchs nennen, aber es gibt doch gewisse hypertrophe Ausbildungen«, sagt Ulrich Eckhardt. Selbst für ihn, der seit Jahren als »heimlicher Kultursenator« gilt, seien die Strukturen undurchsichtig. Die Verantwortung dafür weisen jedoch er und alle anderen klar zurück in die Politik. »Die Leute sind immer nur so gut wie ihre Führung«, so Eckhardt. Eine ständige Verunsicherung über den Kurs an der Spitze führt auch zu Fehlern bei den weisungsgebundenen Beamten. Unter Peter Radunski sei die Verwaltung führungslos vor sich hin getrieben, sagt Sabine Weißler vom RAT FÜR DIE KÜNSTE. Thoben scheint immerhin Anregungen für Reformen gegeben zu haben. So gibt es Pläne, maßgebliche Abteilungen des Hauses neu zu strukturieren. Sie ähneln den Grundsätzen für eine senatsübergreifende Verwaltungsreform, die 1999 beschlossen wurden.

Daran könnte Stölzl anknüpfen, auch wenn er laut Sabine Weißler »mit Verwaltung nichts am Hut« hat. Die einzelnen Abteilungen, die künftig als »Leistungs- und Verantwortungszentren« firmieren, sollen die Möglichkeit bekommen, »Service-Einheiten« mit der Erledigung minderer Aufgaben zu betrauen. Die ganze betriebswirtschaftliche Trickkiste des Firmenmanagements soll in der Behörde zum Einsatz kommen: Leistungsevaluierung, Zielvereinbarungen und -kontrolle, regelmäßiges Feed-Back zwischen Mitarbeitern und Chef. – Ob sie will oder nicht, die Kulturverwaltung wird sich bewegen müssen. Noch erhält Stölzl Rückenwind aus der Kultur-

szene und aus dem Senat. Er sollte die Gunst der Stunde nutzen.

Zu seinem Amtsantritt veranstaltet der frisch gebackene Senator eine Pressekonferenz. Die bohrenden Fragen der Journalisten nach dem Geld beantwortet der optimistisch sich gebende Stölzl elegant mit einer Luxus-Metapher: »ROLLS ROYCE warb früher für seine Automobile ohne PS-Angaben. Statt dessen hieß es schlicht: ›Unsere Automobile sind ausreichend motorisiert!‹« Ein fatales Bild: Nur durch Verkauf konnte die vom Konkurs bedrohte Nobelmarke gerettet werden.

Lokalitäten

CHRISTINE DAUM Revolution in der Neuen Mitte? Das »Arsenal« ist umgezogen

Zur BERLINALE im Februar 2000 zogen die FREUNDE DER DEUTSCHEN KINEMATHEK im dreißigsten Jahr ihres Bestehens ins neue Berliner Filmhaus, das kurz zuvor im SONY-CENTER am Potsdamer Platz eröffnet wurde. Im sechsten Stock befinden sich die Büros der FREUNDE. Im zweiten Untergeschoss wird das ARSENAL ab Anfang Juni zwei neue Kinos mit 90 und 250 Plätzen betreiben. Wir sprachen mit Erika Gregor, Ulrich Gregor und Stefanie Schulte-Strathaus über den Umzug, Neubeginn und Geschichte eines traditionsreichen Kinos.

Die FREUNDE DER DEUTSCHEN KINEMATHEK wollen die Chance zur Erneuerung nutzen, die der Umzug an den Potsdamer Platz bietet. Sie setzen aber auch auf Kontinuität. So werden sie weiterhin unabhängiges Kino präsentieren, das für Experimente offen ist und Debatten auslösen soll. Sowohl in den neuen ARSENAL-Kinos wie auf der BERLINALE wird es zu sehen sein, denn Ulrich Gregor leitet auch die von den FREUNDEN betreute BER-

LINALE-Sektion, das internationale **FORUM DES JUNGEN FILMS**.

Seit 1963 gibt es den Verein **FREUNDE DER DEUTSCHEN KINEMATHEK**. Ursprünglich sollte er die Bestände der kurz zuvor eingerichteten **KINEMATHEK** auswerten. Erika und Ulrich Gregor stehen dem Verein seit seiner Gründung vor. 1970 haben die **FREUNDE** ein eigenes Kino eröffnet. Es wurde programmatisch nach dem 1929 entstandenen Revolutionsfilm *Arsenal* von Alexander Dowshenko benannt. Selbst wenn er in die neue Berliner Mitte nicht passen mag, die **FREUNDE** wollen auch dort ihrem Anspruch auf gesellschaftliche Veränderungen treu bleiben, den sie einst im Namen ihres Kinos **ARSENAL** formulierten. Für Ulrich Gregor ist es ein Aufklärungsanspruch. Mit filmischen Entdeckungen, die der Öffentlichkeit sonst verborgen blieben, soll die Kinogeschichte permanent umgeschrieben werden. Kinopolitik bei den **FREUNDEN DER DEUTSCHEN KINEMATHEK** heißt immer auch, Politik mit engagierten Filmen ins Kino zu bringen.

Die von den passionierten Cineasten veranstalteten Filmvorführungen, Vorträge und Gespräche loten das gesamte ästhetische Spektrum des Mediums Film aus. Dazu gehören historische Programme, fremde und entlegene Kinematografien und künstlerische Experimente. Das **ARSENAL** versteht sich, so Stefanie Schulte-Strathaus, eine der drei Kinoleiterinnen, als lebendiges Museum einer Filmgeschichte, die sich im Prozess befindet, welcher durch die Vorführung und Wahrnehmung von Filmen geschieht. In den dreißig Jahren seiner Arbeit ist das **ARSENAL** mit dieser Ambition eines »work in progress« zur wichtigsten cineastischen Institution in Berlin geworden. Erika und Ulrich Gregor können unzählige Anekdoten über Filmemacher erzählen, deren Arbeiten die **FREUNDE** zuerst in Deutschland zeigten. Sie setzten sich für die französische *Nouvelle Vague* und den *Neuen Deutschen Film* ein, brachten das Kino der kommunistischen Staaten Osteuropas in die Bundesrepublik. Sie machten das

deutsche und das **BERLINALE**-Publikum mit japanischen Filmen und dem Hongkong-Kino vertraut. Viele Ästhetiken, deren Kenntnis heute selbstverständlich erscheint, haben die **FREUNDE DER DEUTSCHEN KINEMATHEK** als erste in der Bundesrepublik publik gemacht.

In der neuen Umgebung am Potsdamer Platz treffen die **FREUNDE** auf ein kommerziell geprägtes Ambiente mit Shopping Malls und Vergnügungskultur. Das **ARSENAL**, der kleinste Mieter im neuen Filmhaus, wird sich mit den beiden neuen Kinos zwar vergrößern. Im Vergleich zu den Multiplexen mit ihrem Blockbuster-Angebot bleibt es aber trotz zweier Vorführsäle ein Zwerg. Zwei Multiplex-Kinos gibt es am Potsdamer Platz und zwei 1-Max-Kinos. Die Riesenleinwand im **SONY-CENTER** zeigt auch 3-D-Projektionen. Ein größerer Gegensatz der Kinokultur ist kaum vorstellbar als die gigantischen Entertainment-Kinos in zentraler Lage und ein kleines Kino wie das alte **ARSENAL** in einer Seitenstraße in Berlin Schöneberg. Die **FREUNDE DER DEUTSCHEN KINEMATHEK** befürchten aber nicht, in der neuen Umgebung am Potsdamer Platz unterzugehen. Es gibt viele nicht-kommerzielle Kulturangebote in der Nähe, an denen sie sich orientieren. Kaum entfernt vom Filmhaus befinden sich in der Nachbarschaft die **STAATSBIBLIOTHEK**, das **KULTURFORUM** mit seinen Museen und die **PHILHARMONIE**. Mit Letzterer arbeiten die **FREUNDE** seit vielen Jahren zusammen. Im Filmhaus siedeln sich außerdem mehrere Institutionen an, die sich als Partner für mögliche Kooperationen anbieten. Die **STIFTUNG DER DEUTSCHEN KINEMATHEK** und deren Filmuseum mit der Marlene-Dietrich-Sammlung ziehen ins **SONY-CENTER**, wie auch die **DEUTSCHE FILM- UND FERNSEHAKADEMIE** und die **MEDIATHEK** des deutschen Fernsehens.

Viele Jahre hat es gedauert, bis überhaupt ein Berliner Filmhaus zustande kam. Erika und Ulrich Gregor sind schon lange im Geschäft. Sie kennen immer noch eine Geschichte vor der Geschichte. Die **FREUNDE**



Foto: Marian Stefanowski

Im Aufbruch: Das alte »Arsenal« in Schöneberg

DER DEUTSCHEN KINEMATHEK wollten bereits in den 60ern und frühen 70er Jahren ein Filmhaus einrichten. Sie hatten es auf die einzige repräsentative Kinoarchitektur in Berlin abgesehen, den MENDELSSOHN-BAU am Kurfürstendamm. Den Zuschlag für die SCHAUBÜHNE aber erhielt damals Peter Stein mit seinem THEATER AM HALLESCHEN UFER.

In den 80er Jahren war das Begehr nach einem Berliner Filmhaus noch immer eine Initiative von »unten«, zu der sich verschiedene Institutionen und Vereine zusammengefunden hatten. Kurz vor der Wende war es beschlossen. Das Filmhaus sollte im alten HOTEL ESPLANADE in der Nähe des Potsdamer Platzes gebaut werden. Einst teilte den Platz die Berliner Mauer. Das traditionsreiche ESPLANADE war zu jener Zeit kaum mehr als eine für Filmaufnahmen beliebte Ruine in innerstädtischer Einöde. Nach dem Fall der Mauer stand das ESPLANADE plötzlich wieder mitten in der Stadt, auf ihrem wertvollsten Boden. Der damals rot-grüne Senat verkaufte den Potsdamer Platz nicht unbedingt mit Höchstgewinnen an das Kapital, das ihn von der Sorge für eine Stadtplanung mitten in

der vereinten City befreite. Das Filmhaus war nicht aufgehoben, nur aufgeschoben. SONY übernahm die Regie für eine Neuplanung.

Jetzt ist das Filmhaus fast fertig, und der Umzug erlaubt den FREUNDEN, ihre Aktivitäten zu erweitern. Es fehlt nicht an Ideen für ein attraktives Programm. Mit den beiden neuen ARSENAL-Kinos können die FREUNDE ihrem Publikum Wünsche erfüllen, die bisher aus Platzgründen scheiterten. Länderretrospektiven und unbekannte, nationale Kinematografien können umfangreicher vorgestellt werden. Fortgesetzt werden soll die 1995, im Jubiläumsjahr des Kinos, begonnene Anthologie der Kinogeschichte. Sie wuchs von 100 bemerkenswerten Streifen der Filmgeschichte auf erst 150, dann 175, schließlich auf fast 365 Filme an (so viele Filme wie das Jahr Tage hat!).

Die FREUNDE besitzen in ihrem Archiv auch einige überlange Filme. Ulrich Gregor möchte sie in den neuen Kinos am Potsdamer Platz häufiger präsentieren, etwa das mit allen Teilen sechzehn Stunden lange Opus *Out One: Spectre* (Frankreich 1971) von Jacques Rivette. Erika Gregor träumt von Film-

nächsten. Man geht noch im Hellen ins Kino und kommt am nächsten Tag, wenn es wieder hell ist, heraus. Dazwischen hat man eine ganze Nacht lang etwas Wunderbares erlebt. Die Vergrößerung des ARSENALS wirkt sich aber auch positiv auf den Alltag der FREUNDE DER DEUTSCHEN KINEMATHEK aus. Mit zwei Kinos lässt sich das Monatsprogramm des ARSENALS entzerren. Der Terminmangel führte mitunter dazu, zwei Veranstaltungen mit hochkarätigen Gästen auf einen Abend zu legen. Das wird in Zukunft nicht mehr notwendig sein. Filme, die oft mit großem organisatorischen und finanziellen Aufwand besorgt werden, können mit zwei Kinos nicht mehr nur einmal, sondern mehrmals vorgeführt werden. Die beiden verschiedenen großen Säle erlauben auch, besser zu differenzieren zwischen Filmen, die ein größeres Publikum erreichen, und »Zielgruppenprogrammen«, die nur wenige Zuschauer anziehen.

Dürfte Ulrich Gregor im neuen ARSENAL einen Traum verwirklichen, wäre sein Lieblingsprojekt, den *Magellan-Zyklus* von Hollis Frampton vorzustellen. In seiner Gesamtheit würde ihn wahrscheinlich kein Zuschauer sehen können. Der amerikanische Experimentalfilmer wollte eine Jahresserie von Filmen drehen. An jedem Tag eines Jahres sollte man einen Film vorführen können. Die FREUNDE besitzen Filme des Projekts, das Frampton vor seinem Tod nicht beendet hat. Wenn man alle Filme hätte, blieben einige Tage des Jahres offen. Trotzdem dürfte das Mammutprojekt, käme es zustande, eine Probe auf die Ausdauer der überzeugtesten Cineasten sein.

Geplant sind im ARSENAL am Potsdamer Platz aber auch Programme, die sich direkt auf den neuen Standort in der Berliner Mitte beziehen: eine Reihe mit Filmen, die zu verschiedenen Zeiten in der Stadt spielen. Oder noch dokumentarischer: Draußen besichtigt man den Potsdamer Platz der Gegenwart, im Kino seine Verwandlungen durch die Zeit, bis man wieder in der Gegenwart, ganz ohne Revolution, angekommen ist.

Berlin-Bücher

ESTHER DISCHEREIT

Unabhängig und streitbar

Die Zeitschrift »Der Monat« als Sammelband

Das »Fenster zur Welt« soll der soeben unter gleichnamigem Titel erschienene Sammelband der Zeitschrift **DER MONAT** mit Beiträgen aus vier Jahrzehnten zeigen. **DER MONAT** war zunächst eine Publikation unter der Ägide der us-Armee. »Im Oktober 1948 lag die erste und sehr scharlachrote Ausgabe ... an den Kiosken aus.« Sie wirkte gegen die kommunistisch beeinflusste Intelligenz jener Tage in Europa, die zunächst weitgehend ignorant gegenüber Enthüllungen aus dem stalinistischen Herrschaftsbereich agierte. »Kulturelle Freiheit« war das Anti-Programm. **DER MONAT** wurde die Plattform für all jene Intellektuelle, die wi(e)dersprechen wollten und konnten nach dem Ende der nationalsozialistischen Diktatur und es vorzogen, eine unabhängige Stimme zu sein – streitbar darüber, was Demokratie und intellektuelle Verantwortung sei und in Verpflichtung auf einen unteilbaren Freiheitsbegriff.

Erste Herausgeber waren der legendäre Melvin J. Lasky und Helmut Jaesrich. Es schrieben eine Menge »Renegaten« wie Arthur Koestler und Manès Sperber zum Beispiel, George Orwell, der Verfasser von *1984*; Intellektuelle, die von den Orten der Emigration aus wieder Kontakt aufnahmen und Einblicke in die anderen Kulturwelten vermittelten. Hans Sahl, Thomas Mann, Max Frisch – sie sprachen zurück in ein Deutschland, dessen nazigeprägtes Kultur-Milieu Weltansichten ausgeschlossen hatte. Es bestand ein Bedürfnis nach gegenseitiger Nähe in Europa, nach Überwinden von Grenzen, die viele – gezwungenermaßen – schon überschritten hatten.

Melvin J. Lasky, der Initiator des **MONAT**, war ein us-Amerikaner jüdischer Herkunft; er

feierte um längst seinen achtzigsten Geburtstag in Berlin, wo er seit Ewigkeiten lebt. Er war als Kriegshistoriker der Army Zeuge nach der Befreiung des Konzentrationslagers Dachau. Auf dem ersten Schriftstellerkongress im Nachkriegsdeutschland 1947 hatte er um Anteilnahme für das Schicksal der Schriftsteller und Künstler Sowjetrusslands gebeten. Fortan war er als »Kalter Krieger« der ersten Stunde etikettiert. Er trug es mit Fassung und schließlich auch mit Passion. Ja, anti-totalitär sollte DER MONAT wirken. Allerdings wurde die Zeitung dann als Agenten-Blatt des CIA, und zwar spätestens ab 1967, auch gemieden. Zu diesem Ruf kam sie nach dem Trägerwechsel von der FORD-FOUNDATION zum KONGRESS FÜR KULTURELLE FREIHEIT (CCF) in den Jahren 1958 bis 1966, wo tatsächlich auch CIA-Gelder flossen. Das Blatt verlor moralisch auch unter Leuten, deren Anti-Amerikanismus ein Konglomerat bildete aus der Gegnerschaft zum Krieg in Vietnam, Solidargefühlen mit der besiegt Elterngeneration und Widerspruch zur Fortexistenz von NS-Trägern im öffentlichen Leben. Marxistisch orientierte Blätter dominierten jetzt, und ein Generationenkonflikt um den Anspruch auf »Geistesführerschaft« zeichnete sich ab.

Diese blieb im Großen und Ganzen, wie in den vorgestellten Beiträgen des Bandes, denkenden Männern vorbehalten. »Soll man Bertolt Brecht aufführen oder nicht?«, oder die Worte des ehemaligen Bundespräsidenten Theodor Heuss: »Saxa loquuntur«, als es um ein Mahnmal geht, und er sagt, dass Steine sprechen – Titel wie diese machen nicht nur aus historischer Sicht Lust zum Nachlesen, sondern lassen Reminiszenzen aufschimmern an Gegenwartsdebatten, die ähnlich und anders vielleicht schon mal geführt worden sind. 1971 wurde die Zeitschrift eingestellt. Sie hatte sich auf Re-Nationalisierung besonnen, ihre Gegner sprachen bei den späteren Jahrgängen von »gähnender Langeweile« und liberaler Betulichkeit ... – der letzte Wiederbelebungsversuch scheiterte 1986.

Ein Fenster zur Welt ist eine interessante Zusammenfassung von zeit- und kulturge- schichtlichem Denken im Nachkriegsdeutschland und später – ohne uns zu ersparen, dass der Herausgeber die Gelegenheit nutzt, um auch ein bisschen Geistesführer zu sein, wenigstens als Vorwort-Schreiber der Be- rühmten. Da werden die Brocken verteilt: gegen und über die 68er, das »Erfolgsmodell Bundesrepublik«, die Zeitschrift RUF, die FRANKFURTER HEFTE, und eine »zu sich selbst gekommene Nation«... Wortkanonaden von LOVE PARADE bis Ho Tschi Minh, und dass der Verfasser den vor einem Jahr an den Folgen aus DDR-Haft und Verfolgung durch die Stasi gestorbenen Autor und Bürgerrechtler Jürgen Fuchs zum Freunde hatte. Da wird dem Toten gewidmet, was man dem Lebenden häufig an Unterstützung versagt hatte.

Es sorgt zumindest für Irritation, dass zur Präsentation dieser ausgewählten Beiträge aus vier Jahrzehnten am 2.3.2000 in Berlin die GEDENKBIBLIOTHEK ZU EHREN DER OPFER DES STALINISMUS am Hausvogteiplatz gewählt wurde; ein Ort, den Jürgen Fuchs und andere mit Entschiedenheit verlassen hatten. 1994 war es hier zum Eklat gekommen. Vorstandsmitglieder hatten der ehemaligen ss-Aufseherin Margot Pietzner zu einer Haftentschädigungssumme von 64.350 Mark verholfen und von diesem Betrag Schenkungen angenommen. Bürgerrechtler kündigten damals ihre Präsenz auf und zogen ihre Bücher zurück. Heute steht das Haus, geführt von der ehemaligen Russisch-Dolmetscherin Ursula Popolek, in der Nachrede, »Häkelrunden für BDM-Frauen« zu veranstalten; Leute mit heftigem deutsch-nationalen Einschlag mögen den Ort. Für die Präsentation der MONAT-Sammlung hätte man wahrlich einen anderen Raum in Berlin wählen können.

Marko Martin (Hg.): *Ein Fenster zur Welt. Die Zeitschrift »Der Monat«, Beiträge aus vier Jahrzehnten*. Beltz Athenäum, Weinheim 2000, 500 Seiten 98,- DM.

Die Glosse

ELKE SCHUBERT Frühlingswachen

Nur zögerlich kommt der Frühling in Berlin an, sechs lange Monate hat man mindestens gewartet, und jedem winzigen Knöspchen wird nun eine ganze Radiosendung oder eine Doppelseite in der B.Z. gewidmet. Bei Temperaturen kurz über dem Gefrierpunkt sitzen die unerschütterlichen Optimisten zum Erstau-nen der Bonner, bei denen es laut Wetterkar-te immer 8 Grad wärmer ist als hier, in den Straßencafés oder führen ihre wurstpellener-tige, neonfarbene Frühjahrskleidung spazie-ren. Leider bedeutet Frühling auch, dass wie-der rüdelweise Pitbulls die Bürgersteige und Parks bevölkern und man Zeuge bizar rer Monologe ihrer Herrchen und Frauchen wird: »Jetzt issst Papa erst mal eine schöne Bulette, meine Kleine«. Die Hinterlassenschaften der Kleinen darf man dann zuhause mühsam aus den Profilsohlen kratzen. Erschwerend kommt noch hinzu, dass wärmere Temperaturen die zahlreichen Berliner Verrückten aus ihren Schlupflöchern locken, deren einzige Beschäf-tigung darin zu bestehen scheint, einem im Vorübergehen ihre Weltuntergangstheorien oder komplizierte Zahlenmystik ins Ohr zu zischeln.

Die »revolutionäre 1.Mai-Demo«, auch eine der unvermeidlichen Frühlingserschei-nungen, findet bedauerlicherweise wieder in Kreuzberg statt. Nur zu gut erinnert man sich an letztes Jahr, und dieses Mal wird es nicht anders sein: Überforderte Polizei und alko-holisierte Demonstranten sind bei der ge-meinsamen Aufführung des Stücks *Rambazamba ab Mitternacht* zu bewundern. Die U-Bahn fährt nicht mehr, und die Taxifahrer weigern sich, einen ins Kriegsgebiet zu chauf-fieren (>Det is ja wie Beirut«).

Beim Regierenden Bürgermeister sind die Frühlingsgefühle schon recht früh ausge-brochen, bereits im März regte er sich über

»abgetanzte, abgelatschte Künstler« auf, die man nicht weiter »durchfüttern« werde. Unvergessen auch das Frühjahr 1995, als Diepgen Schirmherr bei der »Zuführung« eines eigens eingeflogenen Pandabärenweib-chens an den trägen Zoo-Bewohner Bao-Bao war, dem Frühlingsgefühle völlig schnuppe sind. Damals hat es wie immer nicht geklappt, und der faule Chinese wird bald abgescho-ben. Das Diepgen aber bleibt und wird auf alle Zeiten die Provinzialität und den prickelnden Charme eines Zehlendorfer Ortsvereins ver-strömen. Daran wird auch der allseits gefeierte Frühlingsbote Christoph Stölzl nichts ändern können, der sein Amt mit »Fröhlichkeit« aus-üben will und dessen publizistische Reputati-on, mit der er Feuilleton-Chef der WELT wurde, laut FAZ aus exakt zwei Artikeln bestand: einer über seinen Studienfreund Reinhard Klimmt und der andere über die Garderobe, welche der Herr von Welt trägt.

So hat der alte Westberliner Insulaner sei-ne Inselmentalität tief verinnerlicht, da können auch gerne eine ganze Regierung, Hunderte von Abgeordneten und ein ganzer Schwarm Korrespondenten aus aller Welt sich hier nied-erlassen: »Is mir doch sowas von ejal!«. Mit der sprichwörtlichen Freundlichkeit und dem Char-mee eines Bulldozers werden die Neuanköm-minge begrüßt und sofort in ihre Grenzen gewie-sen. Es gab zwar allerorten Personal-Schulun-gen, doch ob dieser Schuss nicht nach hinten losging? Stets wird neuerdings eine penetrante Höflichkeit mit zusammengepressten Zähnen demonstriert, so dass man lieber einen großen Bogen um das Dienstleistungspersonal macht. Die Herren bei Karstadt beispielsweise, die in weinroten Jackets an jeder Rolltreppen lauern, schleichen sich vorzugsweise von hinten an, um dann mit einem kräftigen Schulterschlag und Trompetenstimme nach den Wünschen des Kunden zu fragen.

Ja, so ist der Frühling in Berlin! Doch wer den Winter überstanden hat, ist schon dank-bar für die kleinen Knospen. Und wenn die-ses Heft erscheint, ist auch die 1.Mai-Demo längst Vergangenheit.

KATHARINA LEHMANN

Eine Freundschaft im Exil:

Gisèle Freund und Walter Benjamin

»In wievielerlei Gestalten auch Sprache sich wirksam erweisen mag, sie wird es nicht durch die Vermittlung von Inhalten, sondern durch das reinste Erschließen ihrer Würde und ihres Wesens tun.«

Während die Schlachten des Ersten Weltkrieges die Menschheit erschüttern, befasst sich Walter Benjamin, der junge Philosoph, mit dem rätselhaften »Wesen der Sprache«. Das geschriebene Wort steht am Anfang seiner jahrelangen Studien, erst später wandte er sich der Sprache von Bildern zu: In den dreißiger Jahren im Pariser Exil geben bildhafte Kunst, Fotografie und Film ihre Rätsel auf. Gewiss könnte Benjamin manche Anreize von der »kleinen schwatzhaften Person« erhalten haben, deren Wissen und Können sie späterhin zu einer der größten Fotografinnen des 20. Jahrhunderts machten: Gisèle Freund.

»Ich arbeitete tagtäglich in der Bibliothèque Nationale, um meine Doktorarbeit abzuschließen, und er an seinen Forschungen über Baudelaire. Bald entwickelten sich zwischen uns freundschaftliche Beziehungen«, kommentierte Gisèle Freund ihre Fotoportraits von Benjamin, die in jener Zeit entstanden. Die Bilder zeigen einen ergrauten Mann schwer zu schätzenden Alters mit einem Ausdruck grüblerischer Einsamkeit.

»Jahrelang trafen wir uns täglich in diesem riesigen, stillen Saal. Manchmal gingen wir zusammen auf dem Korridor der Bibliothek auf und ab oder wir überquerten die rue de Richelieu und setzten uns auf eine Bank im Square Louvois. Benjamin zündete seine Pfeife an und wir unterhielten uns über die verschiedensten Themen: die politische

Situation, den Marxismus, zeitgenössische Schriftsteller.«

Der Zorn über Adornos Kritik

Gisèle Freund hatte in Frankfurt Sozialwissenschaften und Kunstgeschichte studiert. Ihr innigster Wunsch: Schriftstellerin zu werden. Vielleicht war es ihr außerordentliches Interesse für Literatur, das diese beiden so grundverschiedenen Persönlichkeiten zusammenführte, die dem gleichen Berliner Milieu – preußisch angepasstem, jüdischem Großbürgertum – entstammten und die Hitlers Machtübernahme ins Exil vertrieben hatte.

Dem damals über 40-jährigen Benjamin, der oft über Herzschmerzen klagte und unter Depressionen litt, fiel das Leben im Exil viel schwerer als der 16 Jahre jüngeren Studentin. Er verstand sich als Privatgelehrter und lehnte es zeitlebens ab, einem »Brotberuf« nachzugehen, wie es das wohlhabende Elternhaus von ihm erwartet hätte. Stattdessen zog er die Abhängigkeit vom väterlichen Vermögen noch als Ehemann und Familienvater vor. Sogar seine bestandene Promotion über die philosophischen Grundlagen der romantischen Kunstkritik verheimlichte er, um auf die Apanage nicht verzichten zu müssen. Und weil er nur an ein »geistiges«, nicht aber an ein zahlungsfähiges Publikum gedacht hätte, scheiterten auch seine Pläne, eine eigene Zeitschrift herauszugeben. Als seine Ehe schließlich geschieden und Benjamin selbst zur Zahlung verurteilt wird, bricht er mit der Familie und verzichtet auf sein Erbe.

Im Pariser Exil schließlich lebt er erneut in quälender Abhängigkeit, was der Freundin nicht entging: »Benjamin sprach sehr langsam und erst nach langem Überlegen; er hatte eine sehr deutsche, sehr förmliche Art, mit Menschen umzugehen.« Ein einziges Mal nur habe sie ihn außer sich erlebt, so Gisèle Freund, »mit hochrotem Gesicht«, als er



Gisèle Freund,
eine Klassikerin der
Porträtfotografie: »Für
mich ist die Fotografie
vor allem ein Doku-
ment. Gewiss wird sie
manchmal zum Kunst-
werk. Aber selten.«

erzählte, Adorno habe seine Texte für die Zeitschrift für Sozialforschung stark kritisiert. Das INSTITUT FÜR SOZIALWISSENSCHAFTEN, das der jüngere Freund Adorno gemeinsam mit Horkheimer von Frankfurt nach New York verlegt hatte, zahlte ihm von Monat zu Monat einen Betrag. Dieses Geld bedeutete für Benjamin die Lebensgrundlage.

Auch die junge Gisèle Freund kämpft die ersten Jahre im Exil mit Entbehrungen: Die Nationalsozialisten haben den Geldtransfer von Deutschland ins Ausland gesperrt; die finanzielle Unterstützung ihrer Familie, die noch einige Jahre in Berlin lebte, kann sie kaum mehr beanspruchen. Mit einem zwei Kilo leichten Koffer und ihrer legendären Leica, einer kleinen, damals äußerst luxuriösen Kamera, war sie 1933 nach Paris gekommen, ein klares Ziel vor Augen: ihre Dissertation

über die Entwicklung der Fotografie im Frankreich des 19. Jahrhunderts abzuschließen. Mit gelegentlichen Portraits von Leuten auf der Straße, von Nachbarn schlug sie sich durch.

Bereits zwei Jahre später schließt Gisèle Freund die Arbeit ab. Ihre zentrale These: Die aufkommende Porträtfotografie als genuine Ausdrucksform des aufstrebenden Bürgertums demokratisiert die Porträtkunst, die jahrhundertelang das Privileg einer kleinen Oberschicht war. Und in einigen Passagen scheint die Autorin ihre eigene bevorstehende Karriere zu beschreiben: Die frühen Fotografen Nadar und Carjat porträtierten auf hohem ästhetischem Niveau und ganz ohne Geschäftsinteressen die Pariser Künstler- und Intellektuelleneliten ihrer Zeit – darunter den Maler Delacroix, den Dichter Baudelaire, den

Revolutionär Bakunin: »Diese ersten Fotografen, die von sich aus niemals einen Kunstspruch hegten, arbeiteten bescheiden für sich. Ihre Werke waren nur einem kleinen Kreis von Freunden vertraut. Sie überließen den Kunstanspruch jenen Geschäftsfotografen, die mit sinkendem künstlerischem Niveau ihrer Arbeit diese umso eifriger dem Publikum als Kunst schmackhaft zu machen versuchten.«

Die berühmten Künstlerporträts

Benjamin beglückwünschte sie zu der Arbeit mit dem Ausruf: »Gisèle, ich hätte nie geglaubt, dass Sie so etwas schreiben können.« Über sein altmodisches Frauenbild war er sich wohl kaum bewusst. Immerhin widmete er der Arbeit eine glänzende Rezension in der *ZEITSCHRIFT FÜR SOZIALE FORSCHUNG* und mischte sich unter das Publikum des Rigo-rosums, das die Doktorandin im darauf folgenden Jahr – wie in Frankreich üblich – öffentlich bestritt. Benjamins persönliche Kunstauffassung war indes alles andere als demokratisch: Der marxistischen Vorstellung, die Kunst gehöre dem Volke, konnte er nichts abgewinnen. Für ihn war das eine Sache der Intellektuellen. Entsprechend formulierte er seine Texte in kryptischer Form, ungeeignet für beiläufige Rezeption: philosophische Wissenschaft als Kunst.

So beklagt er denn auch in seinem berühmten Aufsatz über das *Kunstwerk im Zeitalter seiner technischen Reproduzierbarkeit* den Verlust der Aura. Denn diese, so Benjamin, haftet nur dem einmaligen Oeuvre an. Und in seiner Studie zu Charles Baudelaire schreibt er: »Dem Blick, der sich an einem Gemälde nicht sattsehen kann, bedeutet eine Fotografie viel mehr das, was die Speise dem Hunger ist oder der Trank dem Durst.«

Inzwischen beginnt Gisèle Freund mit eigenen Künstlerportraits: André Malraux, gerade ausgezeichnet mit dem Prix Goncourt, bittet sie um eine Aufnahme. Das Foto des jungen Malraux mit wehendem Haar und Zigarette im Mund geht um die Welt. Ande-

re Anfragen folgen. Gisèle Freund lernt auch Adrienne Monnier kennen, Inhaberin der berühmten Buchhandlung *La Maison des Amis des Livres*. Hier und in der benachbarten Librairie von Silvia Beach, der Verlegerin des *Ulysses*, geht die gesamte Pariser Schriftstellerelite ein und aus. Eine Zeit großen Schaffens beginnt: In rascher Folge entstehen Porträts von Paul Valéry, André Gide, James Joyce, Virginia Woolf, Marcel Duchamp und vielen anderen Künstlern. Bereits 1936 erteilte ihr die amerikanische Illustrierte *LIFE* den ersten Auftrag, das Elend der Bevölkerung in Nordengland fotografisch zu dokumentieren.

Gisèle Freund verdient von nun an als Fotoreporterin ihren Lebensunterhalt, zieht in die Welt und entkommt dank ihrer vielen Kontakte und Freundschaften schließlich auch dem Grauen. Benjamin hingegen gerät immer tiefer in Abhängigkeit und Isolation. Die Nachricht vom Hitler-Stalin-Pakt macht die politischen Emigranten in den Augen der französischen Regierung über Nacht zu Verbündeten Hitlers. Benjamin gerät in ein Internierungslager, wo der Herzkranke gemeinsam mit 6.000 Mitgefangenen unter entwürdigenden Bedingungen vegetiert. Seine Idee: eine Zeitschrift auf höchstem literarischen Niveau zu gründen. Die Franzosen sollen sehen, wen sie da gefangen halten, so denkt er. Und tatsächlich finden Redaktionssitzungen statt. Dem absurdem Treiben setzt schließlich seine vorzeitige Entlassung ein Ende: Adrienne Monnier, mit der auch Benjamin befreundet war, hatte ihre weitreichenden Verbindungen spielen lassen. Als er sich endlich zur Ausreise nach Amerika entschließt, ist es zu spät: ein Arzt diagnostiziert Herzbeutelentzündung. Benjamin stirbt in der spanisch-französischen Grenzgemeinde Port Bou an einer Überdosis Morphiumentabletten.

Gisèle Freund verbrachte die Kriegszeit in verschiedenen Ländern Lateinamerikas und kehrte 1946 nach Frankreich zurück. »Für mich ist die Fotografie vor allem ein Dokument«, bestätigte sie noch einmal vor

wenigen Jahren. »Gewiss wird sie manchmal zum Kunstwerk. Aber selten. Das kann man an der emotionalen Wirkung erkennen, die sie hervorruft, und am Grad der Absolutheit, mit der das Gedächtnis sie festhält. Wenn eine Fotografie in die Tiefen der Seelen vordringt, dann hat sie etwas mit Kunst zu tun.« Am 31. März verstarb Gisèle Freund 91-jährig in Paris.

KLAUS HARPPRECHT

Das Großmaul

Maxim Billers Amoklauf gegen die »Schlappschwanz-Literatur«

In Tutzing wurde, im Gang der Jahrzehnte, diese und jene Rede gehalten, die über den deutschen Alltag hinauswies. Unser unbesiegbarer Hang zum gravitätischen Ernst umgab das Akademie-Wesen seit seinen Gründertagen nach 1945 mit der sanften Glorie geistiger Erhebung; dort wurden die Fragen gestellt, die an unser Gewissen appellierte, ob protestantisch oder katholisch oder jüdisch oder islamisch oder marxistisch oder psychoanalytisch oder auf grundseriöse Weise gott- und ideologielos.

Vielleicht wählte Maxim Biller, der sich als Provokateur vom Dienst versteht, mit einem Anflug von Ironie eben dieses Forum mit seiner Tradition von intellektueller Würde und zartem Muff, um den Deutschen und zumal ihren Literaten die Leviten zu lesen, jedes Tabu, jedes vermeintliche, im Schnellgang über den Haufen rennend.

Nein, er nahm kein Blatt vor den Mund. Er teilte aus, nach rechts und nach links und in die Mitte, nach unten, nach oben, und er bediente sich dabei keines Zirnper-Stils. Er schmiss, wann immer sich Gelegenheit bot (oder auch nicht), mit unserem Ur-Gemütswörtchen »Scheiß« um sich, so freigiebig wie in seinem Roman mit dem Verb »sicken«, das doch in Wahrheit längst zum geläufigen Vokabular jeder germanistischen Doktoran-

tin, jedes Pfarrverwesers, jeder Klavierlehrerin und jedes hochbürgerlichen Corpsstudenten gehört. Das peinliche an dieser chronischen Tabu-Demontage ist, dass es längst keine mehr gibt: ein Abbruchunternehmen, das so viel Mut und Originalität wie der Abschluss einer Rentenversicherung fordert.

Maulhurenturn ist das konventionellste Zeugnis der Zeit: so nonkonformistisch wie einst der blühend-barocke Kitsch des Wilhelminismus oder drüben der sozialistische Realismus. Insofern erweist sich Biller als ein käsiger Epigone der Achtundsechziger, der arrivierten und der durchhängenden, für die er nicht allzu viel übrig hat: den »Scheiß-Liberalen« von damals ersetzt er durch den »ehemaligen linken Scheißmoralisten«, wie er es denn überhaupt mit der Moral hat, die er nicht mit dem Moralisieren verwechselt sehen möchte. »Moral in der Kunst, in der Literatur«, predigt er (nun doch im gehobenen Akademieton und in einem Atem mit Aristoteles) – sie heißt, fähig zu sein zu einer Art metaphysischer Wut, zur Gegnerschaft, zur Position, zum Bericht.« Jeder große Künstler, meint er anhand von Brecht (des gehasssten und bewunderten), erzählte »einfach nur von der Moral«.

Vielleicht. Aber von welcher? BB hatte seine sozialistische Utopie (und vielleicht macht es seine Qualität aus, dass er ihr in Wahrheit misstraute). Die Christen hatten den Glauben an die Befreiung aus unserer irdischen Sündhaftigkeit. Die Juden ihre Hoffnung auf den Messias. Die Aufklärer hatten die Menschenrechte. Die Liberalen den Fortschritt. Ihre Nachfahren den Willen zur Unverletzlichkeit und Freiheit des Einzelnen. Ihre linken Vettern und Basen die Gerechtigkeit. Die, denen sonst nichts einfiel, hatten die Nation, und die Geisteskranken die Rasse. Und wir?

Wir, die gebrannten Kinder des vergangenen Jahrhunderts, sind in der Tat glücklich genug mit unserer Einsicht, dass – in unseren Breiten – die Freiheit und die Würde des Einzelnen halbwegs geschützt sind, dass ihre

Verteidigung tägliches Engagement verlangt, dass Gerechtigkeit und Vernunft – wenigstens in der Gesellschaft des Westens – den Hunger und die bitterste Not besiegt haben, wenn auch nicht die Armut, dass wir bemüht sind, die Normen einer zivilen Gesellschaft zu erfüllen (der Weg ist lang), dass wir die mörderischen Fanatismen der Glaubens- und Ideologie-Tyrannieen zurückzuweisen und die Barbarei der Bier-Revoluzzer von rechts und links in Schach zu halten gelernt haben, dass wir uns (nicht ohne dumpfen Widerstand) an die Koexistenz der Wahrheiten und der Kulturen gewöhnen, dass wir uns bis zu einem gewissen Grade für das Geschick der Dritten und Vierten Welt mitverantwortlich fühlen (wie die Spendenbereitschaft nach jeder Katastrophe in Afrika oder Asien beweist).

Das ist immerhin etwas. Für den Tuttlinger Prädikanten nicht. Er spricht von der »unmoralischen Republik Deutschland«, die sich in Wirklichkeit von der französischen, der englischen, der israelischen, selbst der amerikanischen Demokratie, ja von der europäisch geprägten Menschengesellschaft insgesamt nur durch Nuancen (zum Guten und zum Schlechten) unterscheidet.

Biller selber nennt sich in einem Anfall von zynischer Einsicht einen »Hass- und Amokmann« (und er nimmt immerhin zur Kenntnis, dass ihn mancher Zeitgenosse als eine »überspannte, nie erwachsene Nervensäge« betrachtet, wozu in der Tat Anlass besteht). Überhaupt hasst er viel und ausführlich. Der Hass ist, neben dem Scheiß, der gängigste Begriff seiner Kritik. Nur sie und die Wut und die »Moral« (gleichviel, worauf sie sich gründet) können laut seiner Erleuchtung eine Literatur schaffen, die sich von der »deprimierenden Temperamentlosigkeit und Gleichförmigkeit unseres geistigen und künstlerischen Lebens« unterschiede, von der er mit der Logik einer Kettensäge sagt, sie »zu leugnen« wäre »nichts anderes..., als sie zu bestätigen«.

Die Bücher der zeitgenössischen Schriftsteller sind für ihn, wie er mit macho-teuto-

nistischer Resolutheit kündet, nichts anderes als »Schlappschwanz-Literatur«. Man lebte, in diesem »Weichei-Deutschland«, unter einer »freiwilligen Meinungsdictatur«, von einer schweigenden Kritik eingeschüchtert, die »klar und eindeutig« sagen müsste, wie überflüssig 95 Prozent unserer Literatur« sind: weil sie keine »Moral« hat, die »zum einen ganz klar Wut und Mitgefühl mit den Armen, Unglücklichen, Verfolgten, aber »vor allem Härte« sein müsste: »also die absolute Entschlossenheit, so brutal, dass das Blut spritzt, die letzten Fragen zu stellen« (welche?) – »ohne die ideologische Naivität, zu glauben, man könne sie beantworten«. Brutal: auch das ein Wort, das er zu lieben scheint. Und woher will er wissen, was »überflüssig« ist? Das erfährt man, in der Regel, erst einige Jahrzehnte später. Zählt sein Buch dazu? Und braucht es nicht das angeblich Überflüssige, um der Literatur, die Leben und Notwendigkeit ist, den Boden zu bereiten, in dem sie – in Protest und Widerspruch – am Ende gedeihen kann?

Es gibt Anlass, den Mangel an erzählerischer Vitalität, an einer zwingenden Sprache, an Ironie, an gescheiter Gebrochenheit, an einer verführenden Sensualität in der deutschen Literatur unserer Tage zu beklagen. Fehlender Aufwand an moralischer Energie erklärt die verbreitete Neigung zu pädagogischer Langeweile und lispelnder Innerlichkeit nicht. Im Gegenteil: Wir hatten eher zu viel davon. Nur: Hass und schnaubender Zorn und die Berufung auf eine Allerwelts-Moral – siehe oben – sind nicht genug, eine Literatur von überwältigender Kraft, eine Kunst jenseits der aufwendigen Beliebigkeit, eine intellektuelle Diskussion von mitreißendem Elan zu schaffen.

Erst recht nicht eine Wut, die sich bei genauer und kritischer Lektüre rasch als eine künstliche erweist. Auch nicht ein Stil, der keiner ist, sondern durch seine aufgesetzte Vulgarität eine bemitleidenswerte Ohnmacht gegenüber dem Wort zu erkennen gibt. Nicht ein negatives Pathos, das nichts als fahle Lee-

re verbirgt. Nicht der hochfahrende Anspruch, alles besser zu wissen, der nur eine nervenschwache Rastlosigkeit anzeigen. Nicht der Wille, Lärm zu schlagen, um jeden Preis, der die schiere Unsicherheit demonstriert. Wer kreischt, artikuliert nicht. Wer vorsätzlich Schaum vor dem Mund produziert, weckt den Verdacht, ein Schaumschläger zu sein.

Die trompetende Polemik wiegt den Roman des Autors nicht auf, der den eigenen Ansprüchen kaum genügt (um es sanft zu sagen). Wer der Literatur Beine machen will, muss besser schreiben.

Postscriptum: Wenige Wochen später druckte das Feuilleton der FAZ einen biografischen Essay Maxim Billers über den österreichisch-galizischen Schriftsteller Weiss; ein so geschlossener Text, dass er fiktiv sein könnte. Was beweist, dass der Schriftsteller Biller eine andere Qualität gewinnt, wenn er von selber abzusehen vermag.

WIELAND FREUND
Literaturforum:
Texte in der Volkssprache

Schriftsteller sind Ghostbusters. Sie jagen Gespenster. »Das Hauptanliegen der modernen Literatur«, sagt Italo Calvino, »liegt in ihrem Bewusstsein, all das in Worte zu fassen, was im gesellschaftlichen oder individuellen Unbewussten ungesagt geblieben ist«. Sie hat sich nach innen gewendet, die moderne Literatur und die nachmoderne mit ihr, sie hat sich »entfabelt«, und nirgends ist das den Leser härter angegangen als im Roman, im deutschsprachigen zudem, der vielleicht nicht an Tiefe gewann, aber an Breite verlor. Der Plot ist dahin gewandert, wo sein Signifikant herkam, in den englischsprachigen Raum, wo uns Autoren wie Stewart O'Nan, Annie Proulx, James Salter und viele mehr Geschichte um Geschichte liefern, auserzählt.

In Deutschland wächst derweil die Sehnsucht nach der Fabel, der sogenannten »echten« Geschichte, die in der Diskussion allzu oft gleich gesetzt wird mit »dem authentischen Ort der Literatur«, den es, Gott sei Dank, gar nicht gibt. Der Roman jedenfalls, der deutschsprachige zudem, ist wieder, was er schon mal war: im mittelalterlichen Frankreich hieß jede Schrift »Roman«, die in der Volkssprache abgefasst war. Mehr lässt sich nicht sagen, auch am Ende des Bücherfrühjahrs 2000 nicht, in dem Ralf Bönt 150 Seiten lang schimpfte und wütete (*Gold, Roman*, PIPER), Stefan Beuse vielversprechend Anlauf nahm und sich zum zweiten- und letztenmal vor der auserzählten Geschichte drückte (*Kometen, Roman*, KIEPENHEUER & WITSCH), John von Düffel einen misslungenen Doppel-Monolog veröffentlichte (*Zeit des Verschwindens, Roman*, DUMONT), Jan Peter Bremer den Roman eines tragischen Menschen in einer seiner souveränen kafkaesken Verdrehungen explizit nicht schrieb (*Feuersalamander, Roman*, BERLIN), Hans-Ulrich Treichel die Klage von der eigenen künstlerischen Kraftlosigkeit ab lieferte (*Tristanakkord, Roman*, SUHRKAMP). Einzig der Debütant David Wagner hat mit *Meine nachtblaue Hose* (FEST) einen – tatsächlich! – Roman abgeliefert, der uns bedenkenlos in seine an Handlung gar nicht reiche Geschichte zieht.

Jan Peter Bremer: *Feuersalamander*

Trotzdem willkommen, in der deutschsprachigen Literatur der unmittelbaren Gegenwart, die so reich ist, dass nicht jeder Preis- und Stipendienträger Erwähnung finden kann. »Ich hatte nur eine Idee, ein Mensch.« So beginnt, platonische Verzwickung, Jan Peter Bremers Parabel vom Schriftsteller, der auszog, das Leben zu meiden und ihm doch nicht entkam. *Feuersalamander* erzählt von einem Schriftsteller, der sich in einen so überschaubar kleinen Ort zurückgezogen hat, dass der nicht ablenken kann vom Text, weg von der Familie auch, deren vor Leben strotzender Spross Romanideen einreißen kann

wie Türme aus Bauklötzen. Hier soll sie wachsen und gedeihen, die alte Idee vom tragischen Menschen, und der Schriftsteller beginnt mit leichten Training. Er schreibt Postkarten »an jemanden, den es nicht gibt, von Dingen, die nie stattgefunden haben«, er schreibt sie nur fast. Weg von allem nämlich gibt es nicht. Eine tragische Existenz, ein Trinker und Herumtreiber kommt ihm dazwischen, ein lebenskluger oder bloß cleverer Kellner, ein alter Geschichtslehrer am Ende, der ihm zuwinkt nach der schriftstellerischen Kapitulation und wahrscheinlich ein Geschichtenlehrer ist. Wie grotesk, dass er am Ende über den Erzähler triumphiert.

Hans-Ulrich Treichel: *Tristanakkord*

Es hat nicht sollen sein: Auch Hans-Ulrich Treichels *Tristanakkord* ist eine Geschichte vom Scheitern. Treichels erste als »Roman« etikettierte Erzählung beschreibt eine Serie von Begegnungen des Doktoranden Georg Zimmer mit dem weltberühmten Komponisten Bergmann, hinter dem sich, kaum verschlüsselt, Hans Werner Henze verbirgt. Die Namen der Protagonisten sind sprechend. Im Komponisten Bergmann und dem orientierungslosen Literaturwissenschaftler und Lyriker Zimmer, der seine Verse im Rahmen einer »Edition Ausweg« publiziert, begegnen sich die Typen Gipfelstürmer und Stubenhocker. In dem Maße, in dem Bergmann viril ist, ist Zimmer kraftlos. Insofern ist *Tristanakkord* ein Anti-Künstlerroman: Die Entwicklung des Möchtegern-Künstlers führt zur Erkenntnis, kein Künstler zu sein. Leider spiegelt sich diese Einsicht im Roman: Viel erfahren wir vom Wenig Zimmers, wenig vom Viel Bergmanns. Die starke Figur bleibt schwach, gerade ihre Erzählung, auf die der Leser doch wartet, bleibt aus.

John von Düffel: *Zeit des Verschwindens*

Es hätte doch sein können: John von Düffel hat vor nicht einmal zwei Jahren mit dem Roman *Vom Wasser* einen Auftritt hingelegt, wie vor ihm in jüngerer Zeit nur Christoph

Ransmayr mit seiner *Letzten Welt*. Im stillen Kämmerlein hatte Düffel das Buch einer Papierfabrikantendynastie geschrieben, einen Text über den Fluss der Erinnerung, ange-siedelt an dem Ende der jungen deutschsprachigen Literatur, die ganz explizit nicht Pop ist. Anders als bei von der Presse leichtfertig gefeierten Schreibern wie Zoe Jenny oder Alexa Hennig von Lange, stimmten die Bilder, war die erzählte Geschichte signifikant, das Projekt zu Ende gedacht. In seinem zweiten Roman ist davon nicht viel geblieben. Zwar bleibt John von Düffel in *Zeit des Verschwindens* ein manchmal geradezu virtuoser Formulierer, weit über Kunstfertigkeit allerdings kommt er diesmal nicht hinaus. Ein Vater und viel beschäftigter Geschäftsmann beschließt die Rückeroberung des schon verloren geglaubten kleinen Sohns und fährt stundenweit zu ihm, eine junge Frau spricht zu ihrer verunglückten Schwester. Am Ende fährt der unglückliche Vater die einsame Schwester tot. Das darf verraten werden, denn obwohl dieser Roman redselig Umwege nimmt bis zu diesem lange ersehnten Schlusspunkt, ist die Auflösung allzu offensichtlich. »Wir kehren immer zum Wasser zurück.« John von Düffels Prinzip, einen starken Satz zu behaupten und diese Behauptung mit der Erzählung einzulösen, läuft in seinem zweiten Roman leer. »Es gibt«, heißt es in *Zeit des Verschwindens*, »über jeden Menschen einen Satz, der ihn zerstört.« Warum, wieso und welchen – wir erfahren es nicht.

Ralf Bönt: *Gold*

Ralf Bönts nach *Icks* ungeduldig erwarteter zweiter Roman heißt *Gold*, und ist, nach der Abrechnung mit der Provinz der eigenen Herkunft in Icks, einer jener früh von Frank Schirrmacher eingeforderten Großstadtmäne: Berlin! Bönt gehört gewiss zu den jungdeutschen Pop-Artisten, doch wo andere Pop machen, macht Bönt Industrial. Kein marken- und mediengesättigtes Geplänkel wie bei jenen Autoren, die sich um Christian Kracht scharen, keine smarte Performance

wie bei Benjamin von Stuckrad-Barre, stattdessen in kraftmeiernde Kunstsprache gegossene Aggression: »Anna ist Zorks Partnerin, und sie hat, sagen wir, einen Stricher gefickt, einen bezahlten Jungen genommen, das heißt mit einem Profi geschlafen. Das sagt sie, die Sau.« Bönts cholerischer Text ist, anders als anderer Pop, nicht einmal oberflächlich affirmativ. Seine Erzähler – »Wir!« – sind so etwas wie die ausnahmsweise nicht schweigende Mehrheit der Auf-Streber, widerlich sind sie, auch in der Erschaffung und Beobachtung jener Versprengten am Rand, deren Unterlassen und Handeln das bisschen Plot des Romans ausmacht. »Es nahm die Tragödie zum Trotz, der sie war, ihren Lauf.«

Stefan Beuse: *Kometen*

Was bleibt? Hoffnung schimmert am Horizont. Stefan Beuse hat mit *Kometen* eine Geschichte vom Zufall geschrieben, die viel mit dem zeitgenössischen Film zu tun hat in ihrer sprunghaften Episodenstruktur, mit ihrem unheimlichen Unterton. So wie an dernorts die Erzähler unzuverlässig sind, ist es bei Beuse der Plot. Ein Fotograf erblindet, und man findet seine Leiche abzüglich einer Hand wenig später in einem Wald in den USA nur deshalb, weil einige Emails fehlgeleitet wurden und missverstanden obendrein. Die fehlende Hand wiederum, sie könnte in einem Wald in Deutschland liegen, aber sicher ist das nicht. Auf »A folgt B folgt C folgt A«, heißt es in Beuses Erstling *Wir schießen Gummibänder zu den Sternen*, »eine ständige Geburt, ein ständiger Tod von Sätzen, Abschnitten, Kapiteln, bis man den Erzähler nicht mehr ausmachen kann, bis sich alles durch sich selbst zu bedingen scheint.«

Aber eben: »scheint«. *Kometen* ist ein Roman vom Rest, der bleibt. Stefan Beuse verweigert die Auflösung seiner Geschichte und damit auch ein Gutteil der Geschichte selbst. Allerdings: Für dieses Mal hatte er gute Gründe.

David Wagner: *Meine nachtblaue Hose*

Nur einer also, der auserzählt. David Wagner hat mit *Meine nachtblaue Hose* einen Roman geschrieben, den man so nicht für möglich gehalten hätte, ein so sehnstüchtiges wie vernichtendes Stück Erinnerung an das, was wir schon Bonner Republik nennen, an eine Jugend zwischen Playmobilisten und Nutellagläsern. Ein junger Mann, in Berlin beheimatet mittlerweile, kehrt zurück nach Bonn, westlicher geht's nicht, besuchsweise. Das ergibt: Tristesse Royale, wie sie derzeit auch die Pop-Artisten auszustellen versuchen, das schon, bloß meisterhaft erzählt, tatsächlich, manchmal ein einzige Abschweifung, ein Fluss des Erinnerns, Erzählens, in dem sich sowohl Figur wie auch Autor freischwimmen. David Wagner. Sieh' einer an, es geht.

Politisches Buch

NORBERT SEITZ

Gar kein so schlechter Kerl

Wie sich Friedbert Pflüger im System Kohl verhedderte

Es dauerte bis 12.48 Uhr am Eröffnungstag des jüngsten Essener CDU-Konvents, ehe das erste Mal von Kohls System überhaupt die Rede war. Später wandten hingegen ein, der Redner Friedbert Pflüger habe mit seiner Erwähnung mehr Geschäftssinn für sein neues Buch als Aufklärungsdrang für seine Partei bewiesen. Immerhin kam er in den neuen Bundesvorstand, was Arnold Vaatz mit seinem rührseligen Bekenntnis »Ich bin Helmut Kohl aus tiefstem Herzen dankbar« nicht vergönnt war. Pflüger hatte unter Kohl den Karrieresprung nicht geschafft, nicht schaffen können, wie man ehrlicherweise zugeben muss. Denn wer einmal Weizsäckers Friedel war, der konnte Kohls Berti nicht mehr werden. Mit seiner elaborierten Primitivität pfleg-

**Kampf der »Volksfront
an der Hochschule«:
Friedbert Pflüger 1977
als RCDS-Vorsitzender
an der Seite
von Parteichef
Helmut Kohl.**



Foto: dpa Berlin

te der Patriarch Parteifreunde nur in Soldaten oder Verräter aufzuteilen.

Der Hannoveraner Bundestagsabgeordnete müht sich redlich, das System zu beschreiben, ohne in die peinliche Opferrolle zu schlüpfen. Er sei zwar ein guter Mann, bekundete ihm Kohl zu Beginn der 80er Jahre, habe aber einen Fehler, nämlich dem falschen Politiker zu dienen. Schublade zu! Damals begann die Karriere des jungen Pflüger im Pressereferat des Berliner Regierenden. Wäre da nicht die treue Seele Juliane Weber gewesen, die dem Kanzler immer wieder deutlich machte, »dass ich gar kein so schlechter Kerl sei, wie er immer meine« – Pflüger hätte nach seiner Zeit bei Weizsäcker womöglich nicht einmal den Sprung in den Deutschen Bundestag über die niedersächsische Landesliste geschafft.

Dabei gelang es dem jungen Kohl sehr rasch, den prüfenden Wortführer des RCDS in einen gläubigen Kohlianer zu verwandeln. Mit Pflaumbart und Schlaghose holte sich der kämpferische Studiosus faule Eier in fanatisierten Hörsälen ab und diente dabei als willkommener Kronzeuge im hypertrophen Heldenspiel des damaligen Oppositionsführers Kohl gegen linke Asten mit Juso-Beteiligung.

Auf Strümpfen und in Strickjacke wurde er im Kanzleramt 1983 bei einem trockenen

Rheingauer empfangen. Kohl wollte ihn aus der Präsidentengruft locken mit einem Spitzjob im Planungsstab des Konrad-Adenauer-Hauses. Doch Pflüger behielt Schuhe und Jacke an und lehnte ab. »Danach hat Kohl seine Kontakte zu mir abgebrochen. Ich war Luft für ihn.« Eine zweite Chance erhält man in seinem System nicht. Stattdessen empfängt er bei Weizsäcker seinen »Impfschutz gegen die Verführungen von Macht und Anpassungen im System Kohl.«

Die Wirkung des Serums hält indes nicht ewig. Pflüger beschließt, Parlamentarier und Querdenker zu werden. Doch beides zusammen ist unter Kohl nicht systemkompatibel. In der historischen Bonn-Berlin-Debatte am 20. Juni 1991 macht er eine gute Figur bei seiner Jungfernrede für Bonn und gegen Kohl, aber auch gegen Weizsäcker. Im Sommer 1993 gerät er jedoch in die Rolle des Außenseiters, weil er sich offen gegen Steffen Heimanns Präsidentschaftskandidatur auflehnt. Er hält mutig durch und entgeht nur knapp einer Prügelstrafe auf der heimischen Landesliste.

Auch wenn Pflüger sich häufiger mit seinem Kanzler anlegt, kämpft er dennoch unverdrossen um einen der dreißig parlamentarischen Staatssekretärsposten. Diese Position »war die Wurst, die er uns ständig

vor die Nase hielt.« Er muss erkennen, dass sogar Frau Yzer schafft, was ihm nicht vergönnt ist. Doch was hat Frau Yzer, was Herr Pflüger nicht hat?

Bei der konstituierenden Sitzung des Bundestags am 10.11.1994 erlebt er sein persönliches Fiasko. Denn die Fraktion beschließt, während der Rede des Alterspräsidenten Stefan Heym (PDS) demonstrativ sitzenzubleiben. Er ringt mit sich, doch »wie gelähmt bleibe ich sitzen.« Bis heute ist er mit Recht beschämter über seine Mutlosigkeit, bekundet aber genauso offen, dass ihm die Überlegung durch den Kopf gegangen sei, ob es sich lohne, »seine Karriere für so jemanden aufs Spiel zu setzen.« Also nahm Pflüger lieber eine Rufschädigung als Feigling in Kauf. »Ich habe immer wieder versucht, mich gegen dieses System aufzulehnen, aber mit der Zeit nimmt die Kraft zum eigenständigen Denken etwas ab.«

Auch wenn Kohls »Demokratur« immer autokratischer, seine Haltung immer monolithischer und sein Stil immer autistischer wurde, will Pflüger 1998 nicht abseits stehen, als es darum geht, Kohl nochmals für eine weitere Kanzlerkandidatur zu ermuntern. »Wir brauchen den Alten noch eine Weile.« Seine Haltung gegenüber dem Großen Vorsitzenden bleibt selbst dann noch ambivalent, als Kohl in die Spendenaffäre gerät und seine Partei in den Abgrund zu reißen droht. Er möchte den »Frontalangriff auf das Lebenswerk« des Langzeitkanzlers nicht hinnehmen. Die Union dürfe sich Kohls »historische Größe nicht aus der Hand schlagen lassen«, tönt er vor seiner Landesgruppe. Die erzwungene Niederlegung des Ehrenvorsitzes nennt er eine »Unverfrorenheit« seiner Partei.

Man kann wohl die mit der Kohl-Demonstration einsetzenden Kastrationsgefühle von machtverwöhnten Christdemokraten kaum besser beschreiben, als Pflüger dies tut: Er fühlt sich, »als habe man ein Teil von mir abgetrennt.« Derweil scheint das Parteivolk im Wahlkreis nicht ganz bei Trost: »Er hat es

doch nur gut gemeint. Ohne das Geld wären die Roten an die Macht und die Wiedervereinigung nie gekommen. Ohne Helmut säßen die Ossis doch immer noch im Trabbi.« Doch solche Stimmungen herrschen nur zu Beginn der Affäre. Danach fällt Kohls Schatten auch nach Wolfenbüttel.

Der Autor studiert gewissenhaft die Mechanismen der Kohl'schen Machterhaltung und stößt dabei doch nur auf die Bauernschläue eines hinterfotzigen Dorfbürgermeisters, der interne Kontroversen in der Sommerpause vorbereitet, wenn alle in Urlaub sind, Kritiker aus den eigenen Reihen in die Ecke stellt, Entscheidungen bis zur letzten Minute offenhält oder sich zum ersten Förderer seines im Genick sitzenden Nachfolgekandidaten macht. Der Altmeister würde wohl sagen: Es ist in der Politik wie im Leben. Darüber hinaus lesen sich die Lehrsätze der Machtpolitik Kohls wie aus dem Führungsschnellkurs für künftige Abteilungsleiter – zum Beispiel: vertraute Essensrunden mit Mitarbeitern, Gewährung kleiner Gefälligkeiten, die Förderung guter Leute oder die Verpflichtung auf Dankbarkeit.

Auf den brisanten Kern des Systems stößt Friedbert Pflüger mit solchen eher braven Betrachtungen nicht vor – das platterdings Mafiose, die vermuteten Formen der pekuniären Loyalitätssicherung zum Beispiel –, bleiben ausgespart, zumal der Autor eine Geldfixierung seines langjährigen Vorsitzenden in Abrede stellt: »Ich glaube nicht, dass Geld im System Kohl besonders wichtig war.«

Pflügers Generation avancierte inzwischen zum Kriegsgewinnler der Kohl-Affäre, auch wenn für Pflüger selbst nicht viel dabei heraußsprang. Als wolle er wenigstens einmal der Allererste in der Union sein, flog er an der Seite von Michael Glos (CSU) zum frischgebackenen Kanzler Schüssel nach Wien. Die angestrebten Pluspunkte erzielt man damit nicht.

Friedbert Pflüger: Ehrenwort. Das System Kohl und der Neubeginn. Deutsche Verlags-Anstalt, München 2000, 240 Seiten, 36,- DM.

WOLFGANG THIERSE

Machtausübung allein genügt nicht

Klaus Harpprechts späte
Brandt-Tagebücher

Es geht um die 14 Monate vom Januar 1973 bis zum Mai 1974. Vom größten Wahlsieg der SPD in ihrer Geschichte, die im November 1972 45,8 Prozent der Wählerstimmen erreichte, bis hin zum nach wie vor geheimnisumwitterten Rücktritt des Kanzlers im Mai 1974, war Klaus Harpprecht politischer Mitarbeiter im unmittelbaren Umfeld Willy Brandts.

Wir erinnern uns: Das zweite Kabinett Brandt war weniger von einem strahlenden Dur als von einem leichten Moll geprägt. Die Ostpolitik verlor allmählich an Schwung, weil ihr der Partner abhanden gekommen war. Innenpolitisch traten Probleme auf, auch innerparteilich. Der Ölpreisschock brachte alte sozialdemokratische Fortschrittsvorstellungen ins Wanken und deutete auf die Grenzen des wirtschaftlichen Wachstums, mithin auf das Schrumpfen der Verteilungsspielräume. Das Verhältnis zu den Gewerkschaften, vor allem zur IG METALL und zur örtv, verschlechterte sich und erreichte in dem Müllarbeiterstreik Anfang 1974 seinen Tiefpunkt. Zu diesen politischen Problemen traten gesundheitliche Schwierigkeiten bei Willy Brandt. Als nach der Enttarnung des DDR-Spions Guillaume in seinem unmittelbaren Umfeld sich bei ihm das Gefühl erhärtete, in seiner Partei und vor allem beim Vorsitzenden der Bundestagsfraktion Herbert Wehner nicht mehr genügend Rückhalt für seine Politik zu haben, trat Willy Brandt zum großen Entsetzen seiner Anhänger im Mai 1974 als Bundeskanzler zurück.

Zu diesen und weiteren Ereignissen einer kurzen und schnelllebigen Regierungszeit liefert Harpprecht eine engagierte Innensicht. Es ergibt sich das Selbstbild eines ironischen Intellektuellen, meist von amerikanischer Leichtigkeit bestimmt, jedoch auch mal leidend und ein bisschen zynisch. Macht-

politisch längst auf einer »schießen Ebene« versucht er mit ein paar anderen vergeblich gegen den Strom des zunehmenden Verlustes an Autorität, Handlungswillen und Problemlösungsfähigkeit anzurudern.

Der Journalist Harpprecht war als Berater von Kanzler Brandt für Internationale Fragen, besonders für Amerika, Westeuropa und Israel, sowie als Leiter der Schreibstube im Bundeskanzleramt tätig. Die Reden Brandts in jener Zeit fielen laut FAZ besonders »durch ihren literarischen Charakter und ihre Moralisierung der Politik« auf.

Zu dieser Zeit auch entstand in engster Kooperation ein Buch, das schließlich – nach dem Rücktritt – unter dem Titel *Über den Tag hinaus* erscheinen sollte. Erinnert sei auch daran, dass das Copyright der jüngst wieder aufgegriffenen »Neuen Mitte« in jener Zeit bei Harpprecht liegt. Es ging damals um eine programmatiche Begründung des Bündnisses aus Sozialdemokratie und Liberalismus.

Dies war das, was tagsüber für alle sichtbar geschah: Diplomatische Aktivitäten Richtung Westen, die die Ostpolitik Bahrs und Gaus ergänzten. Die tägliche allgemeinpolitische Lage, zu der auch andere wie Albrecht Müller und Horst Grabert gehörten, sowie häufig ein tief gehender Meinungsaustausch mit dem Duzfreund Brandt, auch in Südfrankreich. Als Sprachrohr war Harpprecht dazu da, die Reden Willy Brandts – wie der Spiegel damals so schön schrieb – »mit allerlei Philosophischem, Literarischem und Menschlichem« anzureichern.

Nachts allerdings schließt der Mitarbeiter Brandts nicht einfach: Zunächst vertraute er spätabends nach Arbeitsende seinem Diktiergerät noch Erlebnisse, Begegnungen, Reflexionen und Beurteilungen des Tages an. Dabei nahm er einen Rollenwechsel vor: Jetzt war er nicht mehr der politische Zuarbeiter, der verantwortungsvoll, verschwiegen, taktisch vorsichtig und voll *political correctness* agieren muss. Jetzt wurde er zu dem, was die Soziologie »Teilnehmender Beobachter« nennt. Szenen, Zusammenhänge, Urteile

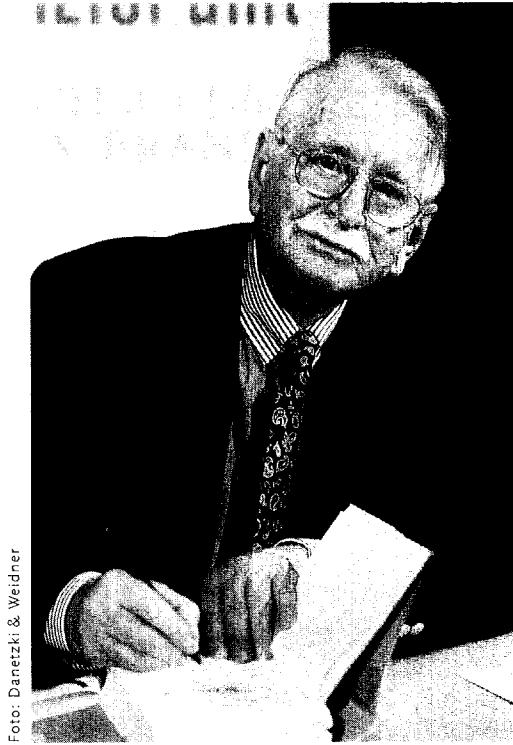


Foto: Danetzki & Weidner

Klaus Harpprecht liest aus
seinem Tagebuch im Willy-Brandt-Haus.

Ansonsten kennen wir das Tagebuch als eine künstliche literarische Form, der sich Schriftsteller manchmal und Politiker öfter bedienen. Doch hier – so versichern Autor und Verlag – handele es sich um das weitgehend unredigierte Original aus dem Tresor. Da muss wohl gefragt werden: Durfte Harpprecht das tun? Ein derart ungeschminktes nächtliches Tagebuch aus dem Dunkeln ans Scheinwerferlicht der Öffentlichkeit zu bringen? Wahrscheinlich ist, dass sich die Zahl der Freunde des Autors nicht gerade erhöhen wird. Werden doch in den Originalnotizen viele, nicht nur politische Gegner, sondern auch sozialdemokratische Mitsstreiter auch mal als unfähig, als grau, als resigniert, als faul, als hysterisch, als bösartig und so weiter charakterisiert.

Mir scheint, es ist in Ordnung, dass dieses Buch erschienen ist. Allerdings unter zwei Bedingungen, die der Autor beide erfüllt hat: Erstens ist die Sprache Harpprechts so gut, dass auch sein am Ende eines langen Tages im Grunde »hingerotzter« Text noch mitreißende literarische Qualität hat. Ein Buch, das spannend zu lesen ist, erfüllt seinen Zweck.

Zweitens hat er zu Recht 25 Jahre gewartet. Da geht es nicht – wie bei einem anderen Bestseller im letzten Jahr – darum, auf die heutige Politik der SPD durch Interna Einfluss zu nehmen, da geht es nicht um den aktuellen medialen Knalleffekt. Wo nicht der Tod die Reihen gelichtet hat, sind die damals Aktiven heute in der Regel in Pension, sollten selbst mit der Gelassenheit des Alters zurückblicken. Und ein Johano Strasser wird sicher darüber schmunzeln, dass Harpprecht Willy Brandt wiederholt – und wie wir wissen erfolglos – bedrängte, diesen besonders gefährlichen Juso doch endlich aus der Partei zu werfen.

Aber des radikal subjektiven Charakters des Textes müssen wir uns immer wieder versichern: Vor uns liegt nicht die objektive

und Assoziationen wurden in subjektiver Radikalität zugelassen, keine Indiskretion musste mehr ausgelassen werden, die eigene Wahrnehmung wurde zugespitzt und unbremst festgehalten.

Die Preisgabe von Interna erst nach 25 Jahren

Diese entlastende Funktion des echten Tagebuchs kennt man aus der psychologischen Literatur: Wo die Adrenalinanstöße des Tages das eigene Ich auseinander zu reißen drohen, kann in Aufzeichnungen der rote Faden des Lebens wieder rekonstruiert werden. Durch das Schreiben oder Diktieren gewinnt man ein Stück reflexive Distanz zu dem Handlungskontext, in den man geworfen ist. Die Selbstvergewisserung enthält zumeist ein positives Leitmotiv – hier die bedingungslose Loyalität zu der großen Persönlichkeit Willy Brandts – sie wird zudem erleichtert durch Abgrenzung und entschiedene Kritik gegen andere – in diesem Sinne geriet Wehner bei Harpprecht zum absoluten *bad guy*.

historische Wahrheit (die es ja sowieso nicht gibt). Auch finden wir nicht das letzte Geheimnis der Befindlichkeiten Brandts gelüftet. Wer auf Enthüllungen unter dem Motto »Frauen & Alkohol« scharf ist, wird enttäuscht. Trotz Guillaume, trotz Geheimdienstindiskretionen aus der Privatsphäre, trotz Wehnerns Reserviertheit – letztlich versteht es auch Harpprecht nicht, warum Brandt die »Resignation« und die »Fehlentscheidung« (so sagt er) des Rücktritts gewählt hat. Eine historische Gewichtung der Dinge könnte auch hier zu anderem Schluss kommen: Ist für Brandt nicht geradezu beispielhaft, dass ein aufrechter Rückzug zur rechten Zeit das Ansehen und das moralische Gewicht geradezu noch steigern kann?

Vielleicht leistet das Buch mit seiner unmittelbaren Innensicht des Machtzentrums Bundeskanzleramt einen Beitrag zur Rekonstruktion der in diesen Tagen erneut gefährdeten politischen Kultur: Politik erscheint bei Harpprecht als Ringen um die richtigen Inhalte und als Kampf um deren Durchsetzung – aber immer fest verwurzelt in wertebezogener Reflexion und demokratischem Bewusstsein. In dem Abschiedsbrief von Harpprecht an Brandt findet sich denn auch eine bis heute gültige Mahnung: »Machtausübung, sei sie noch so brillant, genügt nicht. Politik bleibt geistiger Auftrag, wenn sie etwas taugen soll, und ein menschlicher. Wenn man ihn so annimmt, macht man es sich unendlich schwer.«

Die Wehner-Interpretation ist zu stimmig

Das einfühlsame Portrait Brandts, über dessen geistige Kraft, aber auch seine menschlichen Seiten, scheint die stärkste Seite des Buches. Kritik an Willy Brandt kommt nur subtil daher, erschließt sich in Zwischentönen, manchmal gar zwischen den Zeilen. Gerade am Ende wird dies deutlich: Harpprecht rät noch zum Durchhalten, als fast alle anderen längst meinten, aus einer übergeordneten Parteisicht sei der Wechsel zu Helmut Schmidt notwendig.

Die tiefe Freundschaft zum großen Willy Brandt hat eine Wehner-Interpretation ausgelöst, an der zwar manches einleuchtend, vieles aber maßlos überzeichnet ist. Sie ist einfach zu stimmig, um einer so komplizierten und widerspruchsvollen Persönlichkeit gerecht zu werden.

Und damit sind wir bei der sogenannten »Troika« von Brandt, Schmidt, Wehner – ohne dass die drei, wie Helmut Schmidt meinte, diesen Ausdruck für sich akzeptiert hätten. Sie waren gewiss kein Bund von Freunden, sondern bildeten ein Zweckbündnis, das in der Lage war, unterschiedliche Richtungen in Partei und Wählerschaft anzusprechen und zu binden sowie in der Kombination ihrer Fähigkeiten effektiv Politik zu betreiben. Schmidt, kühl und rational denkend, war am Kant'schen Imperativ ausgerichtet. Demgegenüber handelte Brandt stärker emotional. Wehner schien beide Elemente in sich zu vereinen, gelegentlich in einer explosiven Mischung.

Wichtiger als diese sehr unterschiedliche Ausprägung ihrer Persönlichkeiten ist allerdings Folgendes: Alle drei Männer stellten sich bewusst in den Dienst ihrer Partei und damit in den Dienst am Aufbau der Demokratie in der Bundesrepublik Deutschland. Im Interesse dieser höheren Ziele bändigten sie ihre persönlichen Divergenzen und hielten sie meistens unter Kontrolle. Darin liegt wohl das Geheimnis ihres gemeinsamen Erfolges, der ohne einen der drei Genannten kaum denkbar gewesen wäre.

Das allerdings ist eher eine geschichtliche Einordnung. Die Ebene, mit der wir konfrontiert werden, ist eben die der unmittelbaren emotionalen Betroffenheit Harpprechts, der eindeutig auf Seiten Brandts steht. Das ist schon mehr als Respekt und Loyalität. Leider ist das deutsche Wort »Liebe« auch an dieser Stelle wieder einmal irgendwie unpassend.

Klaus Harpprecht: Im Kanzleramt. Tagebuch der Jahre mit Willy Brandt. Rowohlt Verlag, Reinbek 2000, 560 Seiten, 48,- DM.

TANJA BUSSE

Parteien brauchen Wähler

Franz Walter und Tobias Dürr über die »Heimatlosigkeit der Macht«

Anna Menne hat die CDU gewählt, seit es die Partei gibt. Nicht, weil ihr vor jeder Wahl genau dieses Parteiprogramm das beste zu sein schien, sondern grundsätzlich. Der 88-jährigen Bäuerin aus Ostwestfalen geht es um das »C«. Sie wählt nicht ein Programm, sondern eine Weltanschauung.

Katholische Bauersfrauen kommen in den Diskursen der Politiker und Politikkritiker nicht vor, schon gar nicht, wenn es um die Zukunft von Parteien geht. Da ist von Modernisierungsstrategien, Dienstleistungspolitik und Wechselwählertum die Rede. Doch gerade um katholische Bauersfrauen und ihre altmodischen Gesinnungsgenossinnen sollte die CDU sich kümmern, wenn sie nicht ganz den Boden verlieren will. Gleiches gilt für die anderen Parteien: Sie sind nur zu retten, wenn sie sich auf ihre Kernmilieus besinnen. Das empfehlen Franz Walter und Tobias Dürr den Parteien in der Krise.

Dürr, Redakteur der *ZEIT*, und Walter haben an der Universität Göttingen Parteien und Milieus untersucht und sind parteienübergreifend auf das Phänomen der Entkopplung gestoßen: Die großen Volksparteien und erst recht DIE GRÜNEN und die FDP haben ihre sozialen Ressourcen und damit den gesellschaftlichen Halt verloren, einmal, weil sich die angestammten Milieus im Globalisierungstaumel auflösen, zum anderen, weil es merkwürdigerweise »zum guten Ton aller Modernisierer« gehört, »den Auszug aus dem Milieu zu propagieren.« Die Prediger der Modernisierung vergessen dabei, dass sich die meisten Leute vor Innovation und schnellem Wandel fürchten.

Wo viel von Aufbruch und »spannender Gründerphase« (Josef Joffe) geredet wird, blicken Walter und Dürr in die andere Richtung, gucken an, was der Aufmerksamkeit der Mediengesellschaft entgeht, weil es sich

langsam und wenig spektakülär verändert: die Befindlichkeiten und kollektiven Mentalitäten der kleinen Leute.

Parteien sind keine Kopfgeburten. Sie sind dann kraftvoll, wenn viele Menschen mit gemeinsamen Bedürfnissen und Ideen hinter ihnen stehen, wenn sie von einem Milieu getragen werden. So glaubten die gewerkschaftlich gebundenen Industriearbeiter an die SPD und das katholisch-konservative Bürgertum an die CDU. Es war der durch Bismarck angeheizte Kulturmampf, der Katholiken zusammen geschweißt hat. Die Mischung aus »vormodernem Kult und moderner Organisationsleistung« machte fortan die Stärke der konservativen Partei aus, zunächst des Zentrums, dann der CDU.

Nach Walter und Dürr überdauern die Milieus, auch wenn die Bedingungen ihrer Entstehung zerfallen sind. Die Leute ändern sich langsamer als die Eliten. Dieses Überhangphänomen sollten Parteien nicht außer Acht lassen, wenn sie ihre Modernisierungsprojekte in Angriff nehmen. Eine Partei darf ihre sozialen Wurzeln nicht vernachlässigen. Deshalb war die SPD zwischen 1958 und 1968 eine kraftvolle Partei, denn Reform und Öffnung, vorangetrieben durch Carlo Schmid und Heinrich Albertz, wurden durch Traditionalisten wie Erich Ollenhauer gemildert. Und deshalb kann die SPD mit dem Schröder-Blair-Papier vom Sommer 1999, das Dürr und Walter ein »heilloses Dokument der Desorientierung« nennen, keine Wahlen gewinnen. Wenn eine Partei »in Humankapital investieren« will, um in der »immer rascheren Globalisierung« zu bestehen, hat sie dabei irgendwie nicht an ihre Wähler gedacht, nicht an den Dortmunder Stahlarbeiter im Umschulungsprogramm und nicht an die Hausfrau in der Gelsenkirchener Zechensiedlung.

Die Bezeichnung »modern« ist für Walter und Dürr ein Synonym für »kaputt«. Die FDP, die »modernste Partei Deutschlands, ohne bleischweren Ballast von Mitgliedermassen und Organisationsapparaten« ist für



Foto: dpa Berlin

**Die Basis bleibt unberechenbar.
Lehrer-Demonstration im April in Berlin.**

sie »schwindsüchtig«. Auch DIE GRÜNEN befinden sich in einem schleichenden Niedergang, zu sehr sind sie an ein einziges Milieu gebunden, an die Alternativkultur der

70er und 80er Jahre und existieren nur noch als »museale Erinnerungsgemeinschaft«.

Vor Walters und Dürrs Milieuanalyse bestehen allein CSU und PDS, die auf den

ersten Blick nicht gegensätzlicher sein könnten. Beide sind stabil, eben weil sie nicht modern sind. Der CSU ist die bayerische Bierseligkeit nicht peinlich, sie hat im Gegenteil selbst festgelegt, was Bayerntum bedeuten soll: »Nur wo CSU draufstand, war jetzt noch Bayern drin. Der CSU gelingt die Dialektik von Tradition und Modernität. Ihre Wähler verkraften das Laptop, weil ihnen die Ledershose zugestanden wird. Das hat erst Strauß und heute Stoiber erfolgreich gemacht.«

Auch die PDS kann sich auf eine eigene Identität berufen. Es ist das Lebensgefühl der Ostigkeit, entstanden durch die Erfahrung der Ausgrenzung, den Eindruck, in der Bundesrepublik nicht willkommen und die Verlierer der Vereinigung zu sein. »Wo die Heimat von außen attackiert wird, schließt man sich zur Abwehr umso enger zusammen.« Diese Einigkeit und die »fürsorgliche Eingewobenheit in die Netzwerke der Vereine, Verbände und Interessenorganisationen« macht die PDS stark.

Die übrigen Parteien ermatten. Sie stehen da, ohne Rückgrat, entkoppelt vom Rest der Gesellschaft, und agieren weiter so saftlos, dass keiner bei ihnen mitmachen will. Sie sind »Dinosaurier der Demokratie« und dennoch nicht in ihrem Bestand gefährdet, weil aus den sich auflösenden alten Milieus keine neuen Strukturen entstehen, die an ihre Stelle treten könnten. Die jungen hedonistisch-materialistischen Szenegänger der Großstädte haben kein Bewusstsein generationaler Gemeinsamkeit und schon gar kein Bedürfnis, sich gesellschaftlich zu organisieren. Zudem wüssten sie nicht, wozu.

Doch solange nichts Neues kommt, vermuten Walter und Dürr, werden die alten Parteien, nach innen und außen erodiert, weiter regieren. In der Telegesellschaft lässt sich ein solcher Zustand eine Weile kaschieren. Dort zählt allein das Bild des Chefs, der mit »vorgestrecktem Kinn den kraftstrotzenden Siegertypen« mimt. »Fernsehkanzlerschaft« nennen das die Autoren. Sie schafft »die Illusion einer allmächtigen Zentralregierung mit

einem im Grunde allmächtigen Bundeskanzler an der Spitze.« Telepolitik zeigt nicht die Schwierigkeiten des langwierigen Politikmachens in den parlamentarischen Organisationen, sie gaukelt Entscheidungsspielraum vor, wo keiner ist. Deshalb erwartet die Publikums gesellschaft mehr von der Politik, als diese zu leisten vermag, und deshalb sind die Politikkonsumenten umso öfter enttäuscht. Die Telepolitiker spielen mit, versprechen, was sie nicht halten können, bis sie zum Opfer ihrer Fernsehinszenierung werden.

Die Heimatlosigkeit der Macht ist da gut zu lesen, wo die Autoren vom nüchternen Ton der Analyse zu Spott und emotionaler Kritik wechseln. Ihr liebstes rhetorisches Mittel sind illustrative Dreisätze wie »Ängste nehmen, Hoffnungen vermitteln, Energien freisetzen.« Die hätte man sich etwas seltener gewünscht und stattdessen mehr Geschichten und konkrete Beispiele. Walter und Dürr haben schließlich jahrelang Feldforschung betrieben, nicht nur auf Parteitagen, sondern auch bei den »kleinen Leuten«. Die aber verschwinden in dem Buch unter Sammelbegriffen. Die Menschen, deren kollektive Befindlichkeiten den Autoren so sehr am Herzen liegen, bleiben so seltsam abstrakt.

Franz Walter / Tobias Dürr: *Die Heimatlosigkeit der Macht. Wie die Politik in Deutschland ihren Boden verlor*. Alexander Fest Verlag, Berlin 2000, 267 Seiten, 40,- DM.

Helfen Sie den Kindern in Äthiopien

Spendenkonto 300 000, Stadtsparkasse
Köln, BLZ 370 501 98
Stichwort: Äthiopien

unicef

Kinderhilfswerk der Vereinten Nationen

Autorinnen und Autoren

Tanja Busse, geb. 1970, freie Publizistin, lebt in Berlin.

Christine Daum, geb. 1962 in Berlin, lebt dort als freie Autorin, seit 1999 freie Redakteurin des Internetmagazins NACH DEM FILM.

Esther Dischereit, geb. 1952, lebt als freie Publizistin in Berlin.

Wieland Freund, geb. 1969, lebt als freier Publizist in München.

Alexander Gauland, geb. 1941, Herausgeber der MÄRKISCHEN ALLGEMEINEN in Potsdam.

Katharina Lehmann, freie Publizistin, lebt in Köln.

Wolfgang Michal, 1954, freier Reporter, lebt in Hamburg.

Michael Müller, geb. 1948, Mitglied des Deutschen Bundestages, Bundesvorsitzender der NATURFREUNDE.

Markus Pins, geb. 1975, FES-Stipendiat, promoviert im Fach Philosophie an der Friedrich-Wilhelms-Universität in Bonn.

Hans von Seggern, geb. 1968, Literaturwissenschaftler, FES-Stipendiat, freier Publizist.

Jochen Thies, geb. 1944, leitender Redakteur beim DEUTSCHLANDRADIO in Berlin.

Henrike Thomsen, geb. 1970, lebt als freie Journalistin in Berlin.

Unser Doppelheft im Juli/August: Parteien im Umbruch

Texte von Eckhard Fuhr, Thomas E. Schmidt, Heribert Prantl, Annette Ramelsberger u.a., sowie ein Streitgespräch mit Benjamin Mikfeld (Jusos) und Hildegard Müller (Junge Union) über Jugend und Demokratie. – Kersten Knipp diskutierte mit Herbert von Arnim. Außerdem setzen wir die Schröder-Debatte zum Thema »Die zivile Bürgergesellschaft« fort. Im Kulturteil: Texte zum Nietzsche-Jahr.



Foto: Regina Schmeken

Die Neue Gesellschaft Frankfurter Hefte

Herausgegeben für die *Holger Börner, Klaus Harpprecht,*
Friedrich-Ebert-Stiftung von *Carola Stern und Hans-Jochen Vogel*

Redaktion *Peter Glotz (Chefredakteur)*
Norbert Seitz (verantwortlich)
Sonja Thränert (Assistenz)
Elke Schubert (Berliner Facetten)

Redaktionskreis *Tilman Fichter, Rainer Münz, Burkhard Reichert, Uli Schöler, Dierk Spreen, Tina Stadlmayer und Johano Strasser*

Redaktionsbeirat *Frank Benseler, Jürgen Burckhardt, Gottfried Erb, Iring Fetscher, Horst von Gizycki, Martin Greiffenhagen, Norbert Greinacher, Tomas Kosta, Ferdinand W. Menne, Thomas Meyer, Susanne Miller, Siegmar Mosdorf, Peter von Oertzen, Richard Schröder, Wolfgang Thierse und Christoph Zöpel*

Anschrift der Redaktion c/o Friedrich-Ebert-Stiftung Berlin
Hiroshimastraße 17 10785 Berlin
Telefon 030 / 26 93 58 18–21
Telefax 030 / 26 93 58 55

Verlag und Anzeigenverwaltung Verlag J.H.W. Dietz Nachfolger GmbH
In der Raste 2 53129 Bonn
Telefon 02 28 / 23 80 83
Telefax 02 28 / 23 41 04

Anzeigenpreisliste
Nr. 27 vom 1.1.2000

Anzeigenverwaltung:
Margret Reichert

Umschlag- und Innenkonzept
Groothuis + Malsy, Bremen

Satz und Lithografie: Dr. Mänen GmbH, Bonn
Druck und Verarbeitung: satz+druck gmbh, Düsseldorf

Bezugsbedingungen
Die Neue Gesellschaft/Frankfurter Hefte erscheint monatlich wobei die Hefte 1/2 und 7/8 im Januar bzw. Juli als Doppelheft erscheinen. Bezug durch den Buch- und Zeitschriftenhandel oder den Verlag. ISSN 0177-6738
Einzelheft DM 14,80/sFr 14,80/öS 108,00 frei Haus; Doppelheft DM 29,60/sFr 29,60/öS 216,00 frei Haus; Jahresabonnement DM 99,00/sFr 92,00/öS 723,00 frei Haus. Das Abonnement verlängert sich automatisch um ein Kalenderjahr, wenn die Kündigung nicht bis zum 31. Oktober erfolgt (Lieferende mit Heft 12).
In den Bezugspreisen sind 7% Mehrwertsteuer enthalten.